Revolution und Heer

Dokumente aus dem Militärarchiv der DDR

Preis 10 Pf. | **Sonderblatt** | Preis 10 Pf.

Dresdner Anzeiger

Verantwortlicher Schriftleiter: Heinrich Flach in Dresden.
Verlag des K. S. Adreß-Comptoirs in Dresden. — Buchdruckerei der Dr. Güntz'schen Stiftung in Dresden

Donnerstag den 29. November 1917 nachmittags 5 Uhr

Russisches Friedensangebot

wtb Berlin, 29. November

Reichskanzler Graf Hertling machte heute im Reichstag folgende Mitteilung:

Die russische Regierung hat gestern von Zarskoje Selo aus ein von dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Herrn Trotzki und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Herrn Lenin unterzeichnetes Funkentelegramm an die Regierungen und die Völker der kriegführenden Länder gerichtet, worin sie vorschlägt,

zu einem nahen Termine in Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten.

Ich stehe nicht an, zu erklären, daß in den bisher bekannten Vorschlägen der russischen Regierung diskutable Grundlagen für die Aufnahme von Verhandlungen erblickt werden können, und daß ich bereit bin, in solche einzutreten, sobald die russische Regierung hierzu bevollmächtigte Vertreter entsendet. Ich hoffe und wünsche, daß diese Bestrebungen bald feste Gestalt annehmen und uns den Frieden bringen werden.

330

Revolution und Heer

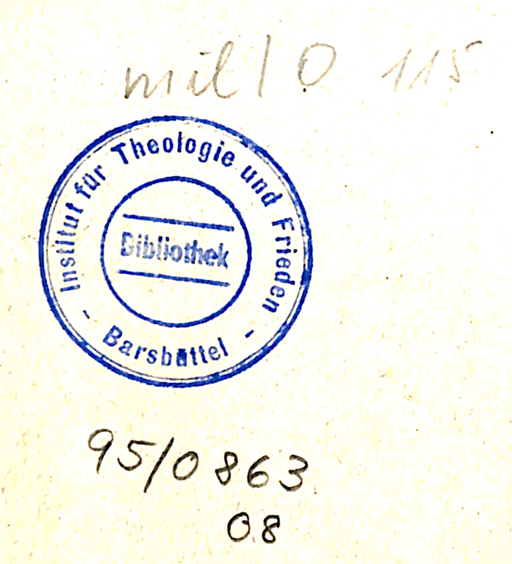
Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf das Heer des imperialistischen deutschen Kaiserreichs 1917/18

Dokumente



Militärverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik

Herausgegeben von Albrecht Kästner
unter Mitarbeit von Dr. Werner Salomon
Einleitung: Dr. sc. Claus Remer



Bildnachweis: Armeemuseum der DDR (2), Militärarchiv der DDR (7), Staatliches Filmarchiv der DDR (2), Archiv des Verlages (7)
Karten aus: W. Heye, Die Geschichte des Landwehrkorps, II. Bd., Breslau 1937, E. Ludendorff, Meine Kriegserinnerungen, Berlin 1919

Kästner, Albrecht:
Heer und Revolution/hrsg. von Albrecht Kästner. –
1. Aufl. – Berlin: Militärverlag der DDR, 1987. – 80 S.: 21 Abb.

ISBN 3-327-00460-9

1. Auflage

Lizenz-Nr. 5
Printed in the German Democratic Republic
Gesamtherstellung: Druckerei des Ministeriums für Nationale Verteidigung (VEB) – Berlin – 34379-6
Lektor: Dr. Birgit Hoffmann
Umschlaggestaltung: Wolfgang Ritter
Typografie: Günter Molinski
Redaktionsschluß: 3. Dezember 1986
LSV: 0546
Bestellnummer: 7469914
00440

Inhalt

Einleitung

W. I. Lenin konnte bereits 1920 einschätzen, daß einige Grundzüge der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution «nicht örtliche, nicht spezifisch nationale, nicht ausschließlich russische, sondern internationale Bedeutung haben», die sich «mit historischer Unvermeidlichkeit im internationalen Maßstab wiederholen»[1] werden. Heute, nach 70 Jahren, tritt dieser Wendepunkt in der Weltgeschichte in seiner internationalen Bedeutung und Ausstrahlung noch deutlicher in Erscheinung. Die Oktoberrevolution wurde zum Beginn der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, der Epoche der sozialen und nationalen Befreiung im Weltmaßstab. Ihr Sieg ließ zugleich die allgemeine Krise des Kapitalismus, die mit dem ersten Weltkrieg als selbstzerstörerisches Werk des Imperialismus begonnen hatte, offen zutage treten. Die Auswirkungen der Oktoberrevolution wurden rasch sichtbar, leitete sie doch eine neue Phase im Verlauf des Krieges ein, die gekennzeichnet war durch den nachhaltigen Aufschwung des revolutionären Kampfes gegen Imperialismus und Krieg und dessen Rückwirkung auf die Politik und Kriegführung der imperialistischen Großmächte.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution eröffnete der Menschheit zum ersten Male in ihrer Geschichte die reale Perspektive des Friedens. Der neue Staat der Arbeiter und Bauern verurteilte strikt den Krieg als Mittel der Politik zur Lösung strittiger Fragen und machte die friedliche Koexistenz zur Grundlage seiner Außenpolitik. Vom ersten Dekret der jungen Sowjetmacht, dem Dekret über den Frieden, bis zu den weitreichenden Friedens- und Abrüstungsvorschlägen der UdSSR und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft wird eindrucksvoll belegt, daß Sozialismus und Frieden untrennbar zusammengehören. Die Oktoberrevolution wurde, wie W. I. Lenin 1921 schrieb, «zum ersten Sieg auf dem Wege der Abschaffung der Kriege»[2].

Seit ihrem Entstehen betrachtete die internationale Arbeiterbewegung den Kampf gegen Militarismus und Krieg als eine ihrer Hauptaufgaben. Der Übergang zum Imperialismus forcierte das Wettrüsten und die Militarisierung. Er beschwor die Gefahr eines verheerenden Weltkrieges, geführt mit Millionenheeren, mächtigen Seestreitkräften und einer gewaltigen Kriegstechnik, deren Zerstörungskraft die bisheriger Kriege in einem unvorstellbaren Ausmaß übertreffen mußte, herauf. Die revolutionären Kräfte in der II. Internationale traten dafür ein, Militarismus und Krieg noch entschiedener und organisierter zu bekämpfen. Es waren vor allem Lenin und die Bolschewiki, die die Stellung des Proletariats zu den Streitkräften und den verschiedenen

Kriegen in der Epoche des Imperialismus, zur Dialektik von Krieg und Revolution, zur Rolle des militärischen Faktors in der bürgerlich-demokratischen und sozialistischen Revolution vom marxistischen Standpunkt aus formulierten. Weitreichende militärpolitische Lehren ergaben sich für die Arbeiterbewegung aus der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland 1905–1907 und ihrem Zusammenfallen mit dem Russisch-Japanischen Krieg 1904/05.[3] Angesichts des militärischen Machtapparates, über den die herrschenden Klassen gegenüber dem unbewaffneten Proletariat verfügten, hing der Verlauf einer künftigen Revolution noch mehr als im 19. Jahrhundert von der Haltung der Streitkräfte ab. Lenin wies nach, daß die Arbeiterklasse unter den veränderten Bedingungen ohne eine Partei neuen Typus nicht in der Lage sein würde, die Aufgaben ihres Kampfes um soziale Befreiung und zur Erhaltung des Friedens zu erfüllen.

Auf dem Stuttgarter Kongreß der II. Internationale 1907 wurde erstmals die Frage beantwortet, was gegen den Krieg unternommen werden sollte, wenn er dennoch ausbräche. W. I. Lenin, R. Luxemburg und L. Martow konkretisierten die von August Bebel vorgelegte Resolution durch den entscheidenden Passus: «Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.»[4]

Damit war angesichts der ständig wachsenden Gefahr eines imperialistischen Krieges das strategische Ziel für die Arbeiterbewegung bestimmt, das der neuen Epoche entsprach. Die nachfolgenden Kongresse der II. Internationale von Kopenhagen 1910 und Basel 1912 bekräftigten die Stuttgarter Antikriegsresolution. Ihre Verwirklichung verlangte vor allem den prinzipiellen Kampf gegen den Opportunismus, der in den Parteien der II. Internationale zunehmend an Einfluß gewann und dessen führende Vertreter, z. B. Gustav Noske, offen für die Vaterlandsverteidigung eintraten. Die von den deutschen Linken geforderte spezielle antimilitaristische Agitation und Propaganda unter der Jugend, die Karl Liebknecht in seiner Schrift «Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung» (1907) begründete, wurde von den opportunistischen Kräften in der Parteiführung verhindert. Der revolutionäre Antimilitarismus der Linken zielte darauf ab, das imperialistische Heer als Instrument der Aggression und der Unterdrückung des eigenen Volkes unbrauchbar zu machen.

In den Jahren vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges konnten Opportunismus und Nationalismus in den Parteien der II. Internationale immer mehr Fuß fassen. Bei Kriegsausbruch 1914 stellten sich fast alle sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften auf die Seite «ihrer» Bourgeoisie und glitten auf Positionen des Sozialchauvinismus hinab, so daß die II. Internationale faktisch zusammenbrach. Es kam zu dem «himmelschreienden Verrat der Mehrheit der offiziellen sozialdemokratischen Parteien an ihren Überzeugungen, an den feierlichen Erklärungen in den Reden auf den internationalen Kongressen zu Stuttgart und Basel, in den Resolutionen (...) usw.»[5].

Nur die Partei der Bolschewiki unter Führung W. I. Lenins verwirklichte konsequent die revolutionären Beschlüsse von Stuttgart und Basel. In ihrem am 1. November 1914 veröffentlichten Manifest «Der Krieg und die russische Sozialdemokratie»[6] deckte sie den imperialistischen Charakter des Krieges auf, wies auf die besondere Verantwortung des deutschen Imperialismus bei seiner Entfesselung hin und formulierte ein Programm, das für die Arbeiterbewegung aller kriegführenden Länder prinzipiell gültig war: Umwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg, Kampf für die Niederlage der eigenen Bourgeoisie und völlige ideologische und organisatorische Trennung der revolutionären Kräfte vom Opportunismus.

Als einzige Partei führten die Bolschewiki seit Kriegsbeginn sowohl unter den Werktätigen als auch innerhalb der zaristischen Streitkräfte, insbesondere im Feldheer[7], einen systematischen Kampf zur Verwirklichung ihres revolutionären Antikriegsprogramms, der trotz schärfster Verfolgungen immer wirksamer wurde. Bis Anfang 1917 wurden z. B. in 180 Städten und Orten Rußlands 500 Flugblätter in rund 2 Millionen Exemplaren verteilt. Die Auswirkungen zeigten sich vor allem in der wachsenden Zahl von Streiks und in deren zunehmend politischem Charakter. Streikten im Kriegshalbjahr 1914 nur 37200 Arbeiter, so stieg ihre Zahl 1915 bereits auf 569000 und 1916 auf 1,172 Millionen an.[8] Einen ähnlichen Aufschwung nahm die revolutionäre Antikriegsarbeit der Bolschewiki – bis hin zur militärisch-organisatorischen Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes – unter den noch schwierigeren Bedingungen im zaristischen Heer. 1916 gab es allein im Petrograder Gebiet 80 illegale bolschewistische Militärorganisationen. Die immer größeren Verluste an Toten und Verwundeten, die schweren Niederlagen 1915, die mangelhafte Versorgung der Truppen mit Waffen und Verpflegung, das dünkelhafte Verhalten der zaristischen Offiziere und andere Faktoren bildeten einen günstigen Nährboden für die bolschewistische Agitation und Propaganda. Die Parteimitglieder versuchten vor allem die Sinnlosigkeit des imperialistischen Krieges zu zeigen und das Bündnis der in die Uniformen gesteckten Arbeiter und Bauern der verschiedensten Nationalitäten für die Beendigung des Krieges, den Sturz des Zarismus und eine demokratische Revolution herzustellen.

Seit 1915 und verstärkt seit 1916 kam es zu Verbrüderungen von russischen Soldaten mit streikenden, kriegsmüden Arbeitern in den Städten, zu Unruhen in Armee-Einheiten des Hinterlandes und auch der Front. Das waren erste Anzeichen für den Übergang zunehmend größerer Kreise von Soldaten und Matrosen auf die Seite revolutionär gesinnter Arbeiter und Bauern und für das Herannahen der antizaristischen, demokratischen Revolution.

Den herrschenden Klassen Deutschlands gelang es 1914, gestützt auf d
jahrzehntelang verbreiteten Nationalismus und durch die Lüge von der «Vate
landsverteidigung», große Teile des Volkes und der Soldaten in einen nati
nalistischen Taumel zu versetzen und für ihren Raubkrieg zu mißbrauche
Entscheidenden Anteil daran hatte der Verrat der rechten sozialdemokrat
schen Partei- und Gewerkschaftsführer, die die Arbeiterorganisationen wei
gehend beherrschten. Auch die bedeutenden militärischen Erfolge des deu
schen Heeres, vor allem im Westen, trugen zur politischen Verwirrung be
Unter dem Diktat der Kriegsgesetze begannen die zahlenmäßig schwache
revolutionären Kräfte in der deutschen Sozialdemokratie bereits in den e
sten Augusttagen damit, von Berlin aus den Kampf gegen den Krieg zu organ
sieren. Bis November bildeten sich auch in anderen Städten oppositionell
Gruppen linker Sozialdemokraten. Ihre politische und organisatorische Ent
wicklung wurde durch Karl Liebknechts Thesen vom November 1914 vo
angebracht, die eine klare Einschätzung des imperialistischen Krieges ent
hielten und die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratisch
Reichstagsfraktion verurteilten. Karl Liebknechts mutige Ablehnung de
Kriegskredite am 2. Dezember 1914 wurde zum Kampfsignal gegen den Krieg
das auch unter den Soldaten Widerhall fand. Nach dem unwiderruflichen
Scheitern der Blitzkriegsstrategie des deutschen Imperialismus im Herbst 191
setzte unter den Volks- und Soldatenmassen ein Prozeß bitterer Ernüchterun
ein, die Illusion vom siegreichen kurzen Krieg und nationalistische Stimmun
gen verflogen.

Seit Ende 1914 bauten die Linken eine illegale Organisation für ihren Anti
kriegskampf auf und intensivierten ihre Versammlungstätigkeit. Im Früh
jahr 1915 erschien die erste Nummer der revolutionären Zeitschrift «Die
Internationale». Sofort gingen die Militär- und Polizeibehörden rigoros da
gegen vor. Anfang Februar 1915 wurde Karl Liebknecht zum Kriegsdienst
gezwungen, wenig später wurden Rosa Luxemburg und andere führende Linke
eingekerkert; doch die Linken setzten ihren Kampf unter den außerordentlich
schwierigen Bedingungen fort. Ein hervorragendes Beispiel wirkungsvoller,
mutiger und kluger Verbindung von illegaler und halblegaler Antikriegsarbeit
gab Karl Liebknecht als Armierungssoldat an der Ostfront und während seiner
Beurlaubung für die Reichstagssitzungen.

Mit der Fortdauer des Krieges, der wachsenden Zahl der Opfer, der Not und der zunehmend schlechteren Lebensmittelversorgung wuchsen Kriegsmüdigkeit und Antikriegsstimmung unter den Werktätigen. Es kam zu spontanen Unruhen und ersten Massenaktionen gegen den Krieg, wie der Frauendemonstration Ende Mai 1915, die Wilhelm Pieck organisiert hatte. Karl Liebknechts Flugblatt «Der Hauptfeind steht im eigenen Land!» vom Mai 1915 öffnete nicht wenigen Arbeitern und Soldaten die Augen über den verbrecherischen Charakter des Krieges. Seine Forderung «Klassenkampf gegen den Krieg» war

der der Bolschewiki wesensgleich, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln und die Niederlage der eigenen Regierung herbeizuführen. Die deutschen Linken unterstützten auch den Zusammenschluß der internationalen revolutionären Sozialisten, den Lenin mit den Konferenzen von Zimmerwald 1915 und Kienthal 1916 in der Schweiz organisierte. Karl Liebknechts Begrüßungsschreiben an die Zimmerwalder Tagung gipfelte in der Losung: «Burgkrieg, nicht Burgfrieden! ... Internationaler Klassenkampf für den Frieden, für die sozialistische Revolution.»[9] Seit Herbst 1915 nahm nicht nur die Zahl spontaner Lebensmittelunruhen zu, es kam auch häufiger zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Karl Liebknecht berichtete in einem Brief vom 4. Dezember 1915, daß die «Gruppe Internationale» – seit 1915 die führende Kraft der Linken – bereits Flugblätter und Flugschriften gegen den imperialistischen Krieg und die Verratspolitik der opportunistischen Partei- und Gewerkschaftsführer in einer Auflage von etwa einer Million Exemplaren verbreitet hatte.

Der Antikriegskampf der Linken begann sich 1915 auch innerhalb der Streitkräfte deutlicher auszuwirken, wenngleich er hier besonders schwierig war, vor allem auf Grund der scharfen Strafandrohungen der Militärjustiz. Angesichts des engen Zusammenhangs zwischen den Volks- und den Soldatenmassen sowie dem wachsenden Anteil von Arbeitern in Heer und Marine, versuchten die Militärbehörden vergeblich, das Eindringen von Flugblättern oder gar von revolutionärem Ideengut in die Kasernen und Truppenteile zu verhindern. Da in den Garnisonstädten des Heimatheeres günstigere Bedingungen für eine Aufklärung der Soldaten über den verbrecherischen Krieg bestanden, strebten die Linken vor allem danach, die Mannschaften des Heimatheeres für den Klassenkampf gegen den Krieg zu gewinnen. In Chemnitz beteiligten sich im Oktober 1915 Soldaten an einer Antikriegsdemonstration. Innerhalb des Heimat- und auch des Feldheeres diskutierten revolutionär gesinnte Soldaten über den verbrecherischen Krieg und protestierten in Briefen gegen die verräterische Burgfriedenspolitik der «Kaisersozialisten». Diese schreckten beispielsweise nicht davor zurück, revolutionäre Sozialdemokraten zu denunzieren, damit sie zum Kriegsdienst gepreßt und damit zum Schweigen gebracht wurden.

Seit Anfang 1916 erfuhr die Antikriegsbewegung in Deutschland einen bedeutenden Aufschwung. Die Reichskonferenzen der «Gruppe Internationale» im Januar und März führten zur Bildung der Spartakusgruppe. Deren «Leitsätze» waren ein internationalistisches Programm zur revolutionären Beendigung des Krieges, wenngleich sie noch nicht die Notwendigkeit erkannte, eine Partei neuen Typs zu schaffen. Besonders aktiv wurden die Linken von der Arbeiterjugend unterstützt, deren Zukunft nach Ansicht der Herrschenden darin bestehen sollte, als Kanonenfutter auf den Schlachtfeldern zu verbluten. Auf der ersten Reichskonferenz der oppositionellen Jugendgruppen

Ende April 1916 in Jena rief sie Karl Liebknecht zur revolutionären Beendigung des Krieges und zum organisatorischen Bruch mit den Opportunisten auf. Für den 1. Mai bereitete die Spartakusgruppe in vielen Städten Massendemonstrationen gegen den Krieg vor. Den Höhepunkt bildete die machtvolle Antikriegsdemonstration in Berlin, auf der Karl Liebknecht die Forderung «Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!» erhob. Sie fand in den Schützengräben beiderseits der Front und über die Grenzen Deutschlands hinaus großen Widerhall. Karl Liebknechts Einkerkerung rief neue Demonstrationen und auch politische Massenstreiks hervor. Seit Herbst 1916 erschienen als Organ der Spartakusgruppe die sog. Spartakusbriefe, die in hoher Auflage illegal verbreitet wurden.

Im Sommer 1916 trat eine deutliche Verschlechterung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Lage des deutschen Imperialismus ein, seine Kriegführung geriet in ihre bislang schwerste Krise.[10] Die Gesamtverluste seit Kriegsbeginn betrugen etwa 3,5 Millionen Mann an Toten, Verwundeten, Vermißten und Gefangenen und noch war ein Ende des Völkermordes nicht abzusehen. Die Versorgung der arbeitenden Massen, insbesondere mit Lebensmitteln, wurde zusehends schlechter, Millionen hungerten und lebten im Elend. Unter den Volks- und Soldatenmassen breiteten sich Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht immer stärker aus. Infolge der ungeheuren Verluste und Strapazen in den monatelangen Materialschlachten, der miserablen Versorgung der Mannschaften und der vielfältigen Schikanen durch das Offizierskorps, der wachsenden Einsicht in den verbrecherischen Charakter des Krieges und seine Sinnlosigkeit wuchs die Bereitschaft vieler Soldaten, sich gegen den Krieg aufzulehnen. In zahlreichen Truppenteilen nahmen die Gehorsamsverweigerungen zu. Verstärkte Postkontrollen ergaben, daß Tausende Soldaten ihre Angehörigen aufforderten, keine Kriegsanleihe zu zeichnen. In der Marine und im Heimatheer war die Antikriegsstimmung noch stärker ausgeprägt. Beim Einsatz von Truppen gegen Antikriegsaktionen in Leipzig z. B. gehorchten die Soldaten nur widerwillig. Im Herbst 1916 wurden im Heimatheer Militär-Gefangenen-Kompanien formiert. Insgesamt jedoch war der Einfluß der revolutionären Kräfte vor allem im Feldheer noch begrenzt. Die Masse der fünf Millionen Mann des Feldheeres befand sich fest in der Hand des Offizierskorps und verhielt sich aus Furcht vor Repressalien, infolge des Irrglaubens an die Vaterlandsverteidigung, aus Abstumpfung und anderen Gründen passiv.

Die herrschenden Klassen forderten nun die rigorose Mobilisierung aller noch vorhandenen Kräfte und Mittel für die Fortsetzung des Krieges, eine schnelle Steigerung der Rüstungsproduktion, eine verschärfte Ausbeutung der Werktätigen, eine verstärkte Unterdrückung aller Kriegsgegner und den rücksichtslosen Einsatz aller Waffen, vor allem der U-Boote. Dafür wurde die dritte Oberste Heeresleitung unter Generalfeldmarschall Paul von Hinden-

burg und General Erich Ludendorff als dem «starken Mann» in der Führung gebildet, die den Interessen der aggressivsten und abenteuerlichsten Kreise des deutschen Imperialismus diente. Die Fortsetzung des Krieges mit dem Ziel, den Siegfrieden gegen die weitaus stärkeren Ententemächte zu erringen, stürzte das deutsche Volk in immer größeres Elend. Der sogenannte Kohlrübenwinter 1916/17 forderte in den Städten viele tausend Opfer. Die Zahl der Streiks und Unruhen stieg an. Von Januar bis März 1917 streikten Zehntausende Rüstungsarbeiter Berlins, Bergleute an Rhein und Ruhr, Metall- und Hafenarbeiter an der Nord- und Ostseeküste, in Nürnberg und anderen Orten zum Teil tagelang für eine bessere Lebensmittelversorgung.

In dieser Situation lösten die Nachrichten über den Sieg der russischen Arbeiter, Soldaten und Bauern in der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution 1917, der ersten siegreichen antiimperialistischen Volksrevolution, nicht nur große Freude und Zustimmung unter den Volks- und Soldatenmassen Deutschlands aus. Sie erhofften das baldige Ende des Völkergemetzels. Die ersten unmittelbaren Auswirkungen waren zahlreiche Soldatenverbrüderungen an der Ostfront. W. I. Lenin hob hervor, daß dadurch «die verdammte Zuchthausdisziplin des Kasernenhofes *zu brechen beginnt*», daß die Verbrüderung aber «möglichst organisiert und unter einem klaren politischen Programm»[11] erfolgen müsse, um eine politische Bewegung zur Beendigung des Krieges an allen Fronten und zum Sturze der Kapitalisten zu werden. Immer mehr in Uniform gesteckte Werktätige äußerten, daß nun auch mit den Monarchen und den herrschenden Klassen Deutschlands «russisch geredet» werden müsse. Ein Höhepunkt des revolutionären Antikriegskampfes in Deutschland waren die Streiks Hunderttausender Arbeiter vor allem der Rüstungsindustrie im April 1917, in denen die ersten Arbeiterräte gebildet wurden. Obwohl es den rechten Gewerkschaftsführern in größerem Maße gelang, die Streiks auf ökonomische Forderungen zu reduzieren und sie schließlich mit Hilfe der Regierung und der Militärs abzuwürgen, waren sie dennoch die bis dahin größte revolutionäre Massenaktion der deutschen Arbeiterklasse gegen den imperialistischen Weltkrieg.

Im April 1917 wurde von den Führern der Zentristen, die zwar von Frieden redeten, es jedoch ablehnten, den Kampf gegen den Krieg zu organisieren, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) gegründet. Ihr trat die Masse der revolutionären Arbeiter bei, die die Politik der rechten sozialdemokratischen Führer ablehnten. Die Spartakusgruppe schloß sich der USPD unter der Bedingung der eigenen politisch-ideologischen Selbständigkeit an. Viele Arbeiter und Soldaten konnten aber nur schwer die wahre Rolle der Führer der USPD durchschauen. Die Militärbehörden mußten jedoch feststellen, daß seit dem Frühjahr 1917 häufiger revolutionäre Flugschriften und Handzettel im Heer verbreitet wurden und Urlauber von der Front die verlogenen «Heeresberichte» kritisierten und für einen sofortigen Friedensschluß

eintraten. Sie befahlen «die nachdrückliche Bekämpfung solcher Propaganda (vgl. Dok. 1 und 4). In einem Aufruf der sozialistischen Jugendbewegung vom August 1917, der sich auch an die «Klassengenossen im Soldatenrock» wandte, hieß es: »*Schießt nicht auf streikende Arbeitsbrüder und -schwestern!* Kämpf mit ihnen für die gemeinsamen Interessen des internationalen Proletariats (Dok. 2).

Die zweite große revolutionäre Massenaktion in Deutschland nach der russischen Februarrevolution war die Matrosenbewegung im Sommer 1917, an der sich rund 5000 Matrosen beteiligten. Sie war der Höhepunkt des revolutionären Friedenskampfes des Jahres 1917 in Deutschland. Auf mehreren Schiffen entstanden Matrosenräte und ähnliche Mannschaftsorganisationen, die Verbindungen zur USPD, zur Spartakusgruppe und zu anderen linken Gruppierungen hatten (Dok. 3). Die revolutionäre Matrosenbewegung wurde blutig unterdrückt, zwei ihrer Führer, Albin Köbis und Max Reichpietsch, wurden erschossen und über 50 Matrosen und Heizer zu rund 400 Jahren Zuchthaus verurteilt. W. I. Lenin wertete sie als «Anzeichen des *Vorabends der Revolution* im Weltmaßstab»[12].

Im Ergebnis der Februarrevolution entstand in Rußland eine Doppelherrschaft zwischen den revolutionär-demokratischen Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten einerseits und der Diktatur der Bourgeoisie in Form der Provisorischen Regierung andererseits. Diese besondere Situation versuchte die Partei der Bolschewiki unter der Führung Lenins für einen friedlichen Übergang zur sozialistischen Revolution zu nutzen. Aber die opportunistische Partei der Menschewiki und die kleinbürgerliche Partei der Sozialrevolutionäre, die bis zum Spätsommer 1917 in den meisten Sowjets die Mehrheit der Deputierten stellten, verhinderten eine solche Entwicklung durch ihre Paktiererpolitik mit der Bourgeoisie. Deshalb erkannte der VI. Parteitag der Bolschewiki (Ende Juli/Anfang August 1917), daß es nach dem Ende der Doppelherrschaft nur noch den Weg des bewaffneten Aufstands gibt. Es mußten Soldaten-, Matrosen- und andere Militärkomitees, Rote Garden und ähnliche Organe gebildet werden, um der sozialistischen Revolution zum Siege zu verhelfen. Dieser Weg endete am 26. Oktober (7. November) 1917 mit dem Sturz der Provisorischen Regierung, mit der politischen Entmachtung der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer, mit dem Sieg der Arbeiter und Bauern ganz Rußlands in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Die junge Sowjetmacht versuchte sofort an allen Fronten Waffenstillstandsvereinbarungen abzuschließen bzw. die revolutionäre Situation im Heer zwang die Generale, solche Abkommen zu unterzeichnen (Dok. 8). 20 russische Divisionen hatten mit den ihnen gegenüberliegenden deutschen Formationen schriftlich Waffenstillstand geschlossen. Unter den deutschen Truppen wurden solche Dokumente der Sowjetregierung verbreitet, wie der von Lenin unterzeichnete Aufruf «An die deutschen Soldaten!» (Dok. 11), in dem diese

über die wichtigsten Ergebnisse der Oktoberrevolution informiert und aufgefordert wurden, den Kampf für einen demokratischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen sowie für «den allmählichen Übergang zum Sozialismus in Rußland» zu unterstützen.

Am 16. Dezember 1917 gelang es den Vertretern der Sowjetregierung, in Brest-Litowsk einen Waffenstillstandsvertrag mit den Mittelmächten zu vereinbaren, der u. a. beide Seiten verpflichtete, «von der Front zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee keine operativen Truppenverschiebungen vorzunehmen» (Dok. 10; vgl. auch Dok. 8). Aber die Oberste Heeresleitung verlegte von November 1917 bis April 1918 insgesamt 48 Divisionen von der Ostan die Westfront, wo sie eine kriegsentscheidende Offensive vorbereitete. Dadurch wurde das revolutionäre Gedankengut stärker als je zuvor an der Hauptfront des Krieges im Westen und auch im Heimatheer verbreitet. Bei diesen Transporten «ist es zu schweren Ausschreitungen gekommen. Von der Gesamtsumme der abgesandten Mannschaften sind bis zu 10 % nicht mit dem Transport am Ziel angelangt» (Dok. 5).[13] Deshalb forderte Ludendorff, als Begleitpersonal «nur zuverlässige, energische und umsichtige Persönlichkeiten zu bestimmen» und «von vornherein mit größter Strenge einzuschreiten», gegebenenfalls sei «rechtzeitig von der Waffe Gebrauch zu machen». Dies war eine der zahlreichen Verfügungen, mit denen die militärische Führung vergeblich versuchte, weitere Zersetzungserscheinungen im Heer zu verhindern. Zu den Maßnahmen gehörten die Urteile außerordentlicher Kriegsgerichte, die Anstrengungen für eine forcierte antisowjetische Propaganda im Rahmen des sog. Vaterländischen Unterrichts und durch den verstärkten Einsatz von Propagandaoffizieren sowie die Bildung von Militär-Gefangenen-Kompanien im Feldheer. Die Führung verlangte, «auf das Verbot der Verbrüderungen nachdrücklichst hinzuweisen» und «daß die Truppen von der Propagandatätigkeit völlig ferngehalten werden» (Dok. 6, 7, 9).

Den unmittelbarsten Einfluß hatte die Oktoberrevolution auf das deutsche Ostheer, das durch eine neue Welle von Soldatenverbrüderungen erschüttert wurde. Sie unterschieden sich wesentlich von denen im Frühjahr 1917, ging es doch nicht nur um die Beendigung der militärischen Kampfhandlungen, sondern für die 1,7 Millionen kriegsmüden deutschen Soldaten um einen revolutionären Ausweg aus dem ersten Weltkrieg. Politisch-ideologische Orientierungshilfen gaben ihnen sowohl die Bolschewiki als auch Mitglieder und Anhänger der Spartakusgruppe, indem sie sowjetische Zeitungen und Flugblätter in deutscher Sprache unter den Soldaten verteilten (Dok. 13).

Unter dem Einfluß der Oktoberrevolution nahm der revolutionäre Antikriegskampf der deutschen Arbeiterklasse einen mächtigen Aufschwung. In zahlreichen Städten fanden sogleich Solidaritätskundgebungen und Demonstrationen statt. Im Heimatheer wuchs die Antikriegsstimmung weiter an. Im Januar 1918 kam es in den Berliner Gardetruppen erstmals zu Gehorsams-

verweigerungen. In der deutschen Flotte kursierten Aufrufe der Baltisch Flotte. Am klarsten erkannten die führenden Vertreter der Spartakusgrup um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die welthistorische Bedeutung d Oktoberrevolution. Sie riefen die deutschen Arbeiter und Soldaten auf, d Vorbereitungen der Obersten Heeresleitung für eine neue blutige Offensi im Westen zu durchkreuzen und dem russischen Beispiel zu folgen.

Ende Januar 1918 brach in Deutschland der bisher größte Massenstre während des Krieges aus. Er stand unter dem Einfluß der Friedensverhan lungen in Brest-Litowsk und der sowjetischen Friedensvorschläge. So erhobe die rund 1 Million streikenden Rüstungsarbeiter die Forderungen nach eine Frieden ohne Annexionen und Kontributionen und nach demokratische Rechten und Freiheiten besonders nachdrücklich. Die Spartakusgruppe un die linken Kräfte der USPD versuchten, die Rüstungsindustrie zu schwäche und damit den Krieg rasch zu beenden. Sie riefen zur Bildung von Arbeite räten nach russischem Muster auf (Dok. 12). Seit Frühjahr 1918 erreichte de revolutionäre Antikriegskampf der Spartakusgruppe eine neue Stufe, inden sie die Arbeiter und Soldaten auf die Vorbereitung des bewaffneten Aufstande orientierte.

Begünstigt durch den Verrat Trotzkis, der die sowjetische Delegation i Brest-Litowsk leitete und sich nicht an die Weisungen Lenins hielt, brache die Vertreter der Mittelmächte die Friedensverhandlungen ab und begannen am 18. Februar 1918 die militärische Intervention.[14] Weite Gebiete Sowjetruß lands, insbesondere die Ukraine, die Krim und andere südrussische Gebiete wurden von deutschen Truppen okkupiert. Der von Lenin verfaßte Aufruf der Partei und der Sowjetregierung «Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr!» forderte die Werktätigen auf, alle Kräfte für die Verteidigung der Republik einzusetzen. Die ersten Einheiten der Roten Armee wurden formiert und bestanden ihre Feuertaufe. Der Überfall setzte der Sowjetregierung «das Messer an die Kehle» (Dok. 15) und zwang sie am 3. März 1918, den Diktatfrieden von Brest-Litowsk zu unterzeichnen, um eine Atempause für die Festigung der sozialistischen Revolution zu erhalten.

In Aufrufen an die deutschen Arbeiter und Soldaten verurteilten die Sowjetmacht und die Partei der Bolschewiki die militärische Intervention und die Ausplünderung der Ukraine und anderer sowjetischer Gebiete durch den deutschen Imperialismus und Militarismus. Sie forderten die deutschen Soldaten auf, keine «Henkersarbeit an der russischen Arbeiterrevolution» zu leisten und warnten: «Unsere Friedensliebe geht nicht bis zum Selbstmord.» Wir werden uns «mit letzter Verzweiflung wehren» (Dok. 15). Der Aufruf von Anfang Mai 1918 (Dok. 18) nahm die Tatsache, daß die eine Marionette in den Händen der deutschen Okkupationsbehörden, die bürgerlich-nationalistische Zentralrada in der Ukraine, durch eine andere, den sog. Hetman Skoropadski, ersetzt wurde, zum Anlaß, um die Politik der wahren militärischen und politischen

Statthalter in der Ukraine, z. B. Generalfeldmarschall von Eichhorn und «Botschafter» Freiherr Mumm von Schwarzenstein, zu entlarven. Ihnen ging es um die Liquidierung der Sowjetmacht in ganz Südrußland und seine Ausraubung. Der Aufruf unterschied klar zwischen den deutschen Offizieren und den in die Soldatenröcke gesteckten Arbeitern und Bauern, die man «gegen ihre Offiziere unterstützen» müsse.

In dieser zugespitzten militärischen, politischen und wirtschaftlichen Situation wurde die Sowjetrepublik entscheidend durch Protest- und Solidaritätsaktionen des internationalen Proletariats und auch durch Hunderttausende ehemalige Kriegsgefangene aus den Mittelmächten, die in Sowjetrußland aktiv für die Arbeitermacht eintraten, unterstützt. Von den deutschen Militärbehörden wurden sie als Verräter betrachtet und kriegsgerichtlichen Maßnahmen unterworfen (Dok. 14, 24). Bis September 1918 schlossen sich 130000 Kriegsgefangene der Roten Armee an und 5000 kämpften gegen Interventen und Weißgardisten.[15] Für die Kriegsgefangenen, die 1918 nach Deutschland zurückkehren konnten und wollten, legte die Heeresleitung besondere Maßnahmen (z. B. im Rahmen des sog. Vaterländischen Unterrichts) fest. «Politisch unzuverlässig befundene Personen bedürfen einer besonders scharfen Beaufsichtigung» (Dok. 17). Zum anderen weigerten sich russische Kriegsgefangene in Deutschland, weiterhin für die Kriegswirtschaft zu arbeiten. Allen Deutschen wurde verboten, mit den Gefangenen «politische Gespräche zu führen» (Dok. 19). Im Rahmen dieser allgemeinen Furcht vor revolutionären Gedanken und Taten spielten Meldungen eine besondere Rolle, wonach deutsche Fronturlauber Handfeuerwaffen für die kommende Revolution in die Heimat mitnahmen. Ludendorff verfügte, daß die Militärbehörden dagegen mit 'Kontrollen, scharfen Bestrafungen usw. «rücksichtslos durchgreifen» (Dok. 16).

Die auch mit Hilfe der aus dem Osten herangeholten Divisionen 1918 durchgeführte Frühjahrsoffensive im Westen brachte keinen kriegsentscheidenden Erfolg, sondern verschlechterte die Gesamtkriegslage des deutschen Imperialismus wesentlich. Seit Sommer 1918 traten die Zersetzungserscheinungen vor allem im deutschen Heimatheer und zunehmend auch im Feldheer zutage. Am stärksten zersetzt und revolutioniert wurde das Ostheer. Von den 29 Divisionen des Feldheeres, die 1918 aufgelöst wurden, waren 16 sog. Russendivisionen. Diesen Zersetzungsprozeß belegen auch die Verfügungen der Heeresgruppe Eichhorn (Ukraine) vom 20., 29. und 30. Juni 1918. Am 20. Juni verlangte Eichhorn der gegen die deutschen «Truppen betriebenen revolutionären Agitation ... mit Schärfe» entgegenzutreten und «durch Exerzierübungen die Disziplin der Truppe auf der Höhe zu erhalten» (Dok. 21). Sein Nachfolger Wilhelm Groener gab Anweisung, Personen «mit sozialistischem Agitationsmaterial» zu verhaften und in «ein Konzentrationslager ... zu schaffen, in welches unsichere Elemente unter entsprechender scharfer Bewachung einzuliefern» wären (Dok. 23; 25, vgl. auch Dok. 26). Während der Befehlshaber

der 212. Infanterie-Division im Gouvernement Nikolajew im Mai 1918 d potentiellen Fahnenflüchtigen nur auf den Verlust der Familienunterstützu hinwies (Dok. 20), erinnerte Ludendorff im Juni 1918 in einer Rundverfügu an die ganze Palette von Maßnahmen, die in solchen Fällen ergriffen werd müßten: Todesstrafe, Beschlagnahme des gesamten Vermögens, Streichu der Familienunterstützung und Verlust der Staatsangehörigkeit (Dok. 22).

Die immer größere Kriegsmüdigkeit, ja, die Unwilligkeit der Mehrheit d deutschen Soldaten, den Krieg fortzusetzen, kam auch in den zwei Rundve fügungen des preußischen Kriegsministers Hermann von Stein vom Juli 19 zum Ausdruck (Dok. 28, 29). Da war von «Disziplinlosigkeit bei Ersatztranspo ten», «Ausschreitungen», «offenem Widerstand und tätlichen Angriffen geg Vorgesetzte» die Rede. Stein verlangte die Brechung des «Widerstands m Waffengewalt», das «Androhen schwerster Strafen» sowie die «schnellst Aburteilung» (z. B. Einweisungen in Militär-Gefangenen-Kompanien an de Front und auch die Anwendung der Todesstrafe).

Ludendorff machte in einer Verfügung vom 21. Juli 1918 warnend bekann daß einige aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrte Mannschafte sich geweigert hatten, wieder an die Front zu gehen und deshalb «zu schwere Freiheitsstrafen verurteilt» wurden (Dok. 27; vgl. auch Dok. 31). In diesen un anderen Verfügungen der Heeresleitung seit dem Hochsommer 1918 komm der sich rasch ausbreitende Zersetzungsprozeß des deutschen Heeres zu Ausdruck, der auch durch verschärfte Strafen nicht mehr einzudämmen wa

Seit August/September 1918 verschlechterte sich die Gesamtkriegslage de imperialistischen deutschen Kaiserreiches gravierend, sein militärischer un politischer Zusammenbruch und die Herausbildung einer revolutionären Situa tion begannen sich abzuzeichnen. Die Idee von der revolutionären Beendigun des Krieges ergriff mehr und mehr die Volks- und Soldatenmassen und unter grub die Kampfkraft des Heeres und der Flotte. Im Heimatheer war der Zer setzungsprozeß weit vorangeschritten, wie aus einer Verfügung des Stellver tretenden Generalkommandos des XII. Armeekorps hervorgeht (Dok. 31). Neben der Androhung strenger Strafen für Antikriegstätigkeit wurde nu auch stärker an die «Soldatenehre» und «Vaterlandsliebe» appelliert. Für de Niedergang der Disziplin wurden besonders Teile des Unteroffizierskorps verantwortlich gemacht, die selbst sozialistisch beeinflußt seien.

Auch im Westheer nahmen die Zersetzungserscheinungen rapide zu. Lenin wies Ende August darauf hin, die deutsche Niederlage bei Amiens sei «zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß die alte Armee in Deutschland schon nicht mehr existiert. Wovon die deutschen Diplomaten in halb scherzhaftem Ton gesprochen haben, von der ‹Russifizierung› der deutschen Soldaten, das ist heute für sie schon kein Scherz mehr, sondern bitterer Ernst.»[16] Die Solda- ten gingen massenhaft in Gefangenschaft, im August und September waren es 233000 Mann. Die Heeresleitung rechnete mit über 100000 Fahnenflüchtigen.

Die Intervention in Sowjetrußland und die Versuche, die Sowjetmacht zu ernichten, waren gescheitert. In der Verfügung des Heeresgruppenkomman- os Kiew von Anfang September wurden die Truppenführer nunmehr an- gewiesen, die Zusammenarbeit mit den ukrainischen Behörden zu erweitern Dok. 30). Dies geschah in der Hoffnung, mit deren Hilfe das Land weiter aus- uplündern und diese Kreise auch stärker zur Bekämpfung der revolutionären Widerstandsbewegung der sowjetischen Arbeiter und Bauern heranzuziehen. Die Zusammenstöße zwischen Strafabteilungen der Armee einerseits und revoltierenden deutschen Soldaten und sogar Offizieren andererseits, z. B. in Rowno, Schepetowka, Kiew, Polozk und Torow, nahmen zu. Rückblickend schätzte Lenin ein: «Deutschland hat aus dem Brester Frieden nichts heraus- geholt als einige Millionen Pud Getreide, dafür aber die bolschewistische Zer- setzung nach Deutschland eingeschleppt.»[17]

Auf ihrer illegalen Reichskonferenz am 7. Oktober 1918 orientierte die Spartakusgruppe die Arbeiter und Soldaten auf eine demokratische Volks- revolution für die sofortige Beendigung des Krieges, für den Sturz des Imperia- lismus und Militarismus sowie die Herstellung eines Bündnisses mit Sowjet- rußland. Die Konferenz rief zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten auf. Um die Soldatenmassen an die Revolution heranzuführen, forderte sie eine durchgreifende demokratische Umgestaltung des Heeres.[18] Dieses revolutio- näre Kampfprogramm verbreitete die Spartakusgruppe auch in ihren Flug- schriften und Flugblättern (Dok. 32, 33, 34).

Die deutsche Novemberrevolution, die ihrem Charakter nach eine bürger- lich-demokratische, eine antiimperialistische Volksrevolution war, begann am 3. November 1918 mit dem bewaffneten Aufstand der Matrosen in Kiel. Sie breitete sich schnell in ganz Deutschland aus und siegte am 9. November 1918 in Berlin. Hier rief Karl Liebknecht die Sozialistische Republik aus.

Im ersten Ansturm hatten die revolutionären Massen große Erfolge errun- gen. Das alte Heer befand sich weitgehend in Auflösung. Die Mehrheit der Truppen des Heimatheeres weigerten sich, auf revolutionäre Demonstranten zu schießen. Die kriegsmüden und teilweise revolutionierten Truppen des Feldheeres ließen sich nicht gegen die Novemberrevolution mißbrauchen. Teile der Arbeiterklasse hatten bewaffnete Formationen gebildet. Zu den wichtigsten Ergebnissen der Novemberrevolution gehörten der Sturz der Monarchie und insbesondere die schnelle Beendigung des Krieges durch den Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen am 11. November 1918. Es ist das unschätzbare Verdienst der Novemberrevolution, verhindert zu haben, daß Deutschland zum Kriegsschauplatz wurde.

Da es jedoch nicht gelang, die antiimperialistische Volksrevolution zur sozialistischen Revolution weiterzuführen, blieben die sozialökonomischen Grundlagen des Imperialismus und Militarismus in Deutschland erhalten. Darin besteht die Ursache dafür, daß es dem deutschen Faschismus 1939 gelang,

das deutsche Volk in einen zweiten, noch weitaus verheerenderen Weltkr zu stürzen.

Die vorliegende Dokumentation zum Thema «Revolution und Heer» s für einen außerordentlich ereignisreichen Abschnitt der Geschichte and bereits veröffentlichte Quelleneditionen ergänzen. Dabei können die a gewählten Archivdokumente nicht die ganze Breite des Themas erhell vielmehr sollen sie schlaglichtartig den Einfluß der Großen Sozialistisch Oktoberrevolution auf die imperialistischen deutschen Streitkräfte für d Zeitraum von 1917 bis Ende Oktober 1918 verdeutlichen.

Die Dokumente stammen aus den Beständen der sächsischen Armee i Militärarchiv der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Dokume (Dok. 19) gehört zu den Beständen der preußischen Armee, die auf Grund d Zerstörung des Heeresarchivs Potsdam durch den englischen Bombenangri auf Potsdam am 14. April 1945 stark reduziert wurden.

Die Dokumente werden überwiegend ungekürzt veröffentlicht. Gekürz Textstellen haben zum Thema keinen Bezug und werden durch (...) angezei Namen und Wendungen sind entsprechend dem Stile der Zeit aufgenomme Rechtschreibung und Zeichensetzung erfolgen nach den heute geltende Regeln; offensichtliche Schreibfehler wurden beseitigt. Die Dokumente si chronologisch angeordnet und fortlaufend numeriert. Vom Herausgeb erschlossene Kopfangaben werden durch ( ) angezeigt. Das dem Text vora gestellte Kurzregest nennt das Dokument, datiert es und gibt kurz den Inha wieder. Archivsignatur und Blattangabe sowie der Unterzeichner und d Überlieferungsform werden am Schluß des Dokuments aufgeführt. Hervo hebungen unterschiedlichster Art in den Texten sind einheitlich kursiv gesetz Auf Dokumentenköpfe, Verteiler, Aktenzeichen, Bearbeitungsvermerke, A reden und Grußformeln wurde generell verzichtet; die Betreffe und Anrede aber, die Teil des Textes sind, werden aufgeführt.

Der größere Teil der Dokumente (19) wurde bereits publiziert, vor allen in dem Buch «Militarismus gegen Sowjetmacht», Berlin 1967, das seit langen vergriffen ist. Eine Neuveröffentlichung erschien deshalb geboten. Auf de Nachweis der möglichen Fundorte wird im einzelnen verzichtet. Ein Personen und ein geographisches Register sowie ein Abkürzungsverzeichnis ergänzen die Dokumentation.

Der Herausgeber möchte allen danken, die das Zustandekommen der Editio unterstützt haben, insbesondere dem Direktor des Militärarchivs der DDR Kapitän zur See Manfred Kuhnt, und Professor Dr. sc. Helmut Otto vom Militärgeschichtlichen Institut der DDR.

Anmerkungen

1 W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 5.
2 Ebenda, Bd. 33, Berlin 1962, S. 36.
3 Vgl. Horst Giertz, Zur Militärfrage in der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1905/07 in Rußland. In: Militärgeschichte, H. 5/1975, S. 528–540.
4 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, Berlin 1967, S. 210f.
5 W. I. Lenin, Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 199.
6 Ebenda, S. 11–21.
7 Vgl. Leonard Gawrilow, Die Soldatenmassen des russischen Feldheeres im Kampf für den Sieg der Oktoberrevolution. In: Militärgeschichte, H. 5/1983, S. 522f.
8 Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Bd. 2, Moskau (1969), S. 594, 609, 620, 641.
9 Zit. nach Heinz Wohlgemuth, Karl Liebknecht. Eine Biographie, Berlin 1973, S. 301f.
10 Vgl. Helmut Otto/Karl Schmiedel, Der erste Weltkrieg. Militärhistorischer Abriß, 4. Aufl., Berlin 1983, S. 264ff.
11 W. I. Lenin, Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 311f., vgl. auch S. 370ff.
12 Ebenda, Bd. 26, Berlin 1980, S. 59.
13 Erstmals veröffentlicht von Heinz Sperling in: Militärgeschichte, H. 1/1965, S. 52.
14 Vgl. Aleksander Koslow, Eskalation und Scheitern der deutschen Intervention in Sowjetrußland 1918. In: Militärgeschichte, H. 4/1985, S. 315–323.
15 Vgl. Sonja Striegnitz: Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 1917–1918, Berlin 1979, S. 153.
16 W. I. Lenin, Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 73.
17 Ebenda, Bd. 31, Berlin 1959, S. 436.
18 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 2, Berlin 1957, S. 230–233.

Dokumente

Dokument 1

Verfügung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an höhere Kommandobehörden über Maßnahmen gegen das Eindringen revolutionärer Schriften in das Heer. 24. Mai 1917

Einführung von Hetzschriften in das Heer
Das Kriegsministerium hat in seiner Verfügung vom 12. 5. 17 Nr. 2807/17 g.A. 1 auf die Notwendigkeit hingewiesen, Maßnahmen gegen das Eindringen hetzerischer und staatsfeindlicher Propaganda in das Heer zu treffen, insbesondere das heimliche Einführen von Flugschriften und Handzetteln mit derartigem Inhalt bei den Heeresangehörigen zu verhindern. Zu diesem Zwecke hält das Kriegsministerium namentlich für erforderlich: scharfe Überwachung verdächtiger Personen (Postkontrolle), besonderes Augenmerk auf zurückkehrende Urlauber hinsichtlich der Mitführung solcher Schriften, Überwachung des Eisenbahnpersonals in den besetzten Gebieten daraufhin, ob sie Flugschriften und Handzettel einschmuggeln oder den Soldaten auf der Fahrt heimlich zustecken.

Vorkommnisse aus neuerer Zeit haben gezeigt, daß der Hinweis des Kriegsministeriums ernsthafteste Beachtung verdient. Ich nehme daher Veranlassung, auf die bei ähnlicher Grundlage ergangenen Verfügungen des Generalquartiermeisters vom 14. 4. 16 Nr. I d 10235 und vom 19. 8. 16 Nr. II a 24331 betreffend die Verbreitung hetzerischer Flugschriften erneut hinzuweisen und den verantwortlichen Dienststellen des Operations- und Etappengebiets die nachdrückliche Bekämpfung solcher Propaganda zur ernsten Pflicht zu machen. Welche Maßnahmen hierfür im einzelnen zu treffen sind, muß dem Ermessen der Befehlshaber in den bezeichneten Gebieten überlassen bleiben.

Wegen entsprechender Maßnahmen zur Kontrolle des Eisenbahnpersonals in den besetzten Gebieten ersuche ich den Herrn Feldeisenbahnchef die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

MA, Sa 10922, Bl. 36a. Gezeichnet: Ludendorff. Abschrift.

Dokument 2

Aufruf der sozialistischen Jugendbewegung Deutschlands zum Demonstrationsstreik am 2. und 3. September 1917 in ganz Deutschland gegen den Krieg. (August 1917)

Demonstrationsstreik
gegen den Krieg!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ob jung, ob alt, ob Frauen oder Mädchen, Männer oder Jünglinge, am 2. und 3. September laßt die Arbeit ruhen! Hinweg von den Arbeitsstätten!

Auf nach den Demonstrationsveranstaltungen!

Wir dürfen uns nicht von der Phrase der «Vaterlandsverteidigung», mag s uns auch in offiziösen WTB.-Telegrammen vorgeheuchelt werden, einfange lassen. Die Interessen, der Klassenkampf der Arbeiterschaft haben nich mit einer Vaterlandsverteidigung gemein. Unsere Klassengenossen in de Schützengräben würden sich freuen, wenn statt Munition die Kunde vo revolutionären Aktionen des deutschen Proletariats zu ihnen kommen würd Wir dürfen uns von keinem Hindenburg- oder Demokratisierungsrumm einfangen lassen. Das alles ist, mag es indirekt, durch die Partei- od Gewerkschaftsinstanzen, oder direkt von der Regierung kommen, *Betrug*, u uns vom Klassenkampfe abzuhalten, um uns auf den Schlachtfeldern hi schlachten zu lassen.

Wir dürfen uns nicht von den Gewaltakten der Militär- und Zivilbehörde einschüchtern lassen. Nur mit Gewalt können wir gegen diese Gewalt siegen Eine Steigerung, Verschärfung und Ausdehnung des Streikes muß die Antwor auf Gewaltakte und Drohungen der Herrschenden sein.

Bluttaten müssen mit Bluttaten erwidert werden!

Darum Ihr Klassengenossen im Soldatenrock: Schießt nicht auf streikend Arbeitsbrüder und -schwestern! Kämpft mit ihnen für die gemeinsame Interessen des internationalen Proletariats, kämpft für die soziale Revolution! Schießt auf die, die Euch zu diesem schändlichsten Brudermord treibe wollen, schießt auf die, die sich daran beteiligen!

Werdet Soldaten der Revolution!

MA, Sa 24106, Bl. 124. Ohne Unterschrift. Druck.

Dokument 3

Verfügung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an höhere Kommandobehörden über Maßnahmen gegen das Eindringen revolutionärer Ideen in das Heer. 3. September 1917

Maßnahmen gegen Verhetzung im Heere.

Durch Auffindung eines Aufrufs, der von dem Heizer eines Kriegsschiffs verfaßt war, wurde vor kurzem eine unter den Mannschaften der Hochseeflotte bestehende Organisation aufgedeckt, welche bezweckte, die Besatzung der Flotte der unabhängigen sozialdemokratischen Partei zuzuführen und

ir die Ziele dieser Partei zu gewinnen. Bei den vorgenommenen Durchıchungen der Sachen der Mannschaften wurden Listen über die Mitglieder er Organisation gefunden, ferner Druckschriften der Partei, Briefe, die auf ie Organisation Bezug hatten, und im Zusammenhang damit auch ein Vereichnis mit Adressen von Unteroffizieren und Mannschaften des Landheeres.

Die Organisation ist in folgender Weise zu Stande gekommen. Anscheinend urch einen in Wilhelmshaven befindlichen Vertrauensmann der unabhänigen sozialistischen Partei und den zum Flottendienst einberufenen sozialemokratischen Redakteur Herre haben Mannschaften eines Kriegsschiffes ühlung mit der Partei erlangt. Zwei Heizer und ein Matrose machten es ich zur besonderen Aufgabe, die Gedanken der Partei unter den Mannchaften ihres Schiffes zu verbreiten und zu diesem Zwecke eine Organisation zu schaffen, die sich auf die ganze Hochseeflotte erstrecken sollte. Geheime Versammlungen in einer Gastwirtschaft Wilhelmshavens wurden abgehalten, auf denen die hierzu erforderlichen Maßnahmen beraten wurden. Es wurden Mannschaften anderer Schiffe für die Einrichtung von Unterorganisationen gewonnen, Listen in Umlauf gesetzt, durch deren Ausfüllung die Zugehörigkeit zur U.S.P. erklärt wurde, und sozialistische Druckschriften, sowie von Mannschaften verfaßte Aufrufe verbreitet. Im Verlaufe dieser Agitation haben zwei der erwähnten Rädelsführer gelegentlich eines Urlaubs die Reichstagsabgeordneten Dr. Dittmann und Haase aufgesucht und mit ihnen und den sozialistischen Führern Vogtherr und Frau Zietz verhandelt. Von diesen wurde ihnen Förderung und Unterstützung zugesagt, zugleich aber Vorsicht wegen der Gefährlichkeit und Strafbarkeit des Unternehmens anempfohlen. Sozialistische Schriften, insbesondere die Reden des Abgeordneten Dittmann, wurden ihnen mitgegeben. Im übrigen erfolgte die Übermittlung solcher Schriften mit Hilfe eines in Wilhelmshaven wohnenden Vertrauensmannes und des vorerwähnten zum Flottendienst eingezogenen Redakteurs Herre.

Als nächster Zweck der Organisation wurde ins Auge gefaßt und ins Werk gesetzt, Listen über den Beitritt der Mannschaften zur U.S.P. aufzustellen, die auf der Stockholmer Konferenz zum Beweise des Einverständnisses der Flottenbesatzung mit den Bestrebungen der extremen sozialdemokratischen Partei vorgelegt werden sollte. Einige solcher Listen sind tatsächlich an Dittmann gelangt.

Den Führern der Organisation war das Programm der U.S.P., den Frieden nötigenfalls durch aktiven oder passiven Widerstand des Militärs herbeizuführen, bekannt. Sie billigten dieses Ziel. In den erwähnten Versammlungen ist auch allem Anschein nach über die Mittel zu seiner Erreichung, insbesondere über eine allgemeine Arbeitsverweigerung der Heizer, gesprochen und für diese Maßnahmen die Zeit nach der Stockholmer Konferenz und nach etwaiger Ablehnung der von dieser ausgehenden Friedensvorschläge ins Auge gefaßt worden.

Die Organisation hat sich auf die geschilderte Weise auf mehrere Sch ausgebreitet. Die bisher ermittelten Hauptbeteiligten sind verhaftet. Sie se schwerer Bestrafung entgegen.

Anzeichen, daß staatsfeindliche und verbrecherische Bestrebungen Unternehmungen der geschilderten Art auch im Landheere schon fes Fuß gefaßt haben, sind noch nicht hervorgetreten. Daß eine solche Gef aber auch dem Heere droht, beweisen neben der erwähnten Auffindung Adressen von Heeresangehörigen die unermüdlichen Versuche der lin stehenden Sozialisten, ihre Propaganda in die Armee zu tragen. Es gilt, Gefahr zu beschwören und auf ihre vollständige Beseitigung mit allem Na druck hinzuarbeiten. Der Ausgang des Krieges und das Wohl des Reiches kö nen auf dem Spiele stehen.

Jeder Truppenführer ist dafür verantwortlich, daß in seinem Befehlsbere Vorkommnisse, wie die geschilderten, unmöglich sind. Mit welchen Mitt das zu geschehen hat, muß dem Ermessen der Befehlshaber überlassen bleib In meiner Verfügung vom 24. 5. 17 Nr. IIIb 13983/III* habe ich bereits dar hingewiesen, wie der Verbreitung hetzerischer Schriften in der Armee beg net werden kann. Indessen muß auch jeder andere Versuch, aufrührerisch Gedanken in das Heer Eingang zu verschaffen, zum Gegenstand schärfst Wachsamkeit und strengster Ahndung gemacht werden. Jedes hierfür herv tretende Anzeichen muß mit Nachdruck verfolgt, der Tatbestand in solch Fällen sofort eingehend festgestellt und der Schuldige der Verurteilu zugeführt werden. Vor allem gilt es aber, den Geist der Vaterlandsliebe in d Truppe wachzuhalten und in jedem Mann das Gefühl zu wecken, daß es scho ehrlos ist, wenn ein Soldat, der von aufrührerischen Bestrebungen oder Vera redungen im Heere Kenntnis erhält, nicht sofort Anzeige erstattet. Wer da unterläßt, kann nach § 104 M.St.G.B. strafbar werden. Zweckmäßig ist, da über hinaus durch Erlaß entsprechender Dienstbefehle die Strafbarkeit solche Unterlassungen auch aus §§ 92, 93 M.St.G.B. zu begründen.

Das preuß. Kriegsministerium habe ich ersucht, die erforderlichen Maß nahmen für die Inlandstruppen zu treffen.

MA, Sa 24106, Bl. 88 f. Gezeichnet: i. A. Ludendorff. Vervielfältigung.

* Vgl. Dok. 1

Dokument 4

Bericht des Kreisreferats Plauen i.V. an die Kriegsamtsstelle Leipzig über Kriegsmüdigkeit und Unzuverlässigkeit der Truppe. 26. September 1917

Betr.: Aufklärung an der Front.

(...) Fast täglich kann beobachtet werden, wie Urlauber die Richtigkeit der

Heeresberichte bezweifeln, von ungeheueren Verlusten einzelner Truppenteile, von schlechter Munition, abgenutzten Geschützen, Abnahme der Disziplin, mangelhafter Ernährung der Truppen usw. erzählen, für einen sofortigen Friedensschluß unter Preisgabe der eroberten Gebiete, ja unter Preisgabe Elsaß-Lothringens eintreten und sich nicht selten in einer Weise auslassen, die im Hörer bange Zweifel über die unbedingte Zuverlässigkeit der Truppen bei Streiks und inneren Unruhen wachrufen müssen. (...)

MA, Sa 12777, Bl. 35. Gezeichnet: Elster. Abschrift.

Dokument 5

Verfügung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres über Maßnahmen gegen Desertionen und andere Vorkommnisse bei Ersatztransporten an die Westfront. 19. November 1917

Betr.: Ersatztransporte.

Bei größeren Ersatztransporten aus dem Osten nach dem Westen ist es zu schweren Ausschreitungen gekommen. Von der Gesamtsumme der abgesandten Mannschaften sind bis zu 10 % nicht mit dem Transport am Ziel angelangt. Aufsichtsorgane der Eisenbahn und Bahnhofswachen waren dem Treiben der Menge gegenüber machtlos, da das Transportbegleitpersonal seinen Pflichten nicht in ausreichendem Maße nachkam oder nicht nachkommen konnte.

Um ähnlichen, den Ruf und die Disziplin des deutschen Heeres schädigenden Vorkommnissen vorzubeugen, weise ich auf folgendes hin:

1) Zum *Begleitpersonal* sind nur zuverlässige, energische und umsichtige Persönlichkeiten zu bestimmen. Die Auswahl des Transportführers erfordert besondere Sorgfalt.

2) Die *Transporte* sind frühzeitig zusammenzustellen, so daß dem Führer Zeit und Gelegenheit gegeben ist, den Transport einzuteilen (Gruppenführer bestimmen, die während der Fahrt bei ihren Gruppen bleiben). Die Übernahme hat an der Hand namentlicher Listen zu erfolgen. Die Transporte dürfen nicht zu groß gemacht werden; möglichst nicht über 600 Mann. Vor Abgang des Transportes hat eine kurze Belehrung sowohl an das Begleitpersonal wie an den Transport durch den Führer über Pflichten und Verhalten während der Fahrt stattzufinden.

3) *Sammeltransporte* für mehrere Armeen sind entweder vor Abtransport nach Zielpunkten mit besonderen Begleitkommandos einzuteilen oder, falls dieses wegen fehlender Unterlagen nicht möglich war, geschlossen hinter die Mitte der empfangenden Armeen zu fahren, an geeigneten Orten auszuladen, unterzubringen und in neu gebildeten Teiltransporten den einzelnen Empfän-

gern zuzuführen. Teilungen während der Fahrt auf Unterwegsstationen si unstatthaft. Den absendenden Stellen und dem Transportführer müssen d zur Bildung der Teiltransporte erforderlichen Unterlagen rechtzeitig m geteilt werden.

4) *Während der Fahrt* ist für ausreichende Verpflegung zu sorgen. Es ist a zustreben, daß die Mahlzeiten der Tageszeit entsprechen. Verpflegun aufenthalte in den Nachtstunden sind zu vermeiden. Bei längeren Fahrunte brechungen, die tunlichst nicht auf Bahnhöfen mit starkem Personenverke stattzufinden haben, ist für Verstärkung der Bahnhofswachen Sorge zu trage Vorherige Benachrichtigung der Stationen seitens der Eisenbahndienststell ist erforderlich. Von den Bahnhofskommandanturen ist sogleich beim Ei treffen des Transportes und vor dem Befehl zum Aussteigen Verbindung m dem Transportführer über die zu treffenden Maßnahmen aufzunehme Dem Transportführer ist von der voraussichtlichen Dauer des Aufenthal Kenntnis zu geben.

5) *Bei Transportdauer von mehreren Tagen* empfiehlt es sich nicht, bei Antri der Reise die ganze Brotportion an die Mannschaften auszugeben. Sowe nicht der Empfang von Brot auf Unterwegsstationen möglich, ist die Mass des Brotes unter Bewachung in einem besonderen Abteil oder Wagen mi zuführen und in Raten während der Reise bei geeigneten Aufenthalten au zugeben.

6) *Gegen Disziplinwidrigkeiten* ist von vornherein mit größter Strenge ei zuschreiten. Mannschaften, die den Befehlen nicht sofort Folge leisten, sin festzunehmen. Zur Erzwingung des Gehorsams ist gegebenenfalls rechtzeiti von der Waffe Gebrauch zu machen.

7) Bei *Fahrten* durch verbündetes oder besetztes Gebiet, bei denen der Anrei zu Ausschreitungen erfahrungsgemäß größer, die örtliche Aufsicht oft nich ausreichend ist, müssen die zutreffenden Maßnahmen besonders sorgfälti überlegt und durchgeführt werden.

8) *Die Übergabe des Transportes am Ziel* hat ordnungsgemäß an der Han der Listen zu erfolgen. Nachforschungen nach fehlenden Mannschaften sind unter Meldung an die nächsthöhere Dienststelle unverzüglich anzustellen Gegen Vorgesetzte und Transportführer, gegen die der Verdacht ungenügender Aufsicht vorliegt, ist eine kriegsgerichtliche Untersuchung einzuleiten.

MA, Sa 35133, Bl. 56 f. Gezeichnet: i. A. Ludendorff. Abschrift.

Dokument 6

Verfügung der 241. Infanterie-Division zur Ausnutzung der Propagandatätigkeit gegen Soldatenverbrüderungen und zum Einsatz von Propagandaoffizieren. 25. November 1917

Betr.: Propaganda.

1. Die gegenwärtige Lage in Rußland muß durch eine besonders lebhafte Propaganda mit allen Mitteln ausgenutzt werden. Die Propagandatätigkeit wird daher unter Aufhebung der hierüber früher erlassenen Verfügungen auch im Divisionsbereich aufgenommen. Die mit der D.K.O. 37741 vom 4. 11. 17 bekanntgegebenen Bestimmungen über Beförderungen von Propagandamaterial bleiben unberührt (Auslegen von Zeitungen usw.).

2. Ziel der Propaganda ist, die immer stärker auftretende Friedenssehnsucht im russischen Heere zu entscheidenden Beschlüssen der Fronttruppen zunächst im Sinne einer möglichst weitgehenden Waffenruhe zu steigern.

3. *Verhalten der Truppen:*

a) Jede Propagandatätigkeit wird nur durch die dafür bestimmten Organe ausgeübt. Diese sind: Generalstabsoffiziere, die Nachrichten- und Dolmetscher-Offiziere der höheren Kommandobehörden, die Propagandaoffiziere der Truppenteile (siehe Ziffer 3d). *Die Truppe selbst hat mit der Propagandatätigkeit nichts zu tun. Sie ist davon völlig fernzuhalten.*

b) Jede Art von Gefechtsunternehmungen, die den Rahmen der gewöhnlichen Patrouillentätigkeit überschreiten, bedarf der Genehmigung der Division. Vergeltungsmaßnahmen für russische Kampftätigkeit hat jedoch sofort, und zwar an gleicher Stelle einzusetzen. Divisionsbefehl Nr. 12031 geheim vom 22. 11. 17 Punkt 1 wird, mit Ausnahme des letzten Absatzes, aufgehoben. Auf Russen, die sich außerhalb ihrer Gräben *unbewaffnet* bewegen, ist bis auf weiteres nicht zu schießen.

c) Nähern sich Unterhändler, die ohne jeden Zweifel als solche kenntlich sind, unseren Stellungen, so ist mit ihnen im Sinne der Ziffer 254* der F.O. zu verfahren. Sie sind durch die Propagandaoffiziere (siehe Ziffer 3a) unter sofortiger Benachrichtigung der Abteilung I der Division zur Ortskommandantur Kluwince zu bringen, wo sie das Eintreffen eines Generalstabsoffiziers und des Dolmetscheroffiziers der Division abwarten. Allen anderen Personen sind Unterhandlungen mit den Russen verboten. Zuwiderhandlungen sind zu bestrafen. Besonders die Patrouillen sind auf das Verbot der Verbrüderungen nachdrücklichst hinzuweisen. Den Russen ist, wenn sie die Absicht zum Verhandeln zu erkennen geben, klar zu machen, daß Verhandlungen *nur mit einzelnen bevollmächtigten Parlamentären, möglichst Mitgliedern der Arbeiter- und Soldaten-Komitees pp., erfolgen könnten, nicht mit ganzen Haufen von Soldaten.*

d) Die Truppenführer sind dafür verantwortlich, daß die Truppen von der Propagandatätigkeit völlig ferngehalten werden. Zum Schutz der eigenen Truppe gegen die Einwirkung der Propaganda und zur Überwachung der richtigen Behandlung von Unterhändlern oder Überläufern ist bei den Infanterie-Regimentern, bei F.A.R. 48 und der schweren Gruppe je ein geeigneter Offizier als *Propagandaoffizier* zu bestimmen, der im Einvernehmen

mit den Propagandaorganen (siehe unter Ziffer 3a) die Fernhaltung der Trup von den Propagandastellen zu überwachen hat. Namen der Offiziere sind v 246. Inf.Brig. und Arko 241 bis 27. 11. 11 Uhr Vorm. durch Fernspruch melden.

4. Vermittlung des Briefverkehrs aus der russischen Front mit Angehörig im besetzten Gebiet und Kriegsgefangenen ist gestattet. Briefe, die abgegeb werden, sind umgehend der Division durch die Propagandaoffiziere ei zusenden.

MA, Sa 54769, Bl. 243. Gezeichnet: Fortmüller. Vervielfältigung.

* Diese Ziffer lautet:

Einzelne feindliche Offiziere mit geringer Begleitung, die sich durch Schwenken einer weißen Fahne oder ei Tuches oder durch Signale usw. von weither als Unterhändler kenntlich machen, werden nicht als Feinde beh delt. Dasselbe gilt für einzelne feindliche Soldaten, die sich durch Wegwerfen oder verkehrtes Tragen der W oder Zurufen von weither als Überläufer zu erkennen geben. Diese sind zunächst zum Ablegen der Waffen veranlassen. Unterhändler und Überläufer werden – erstere mit verbundenen Augen und ohne jede Unterh tung – gleichfalls zur Feldwache gebracht. Die Feldwache führt die bei ihr eingelieferten Personen der Kompa zu, die alsdann dem Vorpostenkommandeur Meldung macht.

Dokument 7

Befehl des (III.) Bataillons des Infanterie-Regiments Nr. 134 gegen Aufnahm von Verbindungen zwischen russischen und deutschen Soldaten. 25. Novem ber 1917

(...) 3. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß es bei Annäherungsversuchen der Russen sämtlichen Unteroffizieren und Mannschaften einschl. dener anderer Truppenteile auf das Strengste untersagt ist, den eigenen Graben zu verlassen. Unter dem Schutz der weißen Flagge kommende Russen haben an unserem Drahthindernis Halt zu machen. Ihnen geht bis zum eigenen Drahtverhau der nächste Gruppenführer mit nur 1 oder 2 Mann entgegen und benachrichtigt zugleich den betr. Zugführer und Kompanieführer.

Zuwiderhandlungen gegen diesen Befehl sind als Ungehorsam zu bestrafen. Vorstehender Punkt 3 ist bis spätestens 26. 11. 17 8 Uhr Vorm. sämtlichen Unteroffizieren und Mannschaften bekanntzugeben. (...)

MA, Sa 28862, Bl. 60. Ohne Unterschrift. Abschrift.

Dokument 8

Provisorischer Waffenstillstandsvertrag zwischen den Truppen der Mittelmächte und den russischen bzw. rumänischen Truppen. 11. Dezember 1917

A.O.K. 9 drahtet unter Ia. Nr. 5590 op. vom 11. 12. 17.

m 9. Dezember wurde in Focsani zwischen den deutschen, österreichischen, ngarischen, bulgarischen und türkischen Kräften der rumänischen Front inerseits und den russisch-rumänischen Armeen der gleichen Front anderereits folgender provisorischer Waffenstillstandsvertrag abgeschlossen:

§ 1.

wischen den russischen Armeen der rumänischen Front zwischen Dnjester nd Donaumündung (einschl.) unter General Tscherbatschoff einerseits und len an der gleichen Front stehenden deutschen, österreichischen, ungarischen, ulgarischen und türkischen Armeen unter Erzherzog Joseph und Feldmarschall Mackensen andererseits wurde folgender Vertrag über einen provisorischen Waffenstillstand bis zu dem Augenblick abgeschlossen, wo die russische konstituierende Versammlung über Krieg und Frieden entscheiden wird. Die rumänischen Armeen unter General Presan, die zu der gleichen Front gehören, schließen sich diesem Abkommen an, solange als der Waffenstillstand der russischen Armeen an der rumänischen Front dauern wird.

§ 2.

Beide Teile verpflichten sich gegenseitig, die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten 72 Stunden vor ihrem Beginn mitzuteilen. Der Vertrag tritt automatisch außer Kraft im Falle einer Offensive der Deutschen, Österr.-Ungarn, Bulgaren und Türken auf irgendeinem Abschnitt der Front zwischen Ostsee und Donaumündung (einschl.), selbst wenn dies außerhalb der rumänischen Front sein sollte oder auch im Falle der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch die russ. und rum. Armeen. Selbst in diesem Falle muß der Gegner 72 Stunden vorher benachrichtigt werden.

§ 3.

Alle Feindseligkeiten an der im § 1 genannten Front hören sofort auf, sowie dieser Vertrag in Kraft tritt.

§ 4.

Die Operationen der Luftstreitkräfte sind beiderseits einzustellen, nicht nur über den feindlichen Linien, sondern auch über einer 10 km breiten Zone, gemessen von den Gräben der vordersten Linie des betreffenden Vertragsschließenden. Die Tätigkeit der Fesselballons hat zur gleichen Zeit gänzlich aufzuhören.

§ 5.

Jedes Aussenden von Patrouillen und selbst von einzelnen Aufklärern über die Linie der eigenen vorderen Drahthindernisse ist unzulässig.

§ 6.

Es ist den Vorposten beider Parteien verboten, die Linie der eigenen vorderen Drahthindernisse zu überschreiten.

§ 7.

Beide Parteien verpflichten sich, keine Arbeiten auszuführen, die der Vorbereitung einer Offensive dienen, ebenso sind Arbeiten verboten, die Ver-

stärkung und Ausbau der Stellungen zum Ziel haben. Erlaubt sind Arbe
zur Unterhaltung der Stellungen, zur Verbesserung der Lebensbedingun
der Truppen (Verpflegung, sanitäre Verhältnisse und Barackenbauten).

§ 8.

Vom Augenblick des Inkrafttretens des Vertrages an verpflichten sich be
Teile, keine Befehle mehr zu geben für operative Truppenbewegungen
Umgruppierungen und auch keine Transporte auszuführen, für die die Befe
nach dem 5. 12. neuen Stils (einschl.) gegeben waren. Während der gan
Dauer des Waffenstillstandes sind erlaubt: Die gewöhnlichen Ablösungen
Einheiten im Rahmen des Armeekorps und Truppenbewegungen innerh
der Armeezone, die bessere Unterbringung und Versorgung der Tru
bezwecken. Es ist i. a. nicht erlaubt, aus ihrer Korpszone zurückgezog
Truppen durch andere zu ersetzen, höchstens kann dies durch Truppen g
cher Stärke, die der im § 1 genannten Front angehören, erfolgen.

§ 9.

Die Schwächung der augenblicklich an dieser Front stehenden Truppenkörp
durch Herausziehen einzelner oder von Kategorien von Mannschaften
der Absicht, andere Fronten zu verstärken, ist verboten.

§ 10.

Für die Zeit des Waffenstillstandes wird die zwischen den vordersten Drah
hindernissen beider Parteien sich erstreckende Zone als neutral erklärt.
Falle des Fehlens eines künstlichen Hindernisses bildet die Gerade zwisch
den vordersten Grabenstücken die Abgrenzung. Sie ist durch Fähnchen
bezeichnen. Im Donau-Delta ist der St. Georgen-Arm die neutrale Zone.

§ 11.

Das Betreten der neutralen Zone ist verboten. Gegen die sich bei Tage oh
Waffen in dieser Zone bewegenden Personen darf jedoch nicht mit Waffe
gewalt eingeschritten werden.

§ 12.

Jede Person, welche die neutrale Zone überschreitet, ist als Kriegsgefangen
anzusehen.

§ 13.

Es ist verboten, in der neutralen Zone alkoholische Getränke zu kaufen, ab
zugeben oder zu sich zu nehmen.

§ 14.

Mißverständnisse, welche während der Dauer des Abkommens entstehe
könnten, werden durch Abgesandte beider Parteien geregelt. Ort und Zei
der Zusammenkunft der Delegierten wird in jedem einzelnen Falle durch
Parlamentär verabredet.

§ 15.

Beide Parteien haben das Recht, Ergänzungsvorschläge zur Veränderung dieses
Vertrages zu machen. Im Bedarfsfalle würde dazu eine mit gleichen Voll

Auf zum Kampf um den Frieden!

Die Lage ist klar, Der Staatssekretär v. Kühlmann hat im Reichstag am 25
uni offen gesagt: **von militärischen Siegen ist ein Ende des Krieges nicht zu erwarten.**
ühlmann hat zwar für sein Bekenntnis von Hindenburg und Ludendorf, den wahren
errschern in Deutschland, gleich einen Fußtritt bekommen, aber das Bekenntnis bleibt
stehen und das Volk muß es sich merken.

Genau dasselbe hat mit anderen Worten ja auch der Staatssekretär der Marine
Capelle am 23. April, also gleich nach der großen siegreichen Offensive, im Haupt-
usschuß des Reichstags gesagt:
"Wir müssen uns unter allen Umständen auf einen langen Krieg vorbereiten!

Bedenkt man, was das bedeutet?

Das bedeutet, daß die herischende Bande der Imperialisten fest in der Patsche
tzt. Sie haben uns in den Völkermord hineingehetzt, sie wissen aber nicht, wie aus
hm herauskommen. Und ist das nicht begreiflich? Je mehr die deutschen Machthaber
n Osten Länder und Völker erdrosseln, knechten und aussaugen, je schamloser sie den
Besiegten das Joch auferlegen, wie den Rußen, Ukrainern, Rumänen, umso mehr müs-
en sich die Völker im Westen sagen: nun gilt es, sich bis zum äußersten zu wehren!

Und brodelt es nicht auch im Osten, bereiten sich nicht auch dort trotz formalen
Frieden neue Kriege? Die Ermordung des deutschem Gesandten in Moskau war eine
Quittung des rußischen Volkes für die unerhörten Bedrückungen in der Ukraine, für
die schurkische Henkerarbeit der Deutschen in Finnland, in den Baltenländern, in der
Krim. Diese Mordtat war ein Zeichen der Wut und Verzweiflung, die in der rußischen
Volksseele kochen. Wer Wind sät, wird Sturm ernten. So sät die deutsche Reaktions-
herrschaft allenthalben Verzweiflung, Empörung, Wiederstand. Und deshalb geht die
Völkerschlächterei weiter und ist ihr kein Ende abzusehen.

Jetzt noch, nach 4 Jahren, sagt der Marineminister; wir müssen uns auf einen
langen Krieg einrichten! Das heißt allso: jetzt steht uns **der fünfte Kriegswinter** be-
vor, dann wird der **sechste** folgen, der **siebente** ... Wer weiß wie viele noch ...

Und derweil fallen täglich Tausende an der Front. Derweil hungern wir daheim.
Derweil gehen unsere Frauen und Kinder an Entkräftung, an Unterernährung zu Grunde!

Wer errettet uns aus dieser Hölle? Von allen Seiten kann man diesen Seufzer
hören. Doch uns kann weder Gott noch Teufel helfen, außer wir selbst.

Die militärischen Siege können das Ende des Krieges nicht herbeiführen, sagte ein
Minister. Hört Ihr's Arbeiter? Das heißt doch! das Morden wird trotz aller Siege kein
Ende nehmen, **wenn Ihr dem Kriege kein Ende macht.**
Nur die Arbeitermassen können durch einmütige Erhebung den Schluß des wahnsinnigen

blatt «Auf zum Kampf für den Frieden» mit der Forderung nach Beendigung des Krieges und
rnahme der Macht durch die Arbeiter. (Oktober 1918)
, Sa 12613, Bl. 100. Ohne Unterschrift. Druck.

Die Stunde der Entscheidung!

Arbeiter und Arbeiterinnen!

In Russland hat die Stunde der 'Entscheidung geschlagen. Zum
ersten Mal in der Weltgeschichte wird hier von einer proletarischen
Masse der Versuch gemacht, die politische Macht im Staate an sich
zu reissen. Mit einem Heldenmute sondergleichen, ohne Opfer zu
scheuen, ohne das eigene Herzblut zu sparen, kämpfen jetzt die rus-
sischen Proletarier, auf das Bauerntum gestützt, um die Aufrecht-
erhaltung und Befestigung ihrer soeben erlangten Herrschaft im Staat.
Das Ziel, das sie dabei verfolgen, ist ein doppeltes:

Ein Ende mit dem Völkermord,
ein Anfang mit der Verwirklichung des Sozialismus.

Schwierigkeiten, Widerstände, Gefahren türmen sich um sie berge-
hoch von allen Seiten. Im Innern des Landes der grimmige Wider-
stand der russischen Bourgeoisie und des Junkertums, geheime und
offene Ränke der Reaktion, Hunger, Not und Desorganisation der
ganzen Staatsmaschine, draussen aber vor dem Tor deutsche Kanonen
und deutsche Maschinengewehre, von der Hand deutscher Arbeiter
gegen das revolutionäre Russland gerichtet. Während in Petersburg
und Moskau russische Arbeiter um die höchsten Ziele der Mensch-
heit ringen, halten die deutschen Arbeiter auf Befehl des deutschen
Imperialismus die Wacht der Knechtschaft auf russischem Gebiet. —

Ueber all den Graus und das Toben des Völkermordens hinweg
ergeht an das Weltproletariat der Ruf der russischen Arbeiter: Nieder
mit dem Kriege, sofortigen Waffenstillstand und Frieden! Die proleta
rische Regierung in Petersburg hat an alle am Kriege beteiligten Völ
ker einen Aufruf zur sofortigen Einleitung von Friedensverhandlungen
gerichtet. Die Junkerregierung in Berlin ist auf diesen Vorschlag ein-
gegangen. Und jetzt werden zwischen Vertretern Russlands und
Deutschlands Verhandlungen über einen Waffenstillstand gepflogen, dem
die Verständigung über einen endgültigen Friedensschluss folgen soll.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Auch für
das deutsche Proletariat schlägt nunmehr die Stunde der Entscheidung!
Seid auf der Hut! Denn gerade durch diese Verhandlungen beabsich-
tigt die deutsche Regierung, dem Volke Sand in die Augen zu streuen,
das Elend und den Jammer des Völkermordens noch zu verlängern
und zu verschärfen.

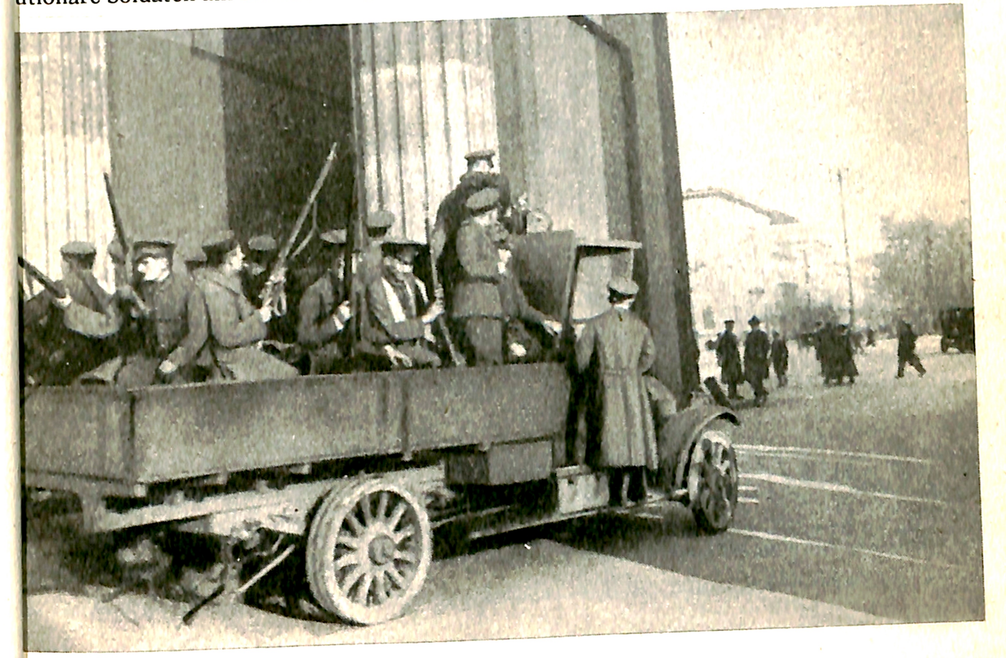
Zwar trägt die Regierung, seitdem sie die Hoffnung auf einen
entschiedenen Sieg über die Gegner verloren hat, die Maske der Frie-
densliebe. Zwar tritt sie jetzt sogar als Freundin der russischen
Revolutionäre auf, derselben „Verschwörer“, die sie als Handlangerin
des russischen Zarismus jahrzehntelang wie ein Wild hetzte, und die
sie auch jetzt — wenn sie nicht in der Klemme wäre — am liebsten

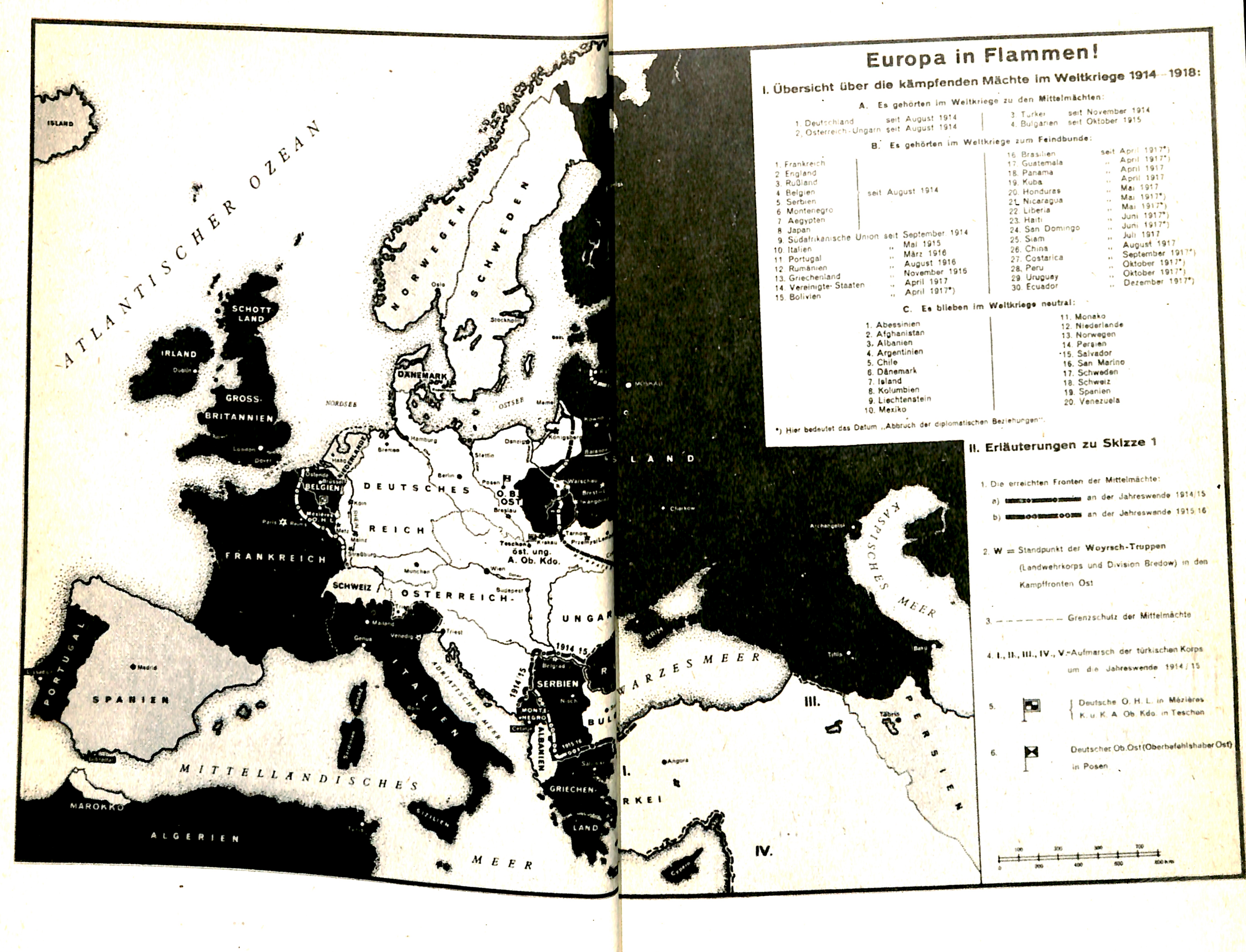
Flugblatt der Spartakusgruppe «Die Stunde der Entscheidung» an die Arbeiter und Arbeiterinnen, mit dem Aufruf, dem Beispiel der Arbeiter und Soldaten Sowjetrußlands zu folgen. (Dezember 1917)
MA, Sa 24174, Bl. 215/216. Ohne Unterschrift.



Kundgebung der Spartakusgruppe vor dem Abgeordnetenhaus während der Tagung der
skonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte

utionäre Soldaten am Brandenburger Tor in Berlin, November 1918





Europa in Flammen!
I. Übersicht über die kämpfenden Mächte im Weltkriege 1914–1918:
A. Es gehörten im Weltkriege zu den Mittelmächten:
1. Deutschland seit August 1914
2. Österreich-Ungarn seit August 1914
3. Türkei seit November 1914
4. Bulgarien seit Oktober 1915
B. Es gehörten im Weltkriege zum Feindbunde:
1. Frankreich
2. England
3. Rußland
4. Belgien
5. Serbien
6. Montenegro
7. Aegypten
8. Japan
seit August 1914
9. Südafrikanische Union seit September 1914
10. Italien " Mai 1915
11. Portugal " März 1916
12. Rumänien " August 1916
13. Griechenland " November 1916
14. Vereinigte Staaten " April 1917
15. Bolivien " April 1917*)
16. Brasilien seit April 1917*)
17. Guatemala " April 1917*)
18. Panama " April 1917
19. Kuba " April 1917
20. Honduras " Mai 1917
21. Nicaragua " Mai 1917*)
22. Liberia " Mai 1917*)
23. Haiti " Juni 1917*)
24. San Domingo " Juni 1917*)
25. Siam " Juli 1917
26. China " August 1917
27. Costarica " September 1917*)
28. Peru " Oktober 1917*)
29. Uruguay " Oktober 1917*)
30. Ecuador " Dezember 1917*)
C. Es blieben im Weltkriege neutral:
1. Abessinien
2. Afghanistan
3. Albanien
4. Argentinien
5. Chile
6. Dänemark
7. Island
8. Kolumbien
9. Liechtenstein
10. Mexiko
11. Monako
12. Niederlande
13. Norwegen
14. Persien
15. Salvador
16. San Marino
17. Schweden
18. Schweiz
19. Spanien
20. Venezuela
*) Hier bedeutet das Datum „Abbruch der diplomatischen Beziehungen".
II. Erläuterungen zu Skizze 1
1. Die erreichten Fronten der Mittelmächte:
a) an der Jahreswende 1914/15
b) an der Jahreswende 1915/16
2. W = Standpunkt der Woyrsch-Truppen (Landwehrkorps und Division Bredow) in den Kampffronten Ost
3. Grenzschutz der Mittelmächte
4. I., II., III., IV., V. = Aufmarsch der türkischen Korps um die Jahreswende 1914/15
5. Deutsche O. H. L. in Mézières
K. u. K. A. Ob. Kdo. in Teschen
6. Deutscher Ob. Ost (Oberbefehlshaber Ost) in Posen
ISLAND
ATLANTISCHER OZEAN
SCHOTTLAND
IRLAND
Dublin
GROSSBRITANNIEN
London
Dover
NORDSEE
NORWEGEN
SCHWEDEN
Oslo
Stockholm
DÄNEMARK
OSTSEE
Memel
Königsberg
Danzig
Stettin
Hamburg
Bremen
Berlin
Posen
O. B. OST
NIEDERLANDE
BELGIEN
Ostende
Brüssel
O. H. L.
Paris
Reims
Metz
Mainz
Straßburg
Köln
DEUTSCHES REICH
Breslau
Teschen
öst. ung. A. Ob. Kdo.
Krakau
Tarnow
Warschau
Brest-Litowsk
Iwangorod
Przemysl
Lemberg
Kowno
Baranowitschi
FRANKREICH
SCHWEIZ
München
Wien
Budapest
ÖSTERREICH-UNGARN
Mailand
Genua
Venedig
Triest
ITALIEN
ADRIATISCHES MEER
Belgrad
SERBIEN
Nisch
MONTENEGRO
Cetinje
ALBANIEN
1914/15
1915/16
GRIECHENLAND
Saloniki
BULGARIEN
PORTUGAL
Lissabon
SPANIEN
Madrid
Gibraltar
MITTELLÄNDISCHES MEER
MAROKKO
ALGERIEN
Sizilien
Sardinien
Korsika
RUSSLAND
Moskau
Charkow
Archangelsk
KASPISCHES MEER
KRIM
SCHWARZES MEER
Tiflis
Baku
Täbris
PERSIEN
Angora
TÜRKEI
Cypern
I.
III.
IV.



Munitionsa
streik 1918

Revolutionäre Arbeiter und Soldaten vor dem Schloß in Berlin, November 1918



/2.K.S./Armeekorps
lv.Generalkommando
Ic Nr. 221091 M./Abwehr/

Leipzig, den 2.Oktober 1917.

Das Generalkommando hat Veranlassung darauf hinzuweisen, dass es Sache der Truppenkommandeure ist, den Geist der Vaterlandsliebe in der Truppe wach zu halten und in jedem Mann das Gefühl zu wecken, dass es schon ehrlos ist, wenn ein Soldat, der von aufrührerischen Bestrebungen oder Verabredungen im Heer Kenntnis erhält, nicht sofort Anzeige erstattet. Wer dies unterlässt, kann nach § 104 des Militär-Strafgesetzbuches strafbar werden. Die Mannschaften sind besonders hierüber zu belehren. Es ist ihnen gleichzeitig bekannt zu geben, dass derartige Unterlassungen auch aus den § 92,93 des Militär-Strafgesetzbuches bestraft werden.

Der kommandierende General

I. A.

Treise

lle Garnisonkommandos
ur weiteren Bekanntgabe
ür die B.Sp.A.

isung des Stellvertretenden Generalkommandos des XIX. Armeekorps zur Unterbindung
olutionärer Bestrebungen in der Truppe. 2. Oktober 1917 (vergl. auch Dok. 3)
A, Sa 24106, Bl. 90. Unterzeichnet: i. A. Treise. Entwurf.



Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Mittelmächten und den rumänischen und rus
Truppen (siehe Dok. 8)

Empfang der sowjetischen Delegation zu den Waffenstillstandsverhandlungen auf dem Bahn
von Brest-Litowsk



Übersichtskarte über den Weltkrieg.



Erschießung eines sowjetischen Soldaten du[r]
die deutschen Okkupationstruppen in der
Ukraine 1918

Der Kraftwagenpark Hindenburgs



rmee=Oberkommando 2 — A. H. Qu., den 22. Dezember 1917.

Nr. 85¼/VII.

G e h e i m !

ozialistische Propaganda.

Die Sozialdemokratische Partei hat in letzter Zeit wiederholt versucht, im Heere politische Propaganda zu betreiben. So z.B. fordert eine Zeitung, die „ Freie Presse ", die Heeresangehörigen zur Mitteilung von Feldadressen auf, damit den Soldaten „Friedenspropagandaschriften" übersandt werden können.

Diese Bestrebungen sind geeignet, den kriegerischen Geist des Heeres und die Mannszucht der Truppe zu gefährden. Ihnen entgegenzuwirken, gehört mit zu den Aufgaben des Vaterländischen Unterrichts. In erster Linie aber ist es Sache aller Truppenvorgesetzten, zu verhindern, daß sozialdemokratische Flugblätter und sonstige aufhetzende Druckschriften ins Heer gelangen. Derartige Veröffentlichungen sind vor der Ausgabe an die Mannschaft anzuhalten und auf dem Dienstwege dem A.O.K. vorzulegen.

Bemerkt wird, daß ein Verbot des Haltens regelmäßig erscheinender sozialdemokratischer Zeitungen bisher nicht hat erwirkt werden können; dies schließt aber nicht aus, daß auch diese Zeitungen sorgfältig durchgesehen und nötigenfalls zurückgehalten werden.

Der Oberbefehlshaber

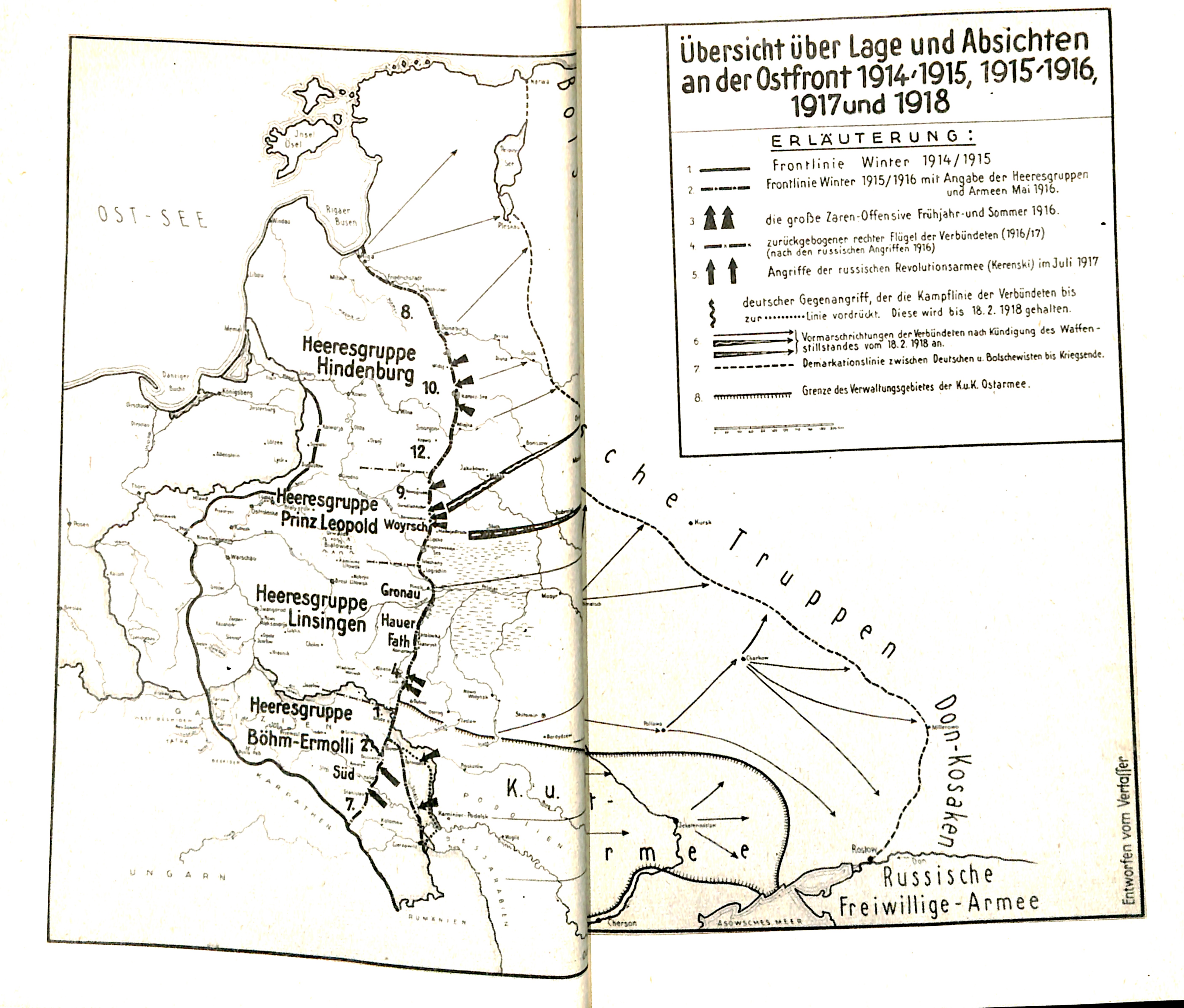
von der Marwitz

General der Kavallerie und Generaladjutant.

Verteilung

bis einschl. Batl.

Weisung des AOK 2 zur Unterbindung sozialdemokratischer Propaganda. 22. Dezember 1917
MA, Sa 35133, Bl. 64. Unterzeichnet: von der Marwitz. Reinschrift.

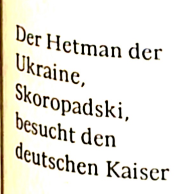


Übersicht über Lage und Absichten an der Ostfront 1914/1915, 1915/1916, 1917 und 1918
ERLÄUTERUNG:
1 Frontlinie Winter 1914/1915
2 Frontlinie Winter 1915/1916 mit Angabe der Heeresgruppen und Armeen Mai 1916.
3 die große Zaren-Offensive Frühjahr- und Sommer 1916.
4 zurückgebogener rechter Flügel der Verbündeten (1916/17) (nach den russischen Angriffen 1916)
5 Angriffe der russischen Revolutionsarmee (Kerenski) im Juli 1917
deutscher Gegenangriff, der die Kampflinie der Verbündeten bis zur ....Linie vordrückt. Diese wird bis 18. 2. 1918 gehalten.
6 Vormarschrichtungen der Verbündeten nach Kündigung des Waffenstillstandes vom 18. 2. 1918 an.
7 Demarkationslinie zwischen Deutschen u. Bolschewisten bis Kriegsende.
8 Grenze des Verwaltungsgebietes der K.u.K. Ostarmee.
OST-SEE
Insel Ösel
Rigaer Busen
Pleskau
Heeresgruppe Hindenburg
8.
10.
12.
9.
Heeresgruppe Prinz Leopold
Woyrsch
Heeresgruppe Linsingen
Gronau
Hauer
Fath
4.
Heeresgruppe Böhm-Ermolli
1.
2.
Süd
7.
GALIZIEN
KARPATHEN
UNGARN
RUMÄNIEN
PODOLIEN
BESSARABIEN
Bolsche Truppen
Kursk
Charkow
Poltawa
Millerowo
Don-Kosaken
K. u. K. -Armee
Cherson
Rostow
ASOWSCHES MEER
Russische Freiwillige-Armee
Entworfen vom Verfasser

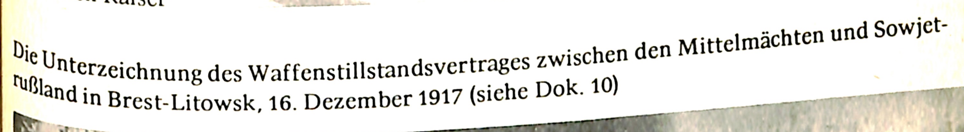


Soldatenverbrüderungen an der Ostfront 1917/18



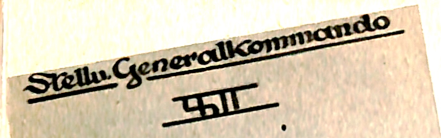


Der Hetman der Ukraine, Skoropadski, besucht den deutschen Kaiser



Die Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages zwischen den Mittelmächten und Sowjetrußland in Brest-Litowsk, 16. Dezember 1917 (siehe Dok. 10)





- Streik - Unruhen -
Flugblätter - Versammlg. -

Begonnen: 23. Juli 1917
Beendet: 2. Nov. 1918

E. 2.c gen.   Band:

Deckblatt eines Aktenbandes des Stellvertretenden Generalkommandos des XII. Armeekorps über Streiks – Unruhen – Flugblätter – Versammlungen

Befehl des Stellvertretenden Generalkommandos des XIX. Armeekorps, durch Schrankdurchsichten nach revolutionären Flugschriften zu fahnden
15. Februar 1918
MA, Sa 29814, Bl. 61. Unterzeichnet: von Schweinitz. Reinschrift.

IX./2.K.S / Armeekorps
Stellv.Generalkommando
Abt.Ic Abwehr
Nr. 247 geheim

Leipzig, 15.2.1918.

Streng geheim !

In letzter Zeit sind Flugblätter aufhetzerischen Inhalts, beginnend mit den Worten

"Denkt an Eure wahre Pflicht",

auch an Militärpersonen zur Versendung gelangt.

Die Garnisonkommandos haben unvermutete Schrankdurchsichten nach derartigen Flugblättern anzuordnen und dem Generalkommando, Abteilung Ic Abwehr, den Erfolg bis 1.3.1918 zu melden.

Der kommandierende General

v. Schweinitz

Verteilungsplan:
Sämtliche Garnisonkommandos.

machten wie die jetzige Kommission ausgerüstete neue Kommission zusammentreten.

§ 16.
Der Waffenstillstand bezieht sich auch auf die militärische Flußflottille beider Parteien.

§ 17.
Der vorliegende Vertrag tritt vom Augenblick der Unterzeichnung an in Wirksamkeit.

§ 18.
Dieser Waffenstillstandsvertrag tritt außer Kraft, sowie ein Waffenstillstand, der ausdrücklich die ganze Front zwischen Ostsee und Schwarzem Meer umfaßt, zwischen den Obersten Heeresleitungen der Zentralmächte einerseits und den Obersten Heeresleitungen der Russen und Rumänen andererseits abgeschlossen werden sollte.

§ 19.
Jede der Parteien erhält durch Vermittlung der Delegierten ein unterzeichnetes Exemplar dieses Vertrages in französischer Sprache.

Die Unterzeichneten drücken den Wunsch aus, daß die Frage der Neutralität der Küste zwischen den verschiedenen Mündungsarmen der Donau und die Schiffahrt auf dem Schwarzen Meer und besonders auf den Donauarmen bis Galatz durch eine gemischte Spezialkommission besprochen und geregelt wird.

Unterschriften.

Zusatz: Die einzelnen Paragraphen des Vertrages sind, soweit sie für die unterstellten Truppen von Belang sind, sofort bekanntzugeben.

Zu § 4: Die Flieger sind auf besondere Vorsicht bei Gegenwind und schlechter Orientierungsmöglichkeit hinzuweisen. Fesselballonaufstiege finden nicht mehr statt. Beobachtungswarte Magura und Arendstationen arbeiten wie bisher weiter.

Zu § 7: Der Stellungsbau ist nur insoweit fortzusetzen, als die Bestimmungen des Vertrages dies zulassen. Der Ausbau der rückwärtigen Kampfzone wird eingestellt. Über die hierdurch verfügbar werdenden Arbeitskräfte folgt Befehl. Die praktischen Arbeiten zur Vorbereitung für die Abwehrschlacht sind einzustellen.

Der durch den Waffenstillstand geschaffene Zustand muß für die Förderung der Ausbildung aller Waffen in jeder Hinsicht ausgenutzt werden. Die Gruppen werden in der Lage sein, Kräfte aus der vordersten Linie herauszuziehen und starke gemischte Reserven zu bilden. Für regelmäßigen Wechsel zwischen Sicherungstruppen und Reserven muß im Interesse der Ausbildung aller Truppen gesorgt werden. Die 12. bayr. I.D. ist durch Gen.Kdo. 1. Res. Korps im Unterkunftsbereich des Korps beiderseits der Eisenbahn Focsani-Cugescii

(Orte einschl.) unterzubringen. Die Unterkunft der Division ist durch Einzeichnung in Karte 1:100000 zu melden. Über Herausziehen einer Division im Abschnitt des XVIII. Res. Korps ergeht noch Befehl. Um Unruhe und Zwischenfälle an der Front zu vermeiden, dürfen Übungen mit Infanteriewirkung nicht näher als 2 km, mit Artillerie nicht näher als 8 km hinter der vordersten eigenen Linie vorgenommen werden. Hierbei muß die Wahl der Schußrichtung es unmöglich machen, daß der Raum vor der eigenen vordersten Linie getroffen werden kann.

A.O.K. 9 I a Nr. 5590 op.

Zusätze des Generalkommandos:

1.) In vorderster Linie sind von der Infanterie nur die zur Durchführung des Sicherungsdienstes notwendigen Teile zu belassen. Möglichst starke Teile sind zur Ausbildung zurückzuziehen. Von den bespannten Batterien sind etwa 3 Feld- und 1 schwere Batterie gleichzeitig auf etwa 14 Tage zurückzuziehen, von 303. I.D. entsprechend ihrer Ausstattung mit Artillerie. Die regelmäßigen Ablösungen bleiben den Divisionen überlassen unter Meldung an das Generalkommando. Die Divisionen melden zum 15. 12. auf Karte 1:100000 die beabsichtigte Gliederung und Unterbringung der fechtenden Truppe.

2.) 12. bayr. I.D. meldet baldmöglichst, wieviel der noch nördlich der Ringstraße untergebrachten Teile sie im eigenen Gebiet unterbringen kann und für welche Truppen Unterkunft im Gebiet der Nachbardiv. geschafft werden muß. Über die notwendigen Verlegungen folgt Befehl. Die endgültige Unterbringung der Div. ist s.Zt. auf Karte 1:100000 zu melden. (...)

MA, Sa 70247, Bl. 29–30. Ohne Unterschrift. Abschrift.

Dokument 9

Verfügung des Oberbefehlshabers Ost über die Durchführung des Vaterländischen Unterrichts. 15. Dezember 1917

Wie in der Sitzung des Vaterländischen Unterrichts in Berlin vom Vertreter des Obost zur Sprache gebracht, treten durch die veränderten Verhältnisse an der Ostfront neue Aufgaben an die Leiter des Vaterländischen Unterrichts heran. Die möglichen Abwehrmaßnahmen werden nicht in allen Fällen verhindern können, daß Teile der russischen anarchistisch-revolutionären Propaganda die deutsche Front erreichen. Überall, wo dies festgestellt wird, ist eine entsprechende Belehrung durch den U.O. zu veranlassen. Unter Ausschaltung politischer Erörterungen empfiehlt es sich, vor allem die Truppen darüber aufzuklären, daß die Russen mit dieser Propaganda lediglich den Zweck verfolgen, die Schlagkraft unseres Heeres zu ihren Gunsten zu schwä-

chen. Ferner wäre als abschreckendes Beispiel auf den durch Disziplinlosigkeit eingetretenen Verfall des russischen Heeres hinzuweisen.

Das Kriegspresseamt ist um baldige Beschaffung passenden Materials ersucht worden. Erforderliche Vorbereitungen sind durch Besprechungen mit den U.O. an der Front zu treffen.

Telegramm Obost I a 9996/17 ist zum Gegenstand des Vaterländischen Unterrichts zu machen.

MA, Sa 27619, Bl. 23. Gezeichnet: Hoffmann. Abschrift.

Dokument 10

Waffenstillstandsvertrag zwischen den Mittelmächten und Sowjetrußland. 16. Dezember 1917

Der Waffenstillstandsvertrag lautet:

Zwischen den bevollmächtigten Vertretern der Obersten Heeresleitungen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei einerseits, Rußlands andererseits, wird zur Herbeiführung eines dauerhaften, ehrenvollen Friedens folgender Waffenstillstandsvertrag abgeschlossen:

I. Der Waffenstillstand beginnt am 17. Dezember 1917, 12 Uhr mittags (4. Dezember 1917, 14 Uhr russ. Zeit) und dauert bis 14. Januar 1918, 12 Uhr mittags (1. Januar 1918, 14 Uhr russ. Zeit). Die vertragschließenden Parteien sind berechtigt, den Waffenstillstand am 21. Tage mit 7tägiger Frist zu kündigen; erfolgt dies nicht, so dauert der Waffenstillstand automatisch weiter, bis eine der Parteien ihn mit 7tägiger Frist kündigt.

II. Der Waffenstillstand erstreckt sich auf alle Land- und Luftstreitkräfte der genannten Mächte auf der Landfront zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee, auf den russisch-türkischen Kriegsschauplätzen in Asien tritt der Waffenstillstand gleichzeitig ein.

Die Vertragschließenden verpflichten sich, während des Waffenstillstandes die Anzahl der an den genannten Fronten und auf den Inseln des Moonsundes befindlichen Truppenverbände – auch hinsichtlich ihrer Gliederung und ihres Etats nicht zu verstärken und an diesen Fronten keine Umgruppierungen zur Vorbereitung einer Offensive vorzunehmen.

Ferner verpflichten sich die Vertragschließenden bis zum 14. Januar 1918 (1. Januar 1918 russ. Zeit) von der Front zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee keine operativen Truppenverschiebungen durchzuführen, es sei denn, daß die Verschiebungen im Augenblick der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages schon eingeleitet sind.

Endlich verpflichten sich die Vertragschließenden, in den Häfen der Ost-

see östlich des 15. Längengrades Ost von Greenwich und in den Häfen des Schwarzen Meeres während der Dauer des Waffenstillstandsvertrages keine Truppen zusammenzuziehen.

III. Als Demarkationslinien an der europäischen Front gelten die beiderseitigen vordersten Hindernisse der eigenen Stellungen. Diese Linien dürfen nur unter den Bedingungen der Ziffer IV überschritten werden.

Dort, wo keine geschlossenen Stellungen bestehen, gilt beiderseits als Demarkationslinie die Gerade zwischen den vordersten besetzten Punkten. Der Zwischenraum zwischen den beiden Linien gilt als neutral. Ebenso sind schiffbare Flüsse, die die beiderseitigen Stellungen trennen, neutral und unbefahrbar, es sei denn, daß es sich um vereinbarte Handelsschiffahrt handelt. In den Abschnitten, wo die Stellungen weit auseinander liegen, sind alsbald durch die Waffenstillstandskommissionen (Ziff. VII) Demarkationslinien festzulegen und kenntlich zu machen.

Auf den russisch-türkischen Kriegsschauplätzen in Asien sind die Demarkationslinien, sowie der Verkehr über dieselben (Ziff. IV) nach Vereinbarung der beiderseitigen Höchstkommandierenden zu bestimmen.

IV. Zur Entwicklung und Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern der vertragschließenden Parteien wird ein organisierter Verkehr der Truppen unter folgenden Bedingungen gestattet:

1) Der Verkehr ist erlaubt für Parlamentäre, für die Mitglieder der Waffenstillstandskommission (Ziff. VII) und deren Vertreter. Sie alle müssen dazu Ausweise von mindestens einem Korpskommando bzw. Korpskomitee besitzen.

2) In jedem Abschnitt einer russischen Division kann an etwa 2 bis 3 Stellen organisierter Verkehr stattfinden.

Hierzu sind im Einvernehmen der sich gegenüber stehenden Divisionen Verkehrsstellen in der neutralen Zone zwischen den Demarkationslinien einzurichten und durch weiße Flaggen zu bezeichnen. Der Verkehr ist nur bei Tage von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang zulässig.

An den Verkehrsstellen dürfen sich gleichzeitig höchstens 25 Angehörige jeder Partei ohne Waffen aufhalten. Der Austausch von Nachrichten und Zeitungen ist gestattet, offene Briefe können zur Beförderung übergeben werden. Der Verkauf und Austausch von Waren des täglichen Gebrauchs an den Verkehrsstellen ist erlaubt.

3) Die Beerdigung Gefallener in der neutralen Zone ist erlaubt. Die näheren Bestimmungen sind jedesmal durch die beiderseitigen Divisionen oder höheren Dienststellen zu vereinbaren.

4) Über die Rückkehr entlassener Heeresangehöriger des einen Landes, die jenseits der Demarkationslinie des anderen Landes beheimatet sind, kann erst bei den Friedensverhandlungen entschieden werden. Hierzu rechnen auch die Angehörigen polnischer Truppenteile.

5) Alle Personen, die entgegen den vorstehenden Vereinbarungen 1–4 die

Demarkationslinie der Gegenpartei überschreiten, werden festgehalten und erst bei Friedensschluß oder Kündigung des Waffenstillstandes zurückgegeben. Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, ihre Truppen durch strengen Befehl und eingehende Belehrung auf Einhalten der Verkehrsbedingungen und die Folgen von Überschreitungen hinzuweisen.

V. Für den Seekrieg wird folgendes festgelegt:

1) Der Waffenstillstand erstreckt sich auf das ganze Schwarze Meer und auf die Ostsee östlich des 15. Längengrades Ost von Greenwich, und zwar auf alle dort befindlichen See- und Luftstreitkräfte der vertragschließenden Parteien.

Für die Frage des Waffenstillstandes im Weißen Meer und in den russischen Küstengewässern des nördlichen Eismeeres wird von der deutschen und russischen Seekriegsleitung in gegenseitigem Einvernehmen eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Gegenseitige Angriffe auf Handels- und Kriegsschiffe in den genannten Gewässern sollen nach Möglichkeit schon jetzt unterbleiben.

In jene besondere Vereinbarung sollen auch Bestimmungen aufgenommen werden, um nach Möglichkeit zu verhindern, daß Seestreitkräfte der vertragschließenden Parteien sich auf anderen Meeren bekämpfen.

2) Angriffe von See aus und aus der Luft auf Häfen und Küsten der anderen vertragschließenden Partei werden auf allen Meeren beiderseits unterbleiben. Auch ist das Anlaufen der von der einen Partei besetzten Häfen und Küsten durch die Seestreitkräfte der anderen Partei verboten.

3) Das Überfliegen der Häfen und Küsten der anderen vertragschließenden Partei sowie der Demarkationslinien ist auf allen Meeren untersagt.

4) Die Demarkationslinien verlaufen:

a) Im Schwarzen Meer: von Olinka-Leuchtturm (St. Georgsmündung) – Kap Jeros (Trapezunt).

b) In der Ostsee: Von Rogekuel – Westküste Worms – Bogskaer – Svenska – Hoegarne.

Die nähere Festsetzung der Linie zwischen Worms und Bogskaer wird der Waffenstillstandskommission der Ostsee (Ziffer VII, 1) übertragen mit der Maßgabe, daß den russischen Seestreitkräften bei allen Wetter- und Eisverhältnissen eine freie Fahrt nach der Aalandsee gewährleistet ist.

Die russische Regierung übernimmt die Gewähr dafür, daß Seestreitkräfte der Entente, die sich bei Beginn des Waffenstillstandes nördlich der Demarkationslinien befinden oder später dorthin gelangen, sich ebenso verhalten wie die russischen Seestreitkräfte.

5) Der Handel und die Handelsschiffahrt in den in Ziffer 1, Abs. 1 bezeichneten Seegebieten sind frei. Die Festlegung aller Bestimmungen für den Handel sowie die Bekanntgabe der gefahrlosen Wege für die Handelsschiffe wird den Waffenstillstandskommissionen des Schwarzen Meeres und der Ostsee (Ziffer VII, 1 u. 7) übertragen.

6) Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, während des Waffenstillstandes im Schwarzen Meer und in der Ostsee keine Vorbereitungen zu Angriffsoperationen zur See gegeneinander vorzunehmen.

VI. Um Unruhe und Zwischenfälle an der Front zu vermeiden, dürfen Übungen mit Infanterie-Wirkung nicht näher als 5 km, mit Artillerie-Wirkung nicht näher als 15 km hinter den Fronten vorgenommen werden.

Der Landminenkrieg wird vollständig eingestellt.

Luftstreitkräfte und Fesselballons müssen sich außerhalb einer 10 km breiten Luftzone hinter der eigenen Demarkationslinie halten.

Arbeiten an den Stellungen hinter den vordersten Drahthindernissen sind erlaubt, jedoch nicht solche, die der Vorbereitung von Angriffen dienen können.

VII. Mit Beginn des Waffenstillstands treten die nachstehenden «Waffenstillstandskommissionen» (Vertreter jedes an dem betreffenden Frontstück beteiligten Staates) zusammen, denen alle militärischen Fragen für die Ausführung der Waffenstillstandsbestimmungen in den betreffenden Bereichen zuzuführen sind:

1.) Riga für die Ostsee,
2.) Dünaburg für die Front von der Ostsee bis zur Disna,
3.) Brest-Litowsk für die Front von der Disna bis zum Pripet,
4.) Berditschew für die Front vom Pripet bis zum Dnjester,
5.) Koloszvár,
6.) Focsani für die Front vom Dnjester bis zum Schwarzen Meer. Grenzbestimmung zwischen beiden Kommissionen 5 und 6 im gegenseitigen Einvernehmen.
7.) Odessa für das Schwarze Meer.

Diesen Kommissionen werden unmittelbare und unkontrollierte Fernschreibeleitungen in die Heimatländer ihrer Mitglieder zur Verfügung gestellt. Die Leitungen werden im eigenen Lande bis zur Mitte zwischen den Demarkationslinien von den betreffenden Heeresleitungen gebaut.

Auch auf den russisch-türkischen Kriegsschauplätzen in Asien werden derartige Kommissionen eingerichtet nach Vereinbarung der beiderseitigen Höchstkommandierenden.

VIII. Der Vertrag über Waffenruhe vom 5. Dezember (22. November) 1917 und alle bisher für einzelne Frontstücke abgeschlossenen Vereinbarungen über Waffenruhe oder Waffenstillstand werden durch diesen Waffenstillstandsvertrag außer Kraft gesetzt.

IX. Die vertragschließenden Parteien werden im unmittelbaren Anschluß an die Unterzeichnung dieses Waffenstillstandsvertrages in Friedensverhandlungen eintreten.

X. Ausgehend von dem Grundsatze der Freiheit, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit des neutralen Persischen Reiches sind die türkische

und die russische Oberste Heeresleitung bereit, ihre Truppen aus Persien zurückzuziehen. Sie werden alsbald mit der persischen Regierung in Verbindung treten, um die Einzelheiten der Räumung und die zur Sicherstellung jenes Grundsatzes sonst noch erforderlichen Maßnahmen zu regeln.

XI. Jede vertragschließende Partei erhält eine Ausfertigung dieser Vereinbarung in deutscher und russischer Sprache, die von den bevollmächtigten Vertretern unterzeichnet ist.

Brest-Litowsk den 15. Dezember 1917, (2. Dezember russ. Stils). Ob. Ost Ia 10210/17.

Bis zum Eintreffen der Zusätze von Oberost ist außer den in Ziff. IV,1 genannten Personen jedem Angehörigen der Armee das Betreten der neutralen Zone verboten. Ausweise für die Dolmetscher-Offiziere und deren Personal erstellen die Gen.(Korps-)Kdos. Die Festhaltung russischer Heeresangehöriger oder russ. Zivilisten, die *unsere* Demarkationslinie überschreiten (Ziff. IV, 5) ist rücksichtslos durchzuführen. Bezüglich des Verbindungsdienstes gelten bis auf weiteres die bisherigen Bestimmungen. A.O.K. Süd I a Nr. 5863.

MA, Sa 54769, Bl. 278–280. Ohne Unterschrift. Vervielfältigung.

Dokument 11

Aufruf der sowjetischen Regierung an die deutschen Soldaten, den Krieg zu beenden und den Frieden herzustellen. (Dezember 1917)

An die deutschen Soldaten!

Soldaten, Brüder!

Am 25.ten Oktober (alten Stils) haben die St. Petersburger Arbeiter und Soldaten die imperialistische Regierung Kerensky's gestürzt und die ganze Staatsgewalt zur Verfügung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Räte gestellt. Die neue Regierung ist unter dem Namen des *Volkskommissärenrates* durch den Kongreß der Arbeiter- und Soldaten-Räte aller Reußen bestätigt worden. Das Programm, dessen Ausführung die obengenannte Regierung unverzüglich angebahnt hat, besteht aus dem Angebot eines sofortigen demokratischen Friedensschlusses, das bereits den sämtlichen kriegsbeteiligten Nationen und ihren Regierungen unterbreitet worden ist. Aus der unentgeltlichen Übergabe der ganzen Acker-, Felder- und Wälderfläche des Landes in den Gebrauch der Bauern und Landarbeiter, und aus der Verwirklichung der Arbeiterkontrolle im Gewerbe und in der Industrieerzeugung. All dieser Aufgaben hat sich die neue Regierung der Arbeiter- und Bauernbevölkerung gegenüber schon teilweise oder vollständig entledigt. Uns, die Unterzeichneten, beauftragte die Regierung mit dem Vorsitz im Volkskommissärenrate und mit der Leitung der auswärtigen Geschäfte des Staates.

aber es ist dies der erste Schritt, dem andere folgen werden. *Die Hilfe der deutschen Arbeiter, unser Massenstreik, wird die Flamme der Revolution in der Doppelmonarchie zu neuem, mächtigem Brande entfachen.*

Arbeiterinnen und Arbeiter! Was unsere österreichisch-ungarischen Brüder angefangen haben, das müssen wir vollenden!

Die Entscheidung der Friedensfrage liegt bei dem deutschen Proletariat!

Unser Massenstreik soll kein kraftloser «Protest» und kein von vornherein auf eine bestimmte Frist beschränkter hohler Demonstrationsstreik, sondern ein *Machtkampf* sein. *Wir kämpfen solange, bis unsere Mindestforderungen unverkürzt verwirklicht worden sind: Aufhebung des Belagerungszustandes, der Zensur, aller Beschränkungen der Koalitions-, Streik-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Freilassung aller politischen Inhaftierten* – dies sind die Bedingungen, (...) um unsern Kampf um die Macht *um die Volksrepublik in Deutschland und einen sofortigen allgemeinen Frieden* frei zu entfalten.

Jeder Separatfriede führt nur zur Verlängerung und Verschärfung des Völkermordens. Es gilt um jeden Preis den *Separatfrieden in einen allgemeinen Frieden zu verwandeln.* Dies ist unser Ziel.

Arbeiter! Bevor wir die Betriebe verlassen, müssen wir uns eine frei gewählte Vertretung nach russischem und österreichischem Muster schaffen mit der Aufgabe, diesen und die weiteren Kämpfe zu leiten. Jeder Betrieb wähle pro tausend beschäftigter Arbeiter je einen Vertrauensmann; Betriebe mit weniger als tausend Arbeitern wählen nur einen Vertreter. Die Vertrauensmänner der Betriebe müssen an jedem Orte sofort zusammentreten und sich als Arbeiterrat konstituieren. Außerdem wird für jeden Betrieb ein leitender Ausschuß gewählt. Sorgt dafür, daß die Gewerkschaftsführer, die Regierungssozialisten und andere «Durchhalter» unter keinen Umständen in die Vertretungen gewählt werden. Heraus mit den Burschen aus den Arbeiterversammlungen! Diese Handlanger und freiwilligen Agenten der Regierung, diese *Todfeinde des Massenstreiks* haben unter den kämpfenden Arbeitern nichts zu suchen! Während des Massenstreiks im April v. J. haben die Cohen, die Siering, die Körsten, die Scheidemänner und ihre Presse in heimtückischer Weise der Streikbewegung das Genick gebrochen, indem sie die Unklarheit der Masse ausnutzten und den Kampf auf falsche Bahnen lenkten. Lassen wir uns nicht durch die Friedensphrasen und die Maske der angeblichen Sympathie mit unserm Kampf betören, die diese Judasse jetzt nach den österreichischen Vorgängen benutzen werden. Von diesen Wölfen im Schafspelz droht der Bewegung eine viel schlimmere Gefahr, als von der königlich preußischen und anderweitigen Polizei!

Und nun, Arbeiter und Arbeiterinnen, auf zum Kampf! Wir haben eine mächtige Waffe in der Hand, unsere Klassensolidarität! Machen wir Gebrauch von dieser Waffe: *Alle für einen, einer für alle!* Dann sind wir gegen alle Drohungen, Maßregelungen und Verfolgungen seitens der Gewaltherrscher gefeit!

Ein roher Knecht der Säbeldiktatur, der General Groener, hat nach dem vorjährigen Aprilstreik jeden streikenden Arbeiter als Hundsfott beschimpft. Zeigen wir der Welt, daß die «Hundsfötter» in Deutschland noch etwas zu sagen haben!

Mann der Arbeit, aufgewacht!
Und erkenne Deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn Dein starker Arm es will.

Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! Hoch der Massenstreik!

MA, Sa 10926, Bl. 75. Ohne Unterschrift. Druck.

Dokument 13

Befehl des Infanterie-Regiments Nr. 134 mit abschriftlich vorausgegangenen Befehlen der übergeordneten Kommandobehörden über Maßnahmen gegen das Eindringen revolutionärer Ideen in die Truppe. 24. Januar 1918

Trotz der mit Obost Ia Nr. 10305 v. 19. 12. 17 (Hgr. Eichhorn Ia Nr. 4853/17 v. 25. 12. 17 D.K.O. Nr. 6378 Ia op. v. 27. 12. 17 B.K.O. 4096 I v. 31. 12. 17) angeordneten Maßnahmen sind, wie festgestellt ist, wiederholt von russischer Seite Flugblätter gemeingefährlichen Inhalts unseren Mannschaften in die Hände gespielt und zum Teil auch weiter verbreitet worden. Es kann dies nur unter Umgehung der an den Verhandlungsstellen eingerichteten Kontrolle geschehen sein, vielleicht durch besondere Verabredungen für unerlaubten Warenverkauf bei Dunkelheit und dergl.

Die maximalistische Regierung betrachtet es als eine ihrer Hauptaufgaben, mit allen Mitteln eine Revolution in Deutschland zu entfachen. Dadurch soll nicht nur ein Druck auf unsere Regierung zur Annahme ihrer Friedensbedingungen ausgeübt und der Sieg ihrer Bestrebungen in der Welt gefährdet* werden, sondern es soll erreicht werden, daß, falls die Maximalisten die Friedensverhandlungen zum Scheitern bringen, der Kampf gegen sie nicht oder nur widerwillig weitergeführt wird. Dazu dient nicht nur eine rege Propaganda unter den Kriegsgefangenen, besonders auch unter denen, die jetzt herübergelassen werden, sondern es sind auch 3 russische neue Zeitungen: Fackel, Völkerfriede und Friedensapostel in deutscher Sprache gegründet, die ausgesprochen lediglich diesen Zweck verfolgen und bei uns verbreitet werden.

Die Führer aller Grade werden erneut darauf hingewiesen, daß es ihre Pflicht ist, dieses Treiben zu unterbinden: Unseren Leuten muß klar gemacht werden, daß wir mit den führenden Männern der maximalistischen Regierung in Brest-Litowsk verhandeln müssen, weil diese im Augenblick die Gewalt in Rußland in Händen haben und die einzigen unserer Gegner sind, die sich bis-

her zu einem ernstlichen Friedensangebot bereitgefunden haben. Darum bleiben die von den Maximalisten vertretenen Anschauungen nach unserer Auffassung nicht weniger verwerflich, Aufrufe, die von ihren Führern – Trotzki, Lenin usw. – unterschrieben sind, nicht weniger gemeingefährlich.

Der Hinweis auf die heillosen Zustände, die bereits in Rußland herrschen, wie sie täglich neu belegt werden, dürfte als Beweis genügen, daß ein Staat in kurzer Frist durch eine solche Politik zu Grunde gerichtet wird. Dies geht soweit, daß auch eine andere Regierung erst lange Zeit brauchen würde, um aus Rußland wieder einen lebensfähigen und widerstandsfähigen Staat zu machen. Über den wahren Charakter der Bolschewiki, die z. B. die rechtmäßigen Wahlen zur konstituierenden Versammlung einfach aufheben, wenn ein Nicht-Bolschewiki gewählt wurde, kann kein Zweifel bestehen. Für uns kommt es aber nur darauf an, was unserem Vaterlande nützlich ist.

Heeresgruppe Eichhorn Ia/N.O. Nr. 7013/18 geh. v. 18. 1. 18 Verst. III. R.K.
Gen.Kdo. Ic Nr. 182/18 Geheim v. 22. 1. 18.

U. der 40. I.D. Es ist von großer Wichtigkeit, daß der Verkehr unserer Mannschaften mit den Russen außerhalb der Verkehrsstellen *unbedingt* verhindert wird.

Die Durchführung der für diesen Zweck getroffenen Anordnungen bedarf dauernd der Überwachung durch alle beteiligten Führer.

D.K.O. 6491 Ia Geheim op. v. 22. 1. 18 *gez. Unterschrift*

Ich mache es allen Kommandeuren und Komp.-Führern zur Pflicht, daraufhin zu wirken, daß jeder Verkehr – auch nachts – mit den Russen außerhalb der Verkehrsstellen vermieden wird und zu letzteren nur durchaus zuverlässige Leute zugelassen werden.

Die Unterrichtsoffiziere haben durch Belehrung im Sinne der Absätze 3 und 4 der Verfügung Obost zu verhindern, daß von den Russen kommende sozialrevolutionäre Gedanken den Geist der Truppe schädigen.

Am 27. 1. sind durch 88.I.B. in der Zeit von 10–12 Uhr Vorm. und am 29. 1. 18 in der Zeit von 12.30–3 Uhr nachts in allen Abschnitten durch besonders entsandte Offiziere Revisionen ausführen zu lassen, ferner sind in der Zeit vom 25.–29. 1. durch 88.I.B., Artl.-Kdo. sämtliche Unterstände – gelegentlich von Waffen- und Munitionsdurchsichten – nach russischen Propagandaschriften nachzusehen und über die Ergebnisse der Div. bis 31. 1. 18 zu melden.

B.K.O. Nr. 4554 I Geheim v. 23. 1. 18. *gez. Meister*

Zusatz der Brigade:

Jedes Regt. hat am 27. und 29. 1. zu den befohlenen Zeiten durch je zwei Offiziere aus nicht in Stellung eingesetzten Kompanien in seinen Abschnitten Revisionen ausführen zu lassen.

Namen der Offiziere sind der Brig. bis 26. 1., Erfolg der Revisionen bis 28. und 30. 1. zu melden.

Das Ergebnis des Absuchens sämtlicher Unterstände nach Propagandaschriften ist bis 30. 1. zu melden. Etwa gefundene Schriften sind den Meldungen beizufügen.

i.V. gez. Naumann

R.K.O. Nr. 7394 v. 24. 1. 18.
In Durchschrift an Batle. und Prop.-Offiz.
Zusätze des Regts.:
Zu 1) und 2) pp.
Zu 3) Das Absuchen sämtlicher Unterstände hat durch Offiziere des III./134 zu erfolgen. Erfolgsmeldung bis 29. 1. 18 an Regt.

MA, Sa 27619, Bl. 49. Gezeichnet: i. V. Bramsch. Abschrift.

* Offensichtlicher Schreibfehler; muß «gefördert» heißen.

Dokument 14

Befehl des Infanterie-Regiments Nr. 134 mit abschriftlich vorausgegangenen Befehlen der übergeordneten Kommandobehörden über Maßnahmen gegen das Eindringen revolutionärer Ideen in die Truppe. 1. Februar 1918

25. 1. 18

Brieftelegramm
Generalkommando verst. III. R.K.
Im Anschluß an Heeresgruppe Eichhorn Ia/N.O. Nr. 7012 geh. v. 18. 1. 18 wird erneut darauf hingewiesen, daß die Absicht der Russen, unsere Mannschaften durch die maximalistische Propaganda zu verseuchen, immer offener zu Tage tritt. Daß, wie vermutet wurde, ein unerlaubter Verkehr sich stellenweise *bei Nacht* abgespielt hat, ist durch die am 22. 1. mitgeteilte Anlage zu Vortrags-Notizen vom 21. 1. bewiesen. Außerdem ist hier bekannt geworden, daß einzelne Mannschaften größere Warenmengen in Kantinen kaufen, zweifellos, um sie heimlich an die Russen abzugeben.

Eine Truppenmeldung nordöstl. Myssa (nördl. Krewo) vom 15. 1. lautet: «Bei uns war ein deutscher Artillerie-Unteroffizier, und er sagte uns so, wie wir es bei der Sitzung sagten. Er sagte, daß von ihrer Seite aus nicht die erste Kugel fliegen wird, daß sie warten werden auf das, was wir tun. Wenn aber ihre Offiziere sie anhalten werden zum Schießen, dann werden sie ihre Offiziere erstechen.»

Die Beeinflussung der Kriegsgefangenen geht aus folgendem Fernspruch hervor:

Beschluß der Kriegsgefangenen, der auf der allgemeinen Versammlung der

Kriegsgefangenen der österreichisch-ungarischen und der deutschen Nationalitäten am 22. 1. 18 gefaßt wurde.

Wir Kriegsgefangenen haben den Bericht des Kameraden Buhsk angehört und erheben vor allen Völkern gegen die weitere Fortführung der blutigen, brudermörderischen Weltschlächterei Einspruch. Wir erklären, daß sie ausschließlich von den Feinden des arbeitenden Volkes im Interesse unseres verhaßten Feindes, des Kapitals, geführt wird, wir verlangen deshalb schnellste Einstellung der Schlächterei. Wir Kriegsgefangenen begrüßen als Vorhut der Weltrevolution die russischen Arbeiter, Bauern und Soldaten, die sich mit ihrem mächtigen Aufschwung gegen den Feind des arbeitenden Volkes der ganzen Welt erhoben und den allgemeinen, gerechten Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker verkündigt haben. Wir sichern diesem unsere vollste Unterstützung zu. Wir begrüßen die demokratischen Organe der russischen Revolution in Person der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Abgeordneten und die von ihnen gestellte Regierung, die Volkskommissare. Es lebe die russische Revolution! Es lebe der demokratische Frieden! Es lebe die dritte Internationale! Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiter und Bauern!

Der Vorsitzende: Ermush. Der Sekretär: Najom (Rajmon). Nach den bisherigen Feststellungen ist eine Wirkung auf die Gesinnung der zurückgekehrten deutschen Kriegsgefangenen nicht hervorgetreten. Mit einer weiteren Ausdehnung der Versuche der Maximalisten muß gerechnet werden.

Die Gen.Kdos. melden zum 15. 2., ob bei ihnen eine sozialistische Propaganda der Russen stattgefunden hat und ob Verstöße gegen die Verfügung Hgr. Eichhorn N.O. 7000 v. 17. 1. – D.K.O. Ia op. v. 24. 1. 18 – B.K.O. 4610 I geh. v. 25. 1. – festgestellt sind.

Heeresgruppe Eichhorn Ia/N.O. Nr. 71/35/18

Verst. III. R.K. Gen.Kdo. Ic Nr. 231/18 v. 30. 1. 18
Geheim

U. der 40. I.D.

Meldungen der Div. gemäß umstehender Verfügung letzter Absatz zum 12. 2. 18.

gez. v. Strube.

D.K.O. Nr. 6514/15 Ia op. geh. v. 30. 1. 18.
1 Anl. Unter Hinweis auf D.K.O. 6491 Ia op. v. 22. 1. 18 – B.K.O. 4554 geh. v. 23. 1. 18 und D.K.O. 6494 Ia op. v. 24. 1. 18 – B.K.O. 4610 I geh. v. 25. 1. 18 mache ich sämtlichen Kommandeuren und Komp.-Führern erneut zur Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß ein unerlaubter Verkehr mit den Russen – besonders während der Nacht – unterbunden wird. Die Durchführung dieser Anordnung ist sowohl bei Tage als auch in der Nacht durch häufige Offizierspatrouillen überwachen zu lassen, durch welche beim Abgehen der Stellung auch die Unterstände abzusuchen sind; außerdem wird es den Kommandeuren

überlassen, dies durch sonstige geeignete Maßnahmen (Verstärkung der vorderen Linie usw.) zu erreichen.

Meldung gem. umstehender Verfügung letzter Absatz zum 10. 2. 18 an Division.

Gleichzeitig ist zu melden, daß Belehrung sämtlicher Mannschaften gemäß Pkt. 1c und 4 beiliegender Verfügung stattgefunden hat.

gez. Meister

B.K.O. Nr. 4701 I geheim v. 31. 1. 18.
In Durchschrift an I.R. 134.pp.

Die Regtr. melden der Brig. bis 2. 2., welche Maßnahmen sie gem. Abs. 1 vorstehender D.K.O. getroffen haben bzw. zu treffen gedenken.

Ich behalte mir vor, die Durchführung der erlassenen Befehle von Zeit zu Zeit durch besonders entsandte Offiziere kontrollieren zu lassen.

Meldung gem. Abs. 2 und 3 vorstehender D.K.O. zum 9. 2. 18 an Brig.

gez. Schmidt.

MA, Sa 27619, Bl. 91. Abgezeichnet: (Paraphe). Entwurf.

Dokument 15

Sowjetrussischer Aufruf an die deutschen Soldaten zur Einstellung des Kampfes gegen die junge Sowjetmacht und für einen ehrlichen Frieden. (Ende Febr. 1918)

An die deutschen Soldaten!
Die deutsche Kapitalistenregierung hat die ehrlichen Friedensbedingungen der russischen Arbeiterregierung abgelehnt. Trotzdem erklärte die russische Arbeiterregierung, daß sie die Armee demobilisieren und den Krieg beenden werde. Und sie demobilisierte die Armee. Die deutsche Kapitalistenregierung wagte trotzdem verbrecherisch das entblößte Land zu überfallen.

Dieser räuberische Überfall, der in der ganzen Welt nur Entrüstung hervorgerufen hat und gegen Deutschland den Haß aller demokratischen Völker mobilisieren wird, hat die russische Arbeiterregierung veranlaßt, die Friedensbedingungen von Brest anzunehmen, die die Arbeiter und Bauern Polens, Litauens und Lettlands dem deutschen Kapital ausliefern.

«Wir unterzeichnen den Frieden von Brest» telegraphierte die russische Arbeiterregierung nach Berlin. Tagelang hat die deutsche Regierung die Antwort vorenthalten, um weiter ins Land einzudringen, um seine Vorräte plündern und die Rotgardisten, die besten Söhne der russischen Arbeiterklasse niederschießen zu können. Schließlich kam die deutsche Antwort. Sie forderte innerhalb 48 Stunden die Anerkennung von noch räuberischeren, noch erniedrigenderen Bedingungen und die sofortige Entsendung der russischen Friedensdelegierten nach Brest zur Unterzeichnung

des Kapitulationsfriedens: Das Messer an der Kehle hat die russische Arbeiterregierung alle Gefühle der Empörung niedergekämpft, die in jedem ehrlichen Menschen diese Banditenpolitik wecken mußte. Sonntag früh um 4 Uhr benachrichtigte sie die deutsche Regierung, daß sie selbst diese unerhörten Bedingungen annehme.

Trotzdem gingen die deutschen Truppen weiter, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Verbrecher von Berlin beschlossen haben, den Frieden mit dem Säbel in Petrograd zu diktieren. Aber gleichzeitig hat das Revolutionäre Komitee der Verteidigung Petrograds die Arbeiter und Soldaten Petrograds zu den Waffen gerufen. Und wir erklären euch deutschen Soldaten: die Hauptstadt der russischen Arbeiterrevolution werden das deutsche Kapital und die deutschen Generäle nicht billig bekommen. Nur über den Leichnam des Petrograder Proletariats führt der Weg nach Petrograd. Und kommt ihr nach Petrograd, so wird euch das revolutionäre Rußland keinen Frieden, sondern den Kampf bis auf den letzten Mann verkünden.

Deutsche Soldaten! Unsere Friedensliebe geht nicht bis zum Selbstmord: wir sind heute schwach und unser Land ist weißgeblutet, aber es wird sich mit letzter Verzweiflung wehren. Unser Kampf wird allen anderen Völkern sagen: es gibt keinen Platz für freie Völker und den deutschen Imperialismus gemeinsam auf Erden: entweder er oder sie müssen zu Grunde gehen. Jeder weitere Schritt, den ihr gegen Petrograd vorwärts macht, bedeutet die Verlängerung des Weltkrieges um Monate.

Deutsche Soldaten! Das Maß der Schande der deutschen Proletarier und Soldaten ist voll. Ausgebeutet durch das deutsche Kapital, geknechtet durch die deutschen Junker und Generäle, habt ihr – deren Führer, wie Karl Liebknecht und Dittmann, im Gefängnis sitzen – habt ihr drei und ein halb Jahre lang eure verbrecherische Regierung unterstützt, als sie euch durch alle Gebiete Europas und der der Türkei von einem Schlachtfelde auf das andere schleppte; und jetzt jagt man euch zur Henkerarbeit an der russischen Arbeiterrevolution.

Übernehmt ihr noch diese schändliche Rolle, dann wird der Name des deutschen Arbeiters und Soldaten geschändet für immer unter dem Proletariat Europas, und der Kains und Judas sein. Wir glauben nicht, daß ihr dazu fähig seid, daß ihr so eure Pflicht und Ehre vergessen habt. Wir glauben nicht, daß ihr der Kapitalistenregierung helfen wollt zum Sieg gegen die Arbeiterrevolution, damit Euch morgen Eure Generäle mit denselben Waffen niederwerfen, mit denen sie uns niederwerfen wollen.

Besinnt Euch, deutsche Soldaten! Weigert Euch, Judas und Kains der russischen Arbeiterrevolution zu sein!

Weigert Euch, weiter gegen die russischen Arbeiter und Soldaten zu kämpfen! Schießt und stecht Eure Generale nieder, wenn sie Euch zur Henkerarbeit mißbrauchen wollen!

Erhebt das Banner der Revolution! Dann können das freie russische und das befreite deutsche Volk sich die Hände reichen und einen ehrlichen Frieden schließen, der allen anderen Völkern ein Ansporn und Beispiel sein, und den allgemeinen Völkerfrieden und die Befreiung der Arbeiterklasse bringen wird.

Nieder mit dem Kriege.
Nieder mit den Kriegshetzern.
Kein Schritt weiter auf Rußlands freiem Boden.
Hoch die russische Arbeiterrevolution.
Hoch die Weltrevolution des Proletariats und der Völkerfriede.

MA, Sa 6880, Bl. 444. Ohne Unterschrift. Abschrift.

Dokument 16

Verfügung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres zur Untersuchung von Urlaubern auf Mitnahme von Waffen in die Heimat. 12. März 1918

Durch eine Zuschrift an das Kgl. Pr. Kriegsministerium ist mir bekannt geworden, daß sich Urlauber öffentlich über eine nach dem Kriege ausbrechende Revolution unterhalten haben. So hat ein angeblich aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet stammender Soldat in der Bahn erklärt, in seiner Heimat brächten Urlauber für den genannten Zweck Waffen mit, es sei leicht, deutsche oder erbeutete Revolver sowie in zwei (Teile) zerlegte Stielhandgranaten unbemerkt auf Urlaub mitzunehmen.

Ich bitte anzuordnen, daß Gepäck und Kleider von Urlaubern vor der Abfahrt gelegentlich stichprobenartig untersucht werden, in Bade- oder Entlausungsanstalten wird sich die Möglichkeit dafür finden. Festgestellte Verfehlungen sind scharf zu bestrafen. Vor allem aber bitte ich darauf hinzuwirken, daß Vorgesetzte, die solchen verwerflichen Redereien auch durch Zufall beiwohnen oder sie erfahren, sofort rücksichtslos durchgreifen. Die Heimatbehörden und der Chef des Feldeisenbahnwesens sind gebeten worden, entsprechende Maßregeln zu treffen.

MA, Sa 36648, Bl. 66. Gezeichnet: i. A. Ludendorff. Vervielfältigung.

Dokument 17

Verfügung des preußischen Kriegsministeriums über die Behandlung und politische Überprüfung deutscher Soldaten, die aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehren. 19. März 1918

Die aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten deutschen Heeresangehörigen werden zunächst in Quarantäne genommen. Die näheren Bestimmungen hierüber sind den in Betracht kommenden Stellen durch den Erlaß vom 2. 3. 1918 Nr. 275/18 g U 5 zugegangen. Nach beendeter Quarantäne sind die ehemaligen Kriegsgefangenen je nach Wunsch auf 6 bis 8 Wochen in die Heimat zu beurlauben. Der Urlaub ist als Urlaub zur Wiederherstellung der Gesundheit anzusehen. Die Beurlaubung erfolgt durch den General-Gouverneur in Warschau bzw. durch diejenigen stellvertretenden kommandierenden Generale, in deren Bereich die ehemaligen Kriegsgefangenen sich in Quarantäne befinden.

Nach beendetem Urlaub, oder falls ein Urlaub nicht gewünscht wird, nach beendeter Quarantäne treten die ehemaligen Kriegsgefangenen zu ihren zuständigen Ersatztruppenteilen über. Wegen der Zuständigkeit der Ersatztruppenteile für Offiziere vergleiche Armee-Verordnungsblatt 1916 Seite 487 und 1918 Seite 80, für Mannschaften Armee-Verordnungsblatt 1915 Seite 230 bzw. die für einzelne Sonderformationen ergangenen besonderen Bestimmungen.

Die Quarantänestellen haben den zuständigen Ersatztruppenteilen die Namen der zu ihnen übertretenden ehemaligen Kriegsgefangenen unter Angabe des gewährten Urlaubs und des Urlaubsortes mitzuteilen. Bei politisch unzuverlässig befundenen Elementen ist noch ein diesbezüglicher Hinweis in die Mitteilung aufzunehmen. Etwa einem nicht zuständigen Ersatztruppenteil überwiesene Kriegsgefangene sind von diesem an den zuständigen Ersatztruppenteil weiterzuleiten.

Bei den zurückgekehrten Kriegsgefangenen ist besonderer Wert auf Wiedergewinnung ihrer moralischen Spannkraft und der Disziplin zu legen. Gute, straffe Ehrenbezeugungen sind zu fordern. Unterricht hat zu erfolgen über Benehmen gegen Vorgesetzte, über einschlägige Kriegsartikel und über die strafbaren Handlungen gegen die Pflichten der militärischen Unterordnung. Durch geeigneten Lesestoff, durch Unterricht in Wort und Bild ist das vaterländische Gefühl zu heben und den durch die Vorgänge in Rußland etwa geweckten revolutionären Ideen in geeigneter Weise entgegen zu wirken. Politisch unzuverlässig befundene Personen bedürfen einer besonders scharfen Beaufsichtigung. Es sind Vorkehrungen zu treffen, daß durch derartige Elemente keine Verhetzung und Aufreizung anderer Personen erfolgt.

Die ehemaligen Kriegsgefangenen sind nach Maßgabe ihrer militärischen Tauglichkeit zum Dienst und Ersatzgestellung heranzuziehen oder falls d.u. zu entlassen.

MA, Sa 9658, Bl. 92. Gezeichnet: i. A. v. Wrisberg. Abschrift.

Dokument 18

Aufruf der Bolschewiki an die deutschen Arbeiter und Bauern mit der Erläuterung der nächsten Aufgaben im revolutionären Kampf. (Anfang Mai 1918)

Genossen! Arbeiter und Bauern!

Die deutschen Imperialisten Mumm und Eichhorn haben uns eine Schreckgestalt aufgehalst, welche sie den Hetman der Ukraina nennen.

Der prächtigen Sippe der historischen Hetmane, von denen schon unser großer Dichter Schewtschenko so treffend und aufrichtig sagte, sie wären «Warschauer Unrat und Moskauer Schmutz» – damit meinte er den königlichen und kaiserlichen Hof –, reiht sich eine weitere bemalte Puppe – der Berliner Speichellecker Skoropadski würdig an.

Die imperialistischen Puppenzieher Mumm und Eichhorn denken, daß es ihnen mit Hilfe dieser Schreckgestalt gelingen soll, die Revolution in der Ukraina zu unterdrücken, daß die Revolution sofort zum Schweigen übergeht und dem internationalen Kapitalismus erlauben wird, alles zu tun, was ihm beliebt. (...)

Der größte Naturschatz in der Ukraina ist das Land. Deshalb besann sich die deutsche Bourgeoisie nicht lange und beseitigte das Landgesetz der Zentralrada, diese selbst stürzend und an ihrer Stelle den deutschen Günstling einsetzend.

Dies alles geschieht nicht aus dem Grunde, daß die Interessen des «Heiligen Rechts auf Eigentum» der Gutsbesitzer der deutschen Bourgeoisie am Herzen lagen. Diese Interessen berühren die deutsche Bourgeoisie gar nicht. Sie sorgt nur für ihre eigene Tasche, welche es sehr gut fühlt, daß die Gutsbesitzer in der Ukraina sich vor der Sozialisierung wie vor dem Feuer fürchten. (...)

Die Gutsbesitzer der Ukraina haben keine andere Wahl. Wenn sie auch lieber einen großrussischen Zaren über sich hätten, so schieben sie einen Hetman vor und verkaufen während dieser Zeit ihr Land, welches dem Volke gehört, an die deutsche Bourgeoisie. Die Gutsbesitzer verkaufen das Land für ein Spottgeld, um wenigstens etwas herauszuschlagen.

Das Land des Volkes somit an sich reißend, beabsichtigt die deutsche Bourgeoisie genau so auch verschiedene Unternehmungen an sich zu bringen.

Hinter den deutschen Besitzern und Fabrikanten soll das deutsche Heer mit seinen Bajonetten stehen, um sie vor den ukrainischen Bauern und Arbeitern zu schützen.

Wenn das, was die deutsche Bourgeoisie in der Ukraina beabsichtigt, auch eine sehr schlau eingefädelte Sache ist, so soll es ihnen doch nicht gelingen.

Der Kampf an der Westfront geht weiter. Der englisch-französische und deutsche Imperialismus liegen miteinander im Kampf auf Leben und Tod. Eine freiwillige, friedliche Teilung der Weltkugel unter sich ist für sie unmög-

lich. Jeder strebt, seinen Gegner völlig zu vernichten und sich die ganze Welt untertan zu machen.

Der Krieg geht weiter, und die Volkswirtschaft der einander feindlich gegenüberstehenden Mächte wird ruiniert. Dieses führt unweigerlich zur Revolution, das wissen wir genau. (...)

Die Revolution in Deutschland ist unabwendbar, wenn auch viele Sozialisten-Kadetten das Gegenteil behaupten. Sie kommt, wie der Frühling auf den Winter folgt. Darauf muß sich das ukrainische Proletariat sofort und energisch vorbereiten, denn diese Revolution ist unsere einzige Rettung. Die in der Ukraina vernichteten Rechte des Proletariats werden in Berlin ihre Auferstehung feiern. All unsere Hoffnungen müssen wir auf das Bewußtsein und den Kampf des deutschen internationalen Proletariats setzen.

Genossen! Die Zeit eilt pfeilschnell dahin. Die deutsche Revolution könnte uns unvorbereitet antreffen. Deshalb müssen wir uns zu Taten rüsten, (...).

Was haben wir jetzt zu tun? Nur die Kräfte des Proletariats zu organisieren. (...) Es ist unbedingte Notwendigkeit, sofort eine politische Partei des Proletariats ins Leben zu rufen. Sie müßte die einzige sein.* Die großrussischen, jüdischen und ukrainischen Sozialisten haben das gleiche rote Blut, welches den Wahlspruch unseres alten Banners auffrischen wird. Ihr heiliges Blut ruft uns zu weiterem Kampf, zur Erreichung einer in sich einigen internationalen Kommunistischen Partei, die rein ist in ihrem Klassenkampf.

Wir wollen die Fabrik- und Landes-Komitees wahren, um jeden Preis, die professionellen Verbände kräftigen. Jeder Arbeiter muß bis auf die halbe Kopeke (Schag) seinen Beitrag erbringen. Die Streik-Fonds müssen Zehntausende von Rubeln aufweisen können. (...)

Genossen! Unterdessen wollen wir tätlich kämpfen. In der Ukraina befindet sich z. Zt. das deutsche Heer zur Unterstützung der heimischen Bourgeoisie. Wir wollen einig gegen diesen Feind, der gekommen, um unsere Freiheit zu unterdrücken und zu erdrosseln, aufstehen. Doch müssen wir dessen eingedenk sein, daß es verschiedene Deutsche gibt: deutsche Offiziere – genau dieselbe Hundebrut wie die ukrainischen und russischen, die Söhne der Kapitalisten und Besitzer; aber auch deutsche Soldaten, die Arbeiter und Bauern sind. Das Proletariat der Ukraina muß in engste Fühlung zu den deutschen Soldaten treten und mit allen Mitteln sie gegen ihre Offiziere unterstützen. Sollte in Deutschland die Revolution ausbrechen, so werden die deutschen Soldaten neue Kräfte unseren Rada's der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Deputierten zuführen. Das sind unsere nächsten Aufgaben.

Genossen! So wollen wir denn frisch an die Arbeit gehen. Unsere organisierte Arbeit, unsere Verachtung und Haß gegen unsere ewigen Feinde, die Bourgeoisie, die uns kreuzigt, die uns mit verschiedenen Scheinheiligkeiten verhöhnt, so z. B. mit der an das Narrenhaus erinnernden Einrichtung eines Hetmantums, all das wird unsere Kräfte erstarken und stählen. (...)

Es lebe die sozialistische Revolution der ganzen Welt!
Es lebe die dritte Internationale.
Es lebe die einige internationale Arbeiterpartei.

MA, Sa 19936, Bl. 80–84. Unterzeichnet: die ukrainischen Arbeiter. Übersetzung. Auszug.

* Die Bildung der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der Ukraine erfolgte auf ihrem ersten Kongreß, der v. 5.–12. Juli 1918 in Moskau stattfand.

Dokument 19

Rundschreiben des Generalquartiermeisters über Arbeitsverweigerungen russischer Kriegsgefangener in einem Armeebereich an der (Westfront). 17. Mai 1918

In einem Armeebereich sind hartnäckige Arbeitsverweigerungen russischer Kriegsgefangener vorgekommen. Diese waren darauf zurückzuführen, daß durchreisende Offiziere und deutsche Schwestern mit den russischen Kriegsgefangenen sich über den Frieden unterhalten haben und hierbei ihr Erstaunen äußerten, daß die russischen Kriegsgefangenen noch hier seien, die anderen wären längst daheim usw.

Die äußerste Bedenklichkeit solcher Gespräche liegt auf der Hand. Da die Verhütung von Arbeitsverweigerungen in unserem dringendsten Interesse liegt, wird anheimgestellt, folgendes anzuordnen:

1) Verbot an sämtliche Heeresangehörige – auch Hilfsdienstpflichtige – mit Kriegsgefangenen und feindlichen Staatsangehörigen politische Gespräche zu führen. Auch der Austausch russischer Kriegsgefangener darf nicht erörtert werden.

2) Anweisung der Wachmannschaften, den Kriegsgefangenen solche Gespräche unter allen Umständen zu verhindern.

MA, Pr 4.1.16.1./25, Bl. 57. Unterzeichnet: i. A. von Thaer. Entwurf.

Dokument 20

Rundverfügung des Deutschen Gouvernements Nikolajew, 212. Infanterie-Division zum Verlust der Familienunterstützung bei Fahnenflucht oder einer Gefängnisstrafe über 6 Monate. 22. Mai 1918

Den Mannschaften scheint noch immer folgende Bestimmung des Gesetzes, betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 28. 2. 18 (R.G.Bl. S. 59, vgl. auch A.V. Bl. 1916 S. 63 und 1917 S. 24) nicht genügend bekannt zu sein:

«Falls Personen, deren Familien nach den Vorschriften dieses Gesetzes Unterstützung erhalten, nach ihrem Eintritt in den Dienst

a) der Fahnenflucht sich schuldig machen oder
b) durch gerichtliche Erkenntnis zu Gefängnisstrafe von längerer als 6 monatlicher Dauer oder zu einer härteren Strafe verurteilt werden, so wird die bewilligte Unterstützung bis zum Wiedereintritt in den Dienst eingestellt.»

Mancher würde sich von der Begehung einer strafbaren Handlung abhalten lassen, wenn er sich stets vor Augen hielte, daß sein Verhalten hiernach für seine Familie auf längere Zeit den Verlust der Familienunterstützung zur Folge haben kann.

Im übrigen wird auf das mit Div.-Befehl vom 2. 2. 18 zur Verteilung gelangte «Merkblatt für Behandlung von Fahnenflucht-Verdächtigen u. a.» verwiesen.

Sämtliche deutschen Truppenangehörigen sind jedes Vierteljahr mindestens einmal entsprechend zu belehren und zugleich ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß der oftmals zur Begründung von Gnadengesuchen angeführte Verlust der Familienunterstützung nach einem Erlaß des Kriegsministeriums grundsätzlich als Begnadigungsgrund *nicht* anerkannt werden kann.

MA, Sa 30861, Bl. 264. Gezeichnet: Morgenstern-Döring. Abschrift.

Dokument 21

Verfügung der Heeresgruppe Eichhorn zur Verhinderung der revolutionären Beeinflussung der Soldaten. 20. Juni 1918

Die bisherigen Feststellungen über das Verhalten des Landsturmbataillons Gotha in den Unruhen bei Swenigorodka haben ergeben, daß das Bataillon von der gegen unsere Truppen betriebenen revolutionären Agitation nicht unbeeinflußt geblieben ist. Die hier zum ersten Male in der Ukraine bekannt gewordene Tatsache ist außerordentlich bedauerlich und erfordert schärfste Maßnahmen, um einer Wiederholung durchaus vorzubeugen. Den Offizieren des Bataillons kann der schwere Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie sich nicht genügend um ihre Leute gekümmert haben und den ersten Anfängen der zutage getretenen Gesinnung nicht mit Schärfe und Belehrung entgegen getreten sind. Die Stimmung unter den Mannschaften des Bataillons hätte ihnen unter keinen Umständen entgehen dürfen, und sie hätten rechtzeitig pflichtmäßige Meldung erstatten müssen, um eine andere Verwendung des Bataillons herbeizuführen. Ferner ist festgestellt worden, daß die militärischen Maßnahmen, die seitens des Bataillons getroffen waren, um die Verteidigung der ihnen anvertrauten Orte sicherzustellen in einem Lande, wo täglich mit Überfällen gerechnet werden muß, völlig unzureichend waren. Das Bataillon scheint sich ganz im tiefsten Frieden geglaubt zu haben.

Ich mache es den kommandierenden Generalen und den übrigen Vorgesetzten zur ernstesten Pflicht, sich durch persönliche Inaugenscheinnahme und

durch Entsendung von Offizieren ihrer Stäbe ständig von dem Zustand ihrer Truppen überzeugt zu halten. Jedes Anzeichen revolutionärer Beeinflussung ist sofort zu melden und dafür zu sorgen, daß die betr. Truppe andere Verwendung findet. Im besonderen gilt das von den Städten, in denen die Gefahr besonders groß ist. Es muß ferner jede Gelegenheit ausgenutzt werden, um durch Exerzierübungen die Disziplin der Truppe auf der Höhe zu erhalten. Bei den schwierigen Verhältnissen sind energische Regiments- und Bataillonsführer durchaus notwendig. Ich ersuche, rücksichtslos für den Ersatz von Offizieren zu sorgen, die den an sie zu stellenden Anforderungen nicht durchaus entsprechen.

MA, Sa 30708, Bl. 122. Gezeichnet: v. Eichhorn. Abschrift.

Dokument 22

Rundverfügung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres mit Androhung schwerster Strafen für Überläufer. 23. Juni 1918

Betr.: Überläufer.

Aus zahlreichen bei unseren Angriffen erbeuteten feindlichen Papieren sind der Obersten Heeresleitung die Namen und Truppenteile von Überläufern bekannt geworden, die durch ihre Aussagen Landesverrat begangen haben. Die Listen des Feindes enthielten auch Namen und Truppenteil von Gefangenen, die entgegen den erteilten Belehrungen und Ermahnungen, entgegen den ihnen bekannten Kriegsartikeln, dem Feinde eingehende Angaben über die eigene Lage und Angriffsabsichten machten und so nicht nur unsere Kampfhandlungen schwer schädigten, sondern auch das Leben zahlreicher Kameraden gefährdeten. Ich bitte zu veranlassen, daß im obigen Sinne bei allen Truppenteilen erneut und in eindringlichster Weise auf das Verwerfliche dieser Handlungsweise hingewiesen wird und daß sämtlichen Unteroffizieren und Mannschaften immer wieder vor Augen geführt wird, in wie hohem Grade sie selbst durch anscheinend unbedeutende Aussagen die gesamte Armee und die Aussicht auf ihren Endsieg schädigen. Dabei ist folgendes öfters scharf in Erinnerung zu bringen:

1. Jeder *Überläufer* zum Feinde wird bei der Rückkehr nach Deutschland mit dem Tode bestraft.
2. Sein gesamtes inländisches Vermögen wird beschlagnahmt.
3. Er verliert seine Staatsangehörigkeit, seine Angehörigen das Recht auf Zahlung einer Unterstützung.
4. Liegt der Verdacht des Landesverrats vor, wozu schon die Aufnahme in ein sogenanntes Vorzugslager gehört, so wird ein Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet.

5. Auf Begnadigung oder Verjährung ist nicht zu rechnen. (Vgl. im übrigen Verfügung des Kriegsministeriums vom 21. 1. 18 Nr. 212/18g. A.1 III. Ang. und Chef des Generalstabes des Feldheeres vom 31. 12. 17 III Nr. 52541/2726.)

Ferner ist den Leuten eindringlich klar zu machen, daß wir Namen und Truppenteil von Gefangenen, die Aussage machen, sowie Art und Umfang ihrer Aussagen dank unserer Offensiven und auch auf anderem Wege fast stets in die Hände bekommen, und daß diese Leute als Landesverräter nach Friedensschluß vor ein Kriegsgericht gestellt werden und die schwersten Strafen für ihre ehr- und vaterlandslose Gesinnung zu gewärtigen haben.

MA, Sa 24170, Bl. 134. Unterzeichnet: i. A. Ludendorff. Druck.

Dokument 23

Rundverfügung der Heeresgruppe Eichhorn gegen die Beeinflussung der deutschen Soldaten durch sozialistische Propaganda und Literatur. 29. Juni 1918

Es ist wiederholt beobachtet worden, daß von bolschewistischer Seite die entschiedensten Versuche gemacht werden, deutsche Soldaten durch sozialistische Propaganda und Literatur irrezuleiten.

Ganz besonders wurden in letzter Zeit in Moskau in deutscher Sprache erscheinende Zeitungen (z. B. die «Weltrevolution» usw.) als Agitationsmaterial verwandt. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit, besonders auch während der Eisenbahnfahrten, wurde versucht, Hetzmaterial unseren Soldaten zuzustecken.

Es wird ersucht, sämtliche unterstellte Dienststellen auf die Gefahr einer solchen von der Entente begünstigten Agitationsarbeit hinzuweisen und es zur strengsten Pflicht eines jeden Heeresangehörigen zu machen, fremde und verdächtige Personen, die sich ihnen mit sozialistischem Agitationsmaterial zu nähern versuchen, festzunehmen und in der nächstgelegenen Bahnhofskommandantur bzw. anderen deutschen Behörden abzuliefern.

MA, Sa 19931, Bl. 63. Unterzeichnet: Groener. Vervielfältigung.

Dokument 24

Rundverfügung des Oberbefehlshabers Ost über die Behandlung von Soldaten, die in die roten Garden eingetreten sind. 30. Juni 1918

Vor der Front der Armee Abt. D. sind unter der russischen roten Garde eine Anzahl deutscher und österr.-ungar. Kriegsgefangener festgestellt worden.

Die Mannschaften erklärten, sie wären in die rote Garde eingetreten, weil

es zu Hause nichts zu essen gäbe, während sie in Rußland gut verpflegt würden und viel Geld bekämen. Sie hätten täglich 2 Stunden Dienst im Grenzschutz zur Überwachung des Verkehrs; Lebensmittel würden zu den Deutschen nicht hinüber gelassen.

Der Kapitalismus habe sie in den Krieg geworfen, augenblicklich bekämpften sie den Kapitalismus in Rußland, nach ihrer Rückkehr solle dies auch in Deutschland geschehen. Es ist unbedingt erforderlich, gegen das Übergreifen bolschewistischer Propaganda durch deutsche Kriegsgefangene auf unsere Truppen Abwehrmaßnahmen zu treffen.

Es müssen ausgesuchte zuverlässige Mannschaften als Posten an der Demarkationslinie stehen.

Der Truppe ist durch eingehende Belehrung (vaterl. Unterricht) klarzumachen, daß Kriegsgefangene deutsche Heeresangehörige sind und als solche den deutschen Kriegsgesetzen unterworfen bleiben (K.M. vom 13. 7. 16, Nr. 645/6.16c). Eintritt in das Heer eines Staates, mit dem wir uns bisher im Kriegszustande befanden, ist Kriegsverrat und als solcher zu behandeln.

Kann die eines solchen Kriegsverrats schuldige Persönlichkeit einwandfrei festgestellt werden, so ist eine vorläufige Untersuchung gegen sie einzuleiten (K.M. Nr. 1545/4 A1 vom 16. 5. 18 und Chef des (Gen.Stabes des Feldheeres vom 31. 12. 17 1. Gen.Qu. III 52541/2726).

Das Vermögen, auch das später zufallende, wird mit Beschlag belegt (360 M. Str. G.O.).

Deutsche Heeresangehörige in fremden Armeen haben als Parlamentäre keinen ASnspruch auf die Unverletzlichkeit gem. Art. 32. des Abkommens betr. Gesetze und Gebräuche des Landkrieges v. 18. 10. 07.

Treten sie als Parlamentäre auf, so sind sie festzunehmen und ihrer Verurteilung zuzuführen.

Wird ein fdl. Posten jenseits der Demarkationslinie mit Sicherheit als ehemaliger deutscher Heeresangehöriger erkannt, so darf jedoch lediglich aus diesem Grunde nicht auf ihn geschossen werden.

MA, Sa 30708, Bl. 133. Gezeichnet: Leopold, Prinz von Bayern. Vervielfältigte Abschrift.

Dokument 25

Verfügung der Heeresgruppe Eichhorn an die Etappen-Inspektion Bug über die Einrichtung eines Lagers für «unsichere Elemente». 30. Juni 1918

In letzter Zeit hat sich die Zahl der aus politischen Gründen festzunehmenden Personen, deren Bestrafung mangels ausreichender Beweise nicht möglich ist, deren weiterer Verbleib aber in der Ukraine die Sicherheit unserer Truppen und des ukrainischen Stabes gefährden würde, gemehrt. Aus diesem Grunde

ist es erforderlich, ein Konzentrationslager westlich der früheren Frontlinie zu schaffen, in welches unsichere Elemente unter entsprechender scharfer Bewachung einzuliefern wären.

Die Et.Inspektion wird beauftragt, ein solches Lager, welches zur Aufnahme von bis zu 200 Personen geeignet sein muß, einzurichten. Über die Bereitstellung eines solchen Lagers wird bis zum 15. 7. 18 um Meldung ersucht.

MA, Sa 19931, Bl. 64. Gezeichnet: Groener. Abschrift.

Dokument 26

Bericht der Geheimen Feldpolizei der Heeresgruppe Eichhorn, Kommissariat Charkow, an das Generalkommando des I. Armeekorps über die Beeinflussung der Soldaten durch die ukrainische Bevölkerung. 4. Juli 1918

1. Es wird immer wieder festgestellt, daß unsere Soldaten in Charkow mit den Landeseinwohnern und oft sogar mit üblen Elementen auf dem vertrautesten Fuße stehen. Belehrungen und Mahnungen werden da wenig beachtet. Die Untersuchung des Falles Dammüller (fahnenfl. Soldat 3./133) lehrte wieder, daß unsere Leute auch in üblen Spelunken (wie Logierhaus Poltawa Neteschanskaja Ufer 9) ein- und ausgehen und mit den dort wohnhaften Elementen sich gegenseitig nur auf Vornamen wie «der Max, der Fritz, der Georg» anreden und unter diesen Vornamen auch dort nur bekannt sind.

Im vorstehend genannten Logierhaus verkehrten bis zum Verschwinden des Dammüller besonders Soldaten des Inf.Regts. 133. Einzelne sollen nach vorangegangenen Zechen mit zweifelhaften Elementen dort auch genächtigt haben.

Weiter wollen glaubwürdige Bürger und Vertrauensleute oft hören, daß sich unsere Soldaten auf der Straße, im Kaffee usw. von anscheinend bezahlten Elementen, die fließend deutsch sprechen, immer wieder anhören: «Für die paar Pfennige kämpfen? Macht's doch wie die Russen, helft euch selbst, der Österreicher macht schon mit, wenn ihr bloß wollt, so ist der elende Krieg aus. Eure Vorgesetzten betrügen euch bloß, sogar eure zuständige Löhnung bekommt ihr nicht. Eure Behörde nimmt 14 M pro Soldat an täglichem Verpflegungsgeld, 4 M bekommt ihr, wer steckt den Rest ein? Die ukrainischen Soldaten bekommen 10 Rubel pro Tag, erhalten diese aber auch in voller Höhe ausgezahlt, denen wagt keiner Abzüge zu machen. Warum laßt ihr euch alles gefallen!»

Die Festnahme solcher Hetzer durch Organe der Feldpolizei ist äußerst schwierig, da diese Elemente unsere Agenten meist kennen. Hier hilft bei unseren Soldaten m.E. nur individuell angewandte Belehrung, kein scharfes Zurechtweisen, sondern Erweckung des Ehrgefühls, daß es unter der Würde

und dem Ansehen eines deutschen Soldaten ist, diese Schwätzer um sich zu dulden und sich von ihnen überhaupt ansprechen zu lassen. Sie sind von *jedem Soldaten in jedem Falle* als Schädlinge festzunehmen und der nächsten Wache zu übergeben; die Feldpolizei allein ist den Leuten gegenüber machtlos, jeder muß hier einschreitend mithelfen.

2. U. dem Generalkommando I. A.K. durch Herrn N.O.d.O.H.L. I. A.K. überreicht.

MA, Sa 30708, Bl. 127. Gezeichnet: Luschwitz. Vervielfältigung. Abschrift.

Dokument 27

Rundverfügung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an die Heeresgruppen im Westen mit Androhung drastischer Strafen gegen Soldaten, die nicht mehr weiterkämpfen wollen. 21. Juli 1918

Vorgang: Einige aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrte Mannschaften der stellv. Generalkommandos V. und XVII. A.K.'s haben sich geweigert, ins Feld zu gehen. Sie sind zum Teil in der Heimat zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt worden.

Kriegsministerium Berlin bittet, die Feldstellen anzuweisen, keinesfalls Mannschaften, die noch nicht abgeurteilt oder unter Strafaufschub den Feldstellen zugeführt sind, den Ersatztruppenteilen zurückzusenden.

Das Kriegsministerium schlägt vor, in Befürchtung der Verseuchung der Ersatztruppenteile durch den schlechten Einfluß solcher Mannschaften, alle Heimgekehrten der stellv. Generalkommandos V. und XVII. A.K.'s unmittelbar nach Ablauf des zuständigen Urlaubs beschleunigt in kleinen Transporten unter sicherer Bewachung den Feldrekrutendepots ihrer früheren Division zuzuführen.

Ich habe zu diesem Vorschlag geantwortet:

«Unter Bezugnahme auf mein Schreiben Ic Nr. 89358 op. vom 21. 6. bitte ich nochmals alles zu vermeiden, was mit Recht als eine Maßregelung der gesamten Heimgekehrten eines größeren Bezirks aufgefaßt werden kann.

Einer bevorzugt schnellen Abbeförderung aller Heimgekehrten der stellv. Generalkommandos V. und XVII. A.K.'s ins Feld kann ich nicht zustimmen.

Ich schlage folgendes Verfahren vor:

1. Heimgekehrte, die wegen Weigerung, ins Feld zu gehen, abgeurteilt sind, werden den Militär-Gefangenen-Kompanien des Westens zugeführt.
2. Erscheint es notwendig, die Aburteilung erst im Felde erfolgen zu lassen, so werden solche Mannschaften unter sicherer Bewachung dem Etappenhauptort der Armee zugeführt, deren Militär-Gefangenen-Kompanien für den Bereich des betreffenden stellv. Generalkommandos zuständig sind.

Die Armee sorgt für schnelle Aburteilung und Einstellung in eine Militär-Gefangenen-Kompanie.

3. Einzelne Heimgekehrte, die unzweifelhaft von schlechtem Einfluß sind, sich aber nicht strafbar gemacht haben, werden unter sicherem Begleitkommando dem Feldrekrutendepot der Division, der sie früher angehört haben, zugeführt, sofern sich die Division im Westen befindet. Befindet sich die Division nicht im Westen, so werden solche Mannschaften dem Feldrekrutendepot einer anderen Division, für die das stellv. Generalkommando Ersatz stellt, überwiesen.

Division und Feldrekrutendepot sind von dem Grunde der Überweisung rechtzeitig zu benachrichtigen.

Ich bitte dafür zu sorgen, daß die Maßnahmen zu 3 nur in Ausnahmefällen Anwendung finden.

4. Die Masse der Heimgekehrten wird vom Kriegsministerium halbmonatlich mit dem übrigen Ersatz gemeinsam angemeldet.

5. Ich bitte dafür Sorge zu tragen, daß unter keinen Umständen Mannschaften, die wegen Weigerung, ins Feld zu gehen, bestraft wurden, mit Bewilligung von Strafaufschub herausgesandt werden. Sollte dies schon geschehen sein, so bitte ich nachträglich den Strafaufschub wieder rückgängig zu machen und die Feldstellen, denen solche Mannschaften überwiesen sind, entsprechend zu benachrichtigen.

6. Ich bitte, die bundesstaatlichen Kriegsministerien zu gleichen Anordnungen zu veranlassen.

7. Die Feldstellen werde ich anweisen, schon überwiesene bestrafte Mannschaften den Militär-Gefangenen-Kompanien zuzuführen und noch nicht abgeurteilte sofort im Felde abzuurteilen.

8. Ich bitte die Regelung der Angelegenheit zu beschleunigen.»

Ich bitte die Divisionen mündlich, vertraulich in Kenntnis zu setzen.

MA, Sa 24159, Bl. 52. Gezeichnet: i. A. Ludendorff. Vervielfältigte Abschrift.

Dokument 28

Rundverfügung des preußischen Kriegsministeriums an sämtliche preußische stellvertretende Generalkommandos über schwindende Disziplin bei Ersatztransporten. 22. Juli 1918

Betrifft: Disziplinlosigkeiten bei Ersatztransporten.

Die Ausschreitungen bei Ersatztransporten haben trotz der mehrfach erlassenen Bestimmungen und Hinweise immer noch an Zahl zugenommen und Mißstände gezeitigt, deren Abstellung eine gebieterische Notwendigkeit geworden ist. Schärfste Maßnahmen sind geboten.

Allenthalben macht sich große Unbotmäßigkeit gegen Transportführer und Begleitpersonal, Bahnhofskommandanten und Bahnhofswachen geltend. Befehlen und Anordnungen wird keine Folge gegeben, in vielen Fällen ist es auch zu offenem Widerstand und tätlichen Angriffen gegen Vorgesetzte gekommen.

Die Gründe für das Überhandnehmen dieser Unbotmäßigkeiten sind u. a. folgende:

Vorgesetzte und Untergebene kennen einander nicht. Begleit- und Wachpersonal sind zu schwach bemessen; insbesondere fehlt es oft an der nötigen Zahl energischer Offiziere. Mangelnde Unterstützung der Transportführer durch die Dienstgrade des Transportes selbst und schlaffes teilnahmsloses Verhalten der Unteroffiziere. Sogar von seiten der Offiziere ist in vielen Fällen den Transportführern die geforderte Unterstützung versagt worden.

Als Abhilfe kommen in erster Linie in Betracht:

1. Zusammenziehen der für den laufenden Ersatz verfügbaren Unteroffiziere und Mannschaften auf einem Truppenübungsplatz oder dergl., wo durch ein ständiges Kommando die Transporte bis zur Abfahrt in straffe Zucht genommen werden.

2. Unzuverlässige Elemente dem Kommando- und später Transportführer namentlich überweisen.

3. Einteilung der Transporte (Marschbataillon gemäß Kriegsministerium vom 3. 6. 18 Nr. 815/5.18. A.M. [vergl. Zu. d. sächs. Krm. vom 9. 6. 18 Nr. 3686 I M.]) derartig, daß die Angehörigen der verschiedenen Ersatzbataillone in sich geschlossen unter ihren Vorgesetzten bleiben.

4. Sorgsame Auswahl der Transportführer.

5. Beigabe einer großen Zahl von Offizieren und eines starken Begleitkommandos. In Zukunft sind grundsätzlich alle ins Feld gehenden Offiziere, außer den auf Allerhöchsten Befehl beorderten, als Führer von Ersatztransporten zu verwenden. Einzelsendungen sind durch die stellv. Generalkommandos pp. und obersten Waffenbehörden in dringenden Fällen nur zu genehmigen, wenn in absehbarer Zeit kein Ersatztransport des betr. stellv. Generalkommandos zur Absendung gelangt.

6. Belehrung des Transportes vor der Abfahrt über Verhalten während der Fahrt, scharfes Verwarnen vor Ausschreitung und Androhen schwerster Strafen. Hinweis darauf, daß diese Strafen im Felde verbüßt werden durch Einstellung in Militärgefangenenkompanien.

7. Verweigern Mannschaften den Gehorsam vor Abgang des Transportes, so hat schnellste Aburteilung durch das zuständige stellv. Generalkommando zu erfolgen. Dann sofort Abtransport ins Feld zur Überweisung des Verurteilten in Militärgefangenenkompanien.

8. Kein Mann des Transportes darf im Besitz scharfer Munition sein.

9. *Verantwortliche* Heranziehung aller in dem Zuge befindlichen Organe.

Sorgsame Einteilung des Transportes und *Verteilung der Dienstgrade über den ganzen Zug.*

10. Genaue Anordnungen für Aufsicht bei Aufenthalten, namentlich bei der Verpflegung. (Offiziere)

11. Gestellung ständiger starker Wachen auf Verpflegstationen und Bahnhöfen, auf denen längerer Aufenthalt zu erwarten ist (nach Vereinbarung mit Linienkommandanturen), unsichere Transporte sind hierzu durch den Transportführer rechtzeitig anzumelden.

12. Geschlossene Wagen (Güterwagen) sind als Arrestlokale zu bestimmen, dazu energische Unteroffiziere zur Aufsicht.

13. Sofortiges energisches Zufassen beim ersten Versuch von Unbotmäßigkeit wird seinen Eindruck auf die Leute (...) nicht verfehlen.

14. Während des Transportes Festgenommene dürfen nicht zum Ersatztruppenteil abgeschoben, sondern müssen den empfangenden Divisionen vorgemeldet und zur Aburteilung und späteren Überweisung in Militärgefangenenkompanien übergeben werden. Die Zugehörigkeit zum Transport beginnt mit der Übernahme des Transports durch den Transportführer.

15. Bekanntgabe der Strafen und Urteile unter Angabe der Gründe durch die Divisionen.

16. Die Hauptsache bleibt, daß kein Mann sich auch nur einen Augenblick unbeaufsichtigt fühlt. Nötigenfalls Widerstand mit Waffengewalt brechen. (Durch telegraphische Vormeldung Hilfe erbitten.)

Im übrigen wird auf die Verfügung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres vom 19. 11. 17 Ic Nr. 5397 geh. op. (vergl. Zuf. d. sächs. Krm. v. 26. 11. 17 Nr. 7248 M stv. G.K.O. XIX Ia 238071 M v. 5. 12. 17) und auf den Erlaß vom 22. 7. 18 M 7385/18 C4 hingewiesen.

Abschrift mit dem Ersuchen, die Durchführung oben angeführter Maßnahmen, soweit sie dortigen Befehlsbereich berühren, sicherzustellen. Wenn nicht mit *schärfsten* Mitteln durchgegriffen wird, werden wir des Übels nicht Herr werden, daher befürworte ich die *beschleunigte* Durchführung gerichtlicher Untersuchung auf Grund derartiger Verfehlungen. Sollte das richterliche Personal im Felde nicht ausreichen, um die zahlreichen Fälle von Unbotmäßigkeit so rasch wie möglich zu ahnden, so ist das Kriegsministerium bereit, auf Antrag der betr. Armeeoberkommandos einige Kriegsgerichtsräte über den Etat für diese Arbeiten beizugeben.

Der Anschauung eines Armee-Oberkommandos (2), daß Leute, gegen die ein gerichtliches Verfahren schwebt, nicht ins Feld gesandt werden dürfen, sondern zu den Ersatztruppenteilen zurückzusenden wären, muß das Kriegsministerium entgegentreten. Eine derartige Maßnahme bedeutet geradezu eine Prämie auf das Begehen strafbarer Handlungen. Anweisung an die Gerichtsherrn über schärfere Handhabung der Gesetzesbestimmungen durch die Gerichte ist durch Erlaß vom 22. 7. 1918 M 7385/18 C4 erfolgt.

Das Kriegsministerium hält ferner erneuten Hinweis auf Ziffer 4 des dortigen Erlasses vom 19. 11. 17 Ic 5397 geh. op. für notwendig, ferner die Anordnung, daß die Aufenthalte auf größeren Bahnhöfen nach Möglichkeit eingeschränkt werden und die Einrichtungen auf den Verpflegstationen daraufhin nachgeprüft werden, daß die Essenausgabe auch bei Dunkelheit ohne Reibung und ohne Möglichkeit des Doppelempfangs vor sich geht.

MA, Sa 29814, Bl. 106–107. Gezeichnet: v. Stein. Vervielfältigte Abschrift.

Dokument 29

Rundverfügung des preußischen Kriegsministeriums über die Aufrechterhaltung und Wiedergewinnung der Disziplin. 22. Juli 1918

Zur Aufrechterhaltung der Manneszucht wird in teilweiser Ergänzung früherer Erlasse nachdrücklichst auf Folgendes hingewiesen:

1. Die zur Erzwingung des Gehorsams im Felde zulässigen Mittel sind rücksichtslos anzuwenden. Jeder Offizier ist über sie wiederholt und eingehend zu belehren; namentlich auch darüber, daß er in Fällen der äußersten Not und dringendsten Gefahr das Recht hat, von seiner Waffe Gebrauch zu machen, um seinen Befehlen Gehorsam zu verschaffen (§ 124 M.St.G.B.). Ein solcher Fall wird regelmäßig gegeben sein, wenn ein Mann bei bevorstehendem Gefecht sich hartnäckig weigert, in Stellung zu gehen, oder sich vor den Augen anderer Mannschaften und des Vorgesetzten gegen dessen Befehl entfernt.

2. Einem Bestreben, durch strafbare Handlungen oder geflissentliche Verzögerungen gerichtlicher Untersuchungen sich der Front zu entziehen, ist mehr und kräftiger entgegenzuwirken:

a) Mannschaften in der Heimat, bei denen jener Verdacht besteht, sind entsprechend den Verfügungen vom 29. 12. 16 M 7527/16 C4 II. Ang. und vom 17. 4. 1918 M 2285/18 C4 ins Feld zu senden. Dies hat unbedingt zu geschehen, wenn Leute den Abmarsch ins Feld verweigern. Nötigenfalls hat der Transport in geschlossenem Waggon unter sicherer Bewachung zu erfolgen.

b) Von Verhängung der Untersuchungshaft ist im Felde tunlichst abzusehen. Läßt sie sich nicht vermeiden, so ist der Verhaftete, sofern der Gerichtsherr nichts anderes bestimmt, militärisch zu beschäftigen, und zwar möglichst unter den gleichen örtlichen Verhältnissen, deren seine Kameraden beim Truppenteil ausgesetzt sind. (Vergleiche Kriegsministerium vom 30. 10. 1917 Nr. 204/2.17. C4)

3. Die Strafen, die von den Kriegsgerichten wegen Feigheit, unerlaubter Entfernung und ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung vor dem Feinde erkannt werden, müssen der Schwere der Handlung, die sich u. U. als ein Verbrechen darstellt, voll Rechnung tragen. Die Vertreter der Anklage sind daher anzuwei-

sen, auf die Verhängung strenger Strafen in diesen Fällen durch entsprechende Anträge und durch Hinweis auf die schwere Gefahr, die der Manneszucht und damit der Schlagfertigkeit des Heeres aus zu milder Beurteilung erwächst, hinzuwirken; auch vor der Todesstrafe (z. B. bei ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung vor dem Feinde im Sinne des § 95 Abs. 2 Satz 2) darf nicht zurückgeschreckt werden. Sie ist das wirksamste Mittel, um ein warnendes Beispiel zu geben. Unangebrachte Milde gegen den Einzelnen wird zu einer Versündigung gegen den guten Geist der Truppe.

Mit Nachdruck ist ferner zu betonen, daß in den Fällen, in denen ein Mann sich kurz vor Beginn eines Gefechts, z. B. unmittelbar vor dem Einrücken in die Bereitstellung zum Angriff, unerlaubter Weise entfernt, nur sehr selten ein anderer Beweggrund als Feigheit vorliegt.

Als Richter zu den Kriegsgerichten im Felde sind in Grenzen des Gesetzes tunlichst fronterfahrene und nicht zu junge Offiziere zu kommandieren.

4. Die Erlasse vom 12. 11. 1915 Nr. 1417/10.15. C3 (A.V.Bl. S. 523) und vom 3. 1. 17 Nr. 362/12.16. CSF (A.V.Bl. 1917 S. 4) werden dahin erweitert, daß die Gerichtsherren in jedem Falle einer Verurteilung feldverwendungsfähiger Soldaten vor der Anordnung einer Strafaussetzung oder -unterbrechung die Truppenbefehlshaber darüber zu hören haben, ob ein Verbleiben des Bestraften bei der Truppe oder seine Rückkehr dorthin ohne Gefährdung der Manneszucht angängig ist, und welche besonderen dienstlichen Gründe etwa für die Strafaussetzung oder -unterbrechung vorliegen.

Die Vollstreckung der im Felde verhängten Gefängnisstrafen von mehr als 6 Wochen hat bei Verurteilung wegen Feigheit, Fahnenflucht, unerlaubter Entfernung und strafbarer Handlung gegen die militärische Unterordnung regelmäßig in den Militärgefangenenkompanien zu erfolgen. Ausnahmen dürfen nur aus zwingenden Gründen stattfinden. Diese sind aktenkundig zu machen und dem heimischen Festungsgefängnis mitzuteilen. Die wegen der gleichen Straftaten in die Festungsgefängnisse eingestellten Mannschaften des Besatzungsheeres sind in erster Linie den Militärgefangenenkompanien an der Front zuzuführen. Zusatz für die stellvertretenden Generalkommandos und sonstigen Heimatbehörden:

Vorstehende Bestimmungen finden auf das Besatzungsheer sinngemäße Anwendung. Insbesondere wird von dem Recht des Waffengebrauchs (Ziff. 1) bei Ersatztransporten in den beregten Fällen rücksichtslos Gebrauch zu ma-
chen sein. Im übrigen wird auf den Erlaß vom 22. 7. 18 Nr. 7667/18. g AM hin-
gewiesen.

MA, Sa 36648, Bl. 75. Gezeichnet: v. Stein. Abschrift.

Dokument 30

Verfügung der Heeresgruppe Kiew zur Eindämmung des revolutionären Einflusses auf die Truppe sowie zum Verhalten gegenüber der ukrainischen Bevölkerung. 7. September 1918

Die aus Großrußland in die Ukraine hineingetragene revolutionäre Propaganda hat in letzter Zeit einen derartigen Umfang angenommen, daß zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in der Ukraine und zum Schutze unserer Truppen durchgreifende Maßregeln getroffen werden müssen. Die Ermordung deutscher Soldaten durch revolutionäre Elemente kann nicht scharf genug geahndet und es muß in Zukunft solchen Vorkommnissen mit allen Mitteln vorgebeugt werden. Dazu gehört die Festnahme und Abschiebung solcher Persönlichkeiten, die als Hetzer verdächtig und die nach ihrer ganzen Persönlichkeit dem revolutionären Terror Vorschub zu leisten geneigt sind. Dies zu beurteilen vermögen jedoch nur die örtlichen Kommandostellen im Benehmen mit den ukrainischen Behörden, mit den Ortsstarosten und sonstigen vertrauenswürdigen ortseingesessenen Persönlichkeiten. Unter den gegebenen Verhältnissen werden nicht selten Personen abgeschoben werden müssen, denen eine bestimmte Straftat oder eine Teilnahme an revolutionären Umtrieben nicht nachgewiesen werden kann. Auch kann es vorkommen, daß aus den oben angeführten Sicherheitsgründen Persönlichkeiten abgeschoben werden müssen, die in ihrem sonstigen bürgerlichen Leben zwar einwandfrei, jedoch als politische Agitatoren revolutionärer Richtung bekannt oder verdächtig sind. Diesen Umständen hat die Etappen-Inspektion bei der ihr nach Verfg. Ia/III 2480 vom 1. 6. 18 obliegenden Prüfung Rechnung zu tragen. Bei Zweifeln über die Notwendigkeit einer Abschiebung ist gegebenenfalls vor Einholung der Entscheidung des Oberkommandos eine Äußerung des örtlichen Befehlshabers zu erbitten, der erforderlichenfalls noch weitere Ermittlungen anzustellen hat.

Die örtlichen Befehlshaber haben bei ihren Erhebungen ihr Augenmerk darauf zu richten, daß nicht auf bloße böswillige Denunziationen hin zuverlässige und gutgesinnte Leute festgenommen und abgeschoben werden. Es ist selbstverständlich, daß in allen diesen Fragen die Befehlshaber zwar mit allem Nachdruck, aber auch mit ruhiger sachlicher Überlegung vorzugehen und darüber zu wachen haben, daß nicht durch Voreiligkeit und unangemessenes Verhalten nachgeordneter Dienststellen Mißgriffe begangen werden, die die gutgesinnte Bevölkerung gegen uns aufzubringen geeignet sind.

Aus Gnadengesuchen ukrainischer Landeseinwohner ist ersichtlich, daß nicht selten bei bloßen Unterlassungssünden mit einer der Sachlage nach nicht gebotenen Härte vorgegangen wird. Vielfach werden durch Landeseinwohner aus Nachlässigkeit oder Unaufmerksamkeit Unterlassungen begangen, die einer Bevölkerung, die nicht an die strikte Durchführung behördlicher Gebote

gewöhnt ist, naheliegen. Dies trifft insbesondere auch bei Nichtabgabe von Waffen zu.

Auch aus bekanntgewordenen Briefen deutscher Soldaten geht hervor, daß gerade bei der Waffenabnahme von seiten untergeordneter Dienststellen oft in recht törichter Weise verfahren wird, daß Mißhandlungen vorkommen und selbst Todesurteile ausgesprochen werden in Fällen, wo sie nach der Sachlage völlig unangebracht scheinen. So notwendig es ist, gegen böswillige Überschreitung der Gesetze und der erlassenen Verbote mit aller Schärfe einzuschreiten, so ist es andererseits doch durchaus geboten, der Eigenart des einzelnen Falles Rechnung zu tragen. Es ist sonst unvermeidlich, daß das Vertrauen der Bevölkerung in die deutsche Rechtspflege schwer erschüttert wird und daß die den deutschen Truppen wohlgesinnten Elemente ihnen entfremdet werden.

Für das *feld*gerichtliche Verfahren gilt nicht der im *militär*gerichtlichen Verfahren herrschende Grundsatz, daß jede zur Kenntnis des Gerichtsherrn gelangende strafbare Handlung verfolgt werden *muß*. Der § 156 M.St.O. ist im feldgerichtlichen Verfahren nicht anwendbar. Der zur Anordnung des feldgerichtlichen Verfahrens zuständige Befehlshaber ist daher in der Lage, in den hierzu geeigneten Fällen von der Anordnung des feldgerichtlichen Verfahrens oder der Erlassung einer Strafverfügung überhaupt abzusehen. Die Gründe sind alsdann aktenkundig zu machen. Wird von dem Feldgericht eine nach Sachlage zu harte Strafe erkannt, etwa deswegen, weil die verletzte Strafverordnung eine Mindeststrafe festsetzt, oder nur eine Gefängnisstrafe zuläßt, so ist eine Milderung der ausgesprochenen Strafe oder die Umwandlung in eine Geldstrafe im Gnadenwege zu beantragen.

Die vorstehende Verfügung ist allmonatlich sämtlichen Offizieren bekanntzugeben, die Kenntnisnahme durch Namensunterschrift zu bestätigen.

MA, Sa 19931, Bl. 89. Gezeichnet: Graf Kirchbach. Abschrift.

Dokument 31

Verfügung des Stellvertretenden Generalkommandos des XII. Armeekorps gegen Kriegsmüdigkeit und weiter nachlassende Disziplin. 9. September 1918

Bei der letzten Chefbesprechung in Berlin wurden vom Oberbefehlshaber folgende Gesichtspunkte erörtert, die den Zwischenbehörden mit dem Ersuchen bekanntgegeben werden, in ihrem Befehlsbereich mit allen Mitteln den erwähnten Mißständen entgegen zu arbeiten.

Die Disziplin im Heimatheer hat nachgelassen, die Stimmung der Truppe in der Heimat ist nicht den Verhältnissen entsprechend. Das Nachlassen der Disziplin ist zum großen Teil in dem Verhalten der Unteroffiziere begründet, die den Mannschaften mit schlechtem Beispiele vorangehen. Der gute Geist

des Unteroffizierskorps hat gelitten, er muß mit allen Mitteln gehoben werden. Die Ursachen des Rückgangs sind in Folgendem zu suchen:

Die Auswahl der Unteroffiziere ist nicht immer mit der nötigen Sorgfalt geschehen. Bei der Beförderung zu Unteroffizieren, sind in dem Bestreben, Untergebenen wirtschaftlich zu helfen, die militärischen Interessen oft hintenan gesetzt worden. Die in besonderen Stellungen, Geschäftszimmern p.p. befindlichen Unteroffiziere sind oft bevorzugt befördert worden. Dies erzeugt bei den im Frontdienst befindlichen Unteroffizieren, die in erster Linie Träger der Ausbildung sind, gerechtfertigte Mißstimmung.

Die im Frontdienst in der Heimat befindlichen Unteroffiziere ermüden unter dem täglichen Einerlei des Ausbildungsdienstes, ihre Spannkraft läßt nach, dadurch verlieren sie den nötigen erzieherischen Einfluß auf die Mannschaften.

Es sind aber auch Elemente im Felde und in der Heimat zu Unteroffizieren befördert worden, die infolge ihrer Gesinnungen ganz ungeeignet sind. Sie stehen unter dem Einfluß der U.S.P. und tragen einen bösen, verräterischen Geist in die Truppe. Bei einem preußischen Ersatz-Bataillon ist es vorgekommen, daß zwei Unteroffiziere die Mannschaften des Jahrgangs 1900 in der Instruktionsstunde direkt angewiesen haben, nach Frontentsendung sobald als möglich zum Feinde überzulaufen, um dadurch die Beendigung des Krieges herbeizuführen. Die Kriegsmüdigkeit unter den Unteroffizieren ist groß, sie suchen sich in erster Linie vor Entsendung oder Wiederentsendung ins Feld zu drücken. Dies alles begründet nicht nur eine sorgfältige Prüfung vor der Beförderung, sondern besonders auch die Notwendigkeit der ständigen Überwachung der Unteroffiziere. Andererseits muß die Dienstfreudigkeit durch Zubilligung aller gerechtfertigten Erleichterungen und durch anständige Behandlung gehoben werden. Mit einem anerkennenden Worte wird oft mehr erreicht, als durch vielen Tadel und kleinliche Ausstellungen.

Die Arbeit der U.S.P., ihre Ideen in das Heer zu tragen, ist größer und leider erfolgreicher als angenommen wird. Sie wird dabei von feindlichen Agenten nachgewiesenermaßen gestützt. Die aufreizenden Flugblätter, vor allem aber die Agitation von Mund zu Mund, nehmen zu. Dies erfordert eine unablässliche Gegenarbeit aller Dienststellen. Gegen Mannschaften, die propagandistisch tätig sind, wird mit aller Strenge eingeschritten. Die Truppenteile melden alle ihnen bekannt gewordenen Fälle sofort dem stellv. Generalkommando.

Um hier Wandel zu schaffen, müssen die Offiziere aller Grade angespannt arbeiten, vor allem aber die jungen Offiziere in der Hebung der Disziplin mit gutem Beispiel vorangehen. Leider bleibt hier manches zu wünschen übrig. Der Krieg hat es mit sich gebracht, daß nicht nur ihres Lebensalters wegen charakterlich noch nicht genügend befestigte junge Leute Offiziere wurden, die selbst noch der Erziehung bedürfen, sondern daß auch Elemente, die früher dem Offizierskorps ihrer Erziehung und Gesinnung nach fernstanden, und

denen es oft am nötigen Pflichtgefühl und dem sicheren taktvollen Auftreten Untergebenen gegenüber fehlt, in dieses eingereiht wurden. An der weiteren Erziehung dieser ist fortgesetzt zu arbeiten, gegen Säumige streng einzuschreiten. Sie geben in disziplineller Beziehung oft selbst zum größten Tadel Anlaß. Es wird oft von jungen Offizieren am schlechtesten gegrüßt, die ihrerseits wieder den Gruß alter Landwehrleute auf das Nachlässigste erwidern und dadurch die Dienstfreudigkeit schwer schädigen. Im Verkehr mit Mannschaften sind sie oft zu schroff, aber auch oft zu kordial und würdelos.

Aber auch ältere Offiziere füllen ihre Stelle oft nicht voll aus. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß solche Offiziere zu entfernen sind. Aus falschem Mitleid dürfen persönlicher Verhältnisse wegen solche Offiziere im Dienst nicht belassen werden. Es schadet der Sache ungeheuer.

Der Dienst der Ersatztruppen muß scharf kontrolliert werden. Es wird oft noch Dienst betrieben, der den Erfordernissen der jetzigen Verhältnisse nicht entspricht. Nur das für die kriegsmäßige Ausbildung Wichtige muß gelehrt werden. Keinesfalls darf ein Dienst angesetzt werden, nur um die Zeit totzuschlagen. Es darf nicht vorkommen, daß der Vormittagsdienst eines Bataillons nur im Blinken und Winken besteht. In Preußen wird der Dienst der Ersatztruppenteile von höheren Offizieren des Kriegsministeriums direkt und unvermutet geprüft. Gegen Vorgesetzte, die nach Ansicht dieser ihre Stelle nicht voll ausfüllen, wird rücksichtslos eingeschritten. Eine große Gefahr für den Geist und die Dienstfreudigkeit der Truppe bilden die Austauschgefangenen bzw. die aus russischer Gefangenschaft befreiten Leute. Sie sind von der Entente in den Gefangenenlagern systematisch bearbeitet worden, oft stehen sie direkt in deren Dienst oder sind bemüht, ihnen eingeimpfte revolutionäre Ideen in das Heer zu tragen. Der Wiederentsendung an die Kampffront arbeiten sie mit allen Mitteln entgegen. Diese Leute sind scharf zu beobachten, Verdächtige sind bei Versetzung zu anderen Truppenteilen diesen unter Angabe der Verdachtsgründe vertraulich namhaft zu machen. Selbstverständlich muß aber gerade die Behandlung der Austauschgefangenen besonders geschickt und taktvoll sein, die Aufklärungsoffiziere müssen sich dieser Leute ganz besonders annehmen.

Es wird darüber mit Recht geklagt, daß die Heimat das warme Interesse an den in der Front kämpfenden Feldsoldaten verloren, daß die ins Feld gesandten oder die auf Urlaub befindlichen Frontsoldaten in der Heimat nicht mehr die Beachtung finden wie früher. Die Ersatztruppenteile werden darauf hingewiesen, bei den Ersatztransporten in der Feierlichkeit und Würde bei der Absendung nicht nachzulassen. Jeder Transport ist von einem älteren Offizier möglichst feierlich zu verabschieden. Die Kirche bzw. die Geistlichkeit rechtzeitig zu benachrichtigen, damit auch sie durch Ansprache oder Abendmahlsfeier auf die ins Feld Gehenden einwirken kann. Es darf nicht vorkommen, daß Transporte sang- und klanglos erledigt werden. Es ist zu versuchen, auch die

Zivilbevölkerung der Garnisonen wieder mehr für die Verabschiedung der Transporte zu interessieren. Mit den städtischen Behörden ist Fühlung zu nehmen, ob es möglich ist, Ausschüsse zu bilden, die den abgehenden Transporten zum Bewußtsein bringen, daß auch das Volk ihrer gedenkt. Wenn es sich wohl auch nicht erreichen läßt, wie früher durch Liebesgaben den in das Feld Gehenden die Anteilnahme der Heimat zu zeigen, so werden doch schon herzliche Worte und evtl. Geldgeschenke gute Wirkung tun und den Leuten zeigen, daß die Heimat an ihrem Geschick warmen Anteil nimmt.

Über Bekämpfung der den allgemeinen Geist ungemein schädigenden neuerdings soviel auftauchenden und in der Truppe verbreitenden Gerüchte erfolgt besondere Verfügung durch die Aufklärungsabteilung.

Ich verkenne nicht die Schwierigkeit der Verhältnisse im Heimatheer, muß aber erwarten, daß die Vorgesetzten aller Grade sich voll dafür einsetzen, Disziplin und Stimmung der Truppe zu heben und zu festigen. Vorstehende Verfügung ist nicht im Original, sondern auszugsweise bekanntzugeben.

MA, Sa 10804, Bl. 140–141. Unterzeichnet: Götz von Olenhusen. Ausfertigung.

Dokument 32

Flugblatt (der Spartakusgruppe) «Der Anfang vom Ende» mit dem Aufruf zur Vorbereitung der Revolution. (Oktober 1918)

Der Anfang vom Ende ist da. – Der deutsche Militärstaat wankt. Die Machtkoalition, die der deutsche Militärstaat aufgebaut hat und dem er seine Siege in den ersten vier Kriegsjahren verdankt, bricht zusammen. Bulgarien hat den Sonderfrieden angeboten. Die Türkei und Österreich werden folgen. Was dann? Für die deutsche Arbeiterklasse ist das Problem klar und eindeutig vorgezeichnet. Wir müssen die Gunst der Stunde ausnützen. Die äußeren Schwierigkeiten unserer Ausbeuter und Bedrücker gilt es auszunützen zum Sturz unserer herrschenden Klassen, um an deren Stelle die Herrschaft der deutschen Arbeiterklasse aufzurichten, was den siegreichen Beginn der Weltrevolution bedeutet. Einen anderen Ausweg aus dem Meer von Blut und Elend gibt es nicht. Alle Zeichen der Zeit verweisen uns auf diesen Weg. Im Innern, in der «hohen Politik», herrscht Ratlosigkeit. Hertling und Hintze sind entlassen worden. Neue Männer sind in die Regierung berufen worden, um die alte Politik weiter zu treiben oder doch noch zu retten, was zu retten ist. Wir Arbeiter haben von einer neuen bürgerlichen Regierung nicht das Geringste zu erwarten; auch jetzt nicht, wo diese neue Regierung durch einige Regierungssozialisten verbrämt und durch einige scheindemokratische Zugeständnisse aufgeputzt worden ist. Eine solche Hoffnung wäre noch trügerischer, als die bereits so schmählich zusammengebrochenen Hoffnungen auf den militäri-

schen Endsieg und die Wirkungen durch den U-Boot-Krieg. Die Befürchtungen, daß sich die deutsche Arbeiterklasse wieder narren läßt, besteht diesmal nicht zu Recht. Verlassen und verraten von den hohen Politikern und Parteiführern, haben größere Massen, vor allem Soldaten, instinktiv den rechten Weg gefunden und bereits beschritten. Die Soldaten weigern sich in immer größeren Massen, an die Front zu gehen und für die Aufrechterhaltung des sie ausbeutenden und bedrückenden, für den Krieg verantwortlichen Systems Betteldienste zu verrichten. Die Arbeiter in der Munitionsindustrie sind gleichfalls drauf und dran, sich für diese entscheidenden Kämpfe vorzubereiten. Bis in weite Kreise des Bürgertums hinein ist unverkennbar eine Stimmung vorhanden, die erfolgversprechend ist. Also nützen wir die Zeit, um uns auf diese Kämpfe vorzubereiten! In allen Betrieben, unter den Soldaten an der Front und im Hinterland gilt es jetzt, alles zu organisieren. Die spontanen Meutereien unter den Soldaten gilt es mit allen Mitteln zu unterstützen, zum bewaffneten Aufstand überzuleiten, den bewaffneten Aufstand zum Kampf um die ganze Macht für die Arbeiter und Soldaten auszuweiten und durch Massenstreiks der Arbeiter für uns siegreich zu machen. Das ist die Arbeit der allernächsten Tage und Wochen. Wir haben nichts zu verlieren, nur alles zu gewinnen. Die unerbetene Hilfe der imperialistischen Ententestaaten darf kein Hindernis sein. Im Gegenteil, wir werden mit ihren imperialistischen Ansprüchen insofern leicht fertig werden, als sie selbst die Revolution im Leibe haben und ihnen von der Arbeiterklasse dieser Länder dasselbe Schicksal bereitet werden wird.

Der Beginn der deutschen Revolution ist der Anfang der siegreichen Weltrevolution.

MA, Sa 12613, Bl. 113. Ohne Unterschrift. Druck.

Dokument 33

Flugblatt der Spartakusgruppe mit dem Aufruf, dem Beispiel der Oktoberrevolution zu folgen und sich auf die Revolution vorzubereiten. (Oktober 1918)

3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats.

4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationsfragen voran. (Leitsätze)

Genossen! *Arbeiter!*

ein neuer großer

Betrug

ist in Vorbereitung. Eure Feinde – nicht die jenseits der Schützengräben, sondern die, die hier im Lande sind, machen Euch zu Krüppeln und töten Euch – Eure Klassenfeinde retten ihre Haut auf Eure Kosten.

Um Krone und Monarchie zu retten und aus Furcht vor der Revolution wird jetzt eine Friedensoffensive durchgeführt, wie vor kurzem die militärische. Damals wurde Euch gesagt: «Haltet durch! Noch eine letzte Anstrengung und der Feind ist niedergeworfen; der letzte Sieg steht bevor, wir werden Paris nehmen und dem Feind unsere Bedingungen diktieren!» Dieser Sieg ist nicht gekommen. Eure erschöpften, zermürbten, verblutenden Brüder dort weit an der Front haben die Schrecken des Krieges nicht mehr tragen können, sie haben den ganzen

infamen Betrug

verstanden und die weitere Teilnahme an der blutigen Tragödie verweigert. Da fing man plötzlich an, von inneren Reformen zu sprechen, und alles schrie nach dem Frieden. Eine neue Regierung, die sich «Volksregierung» nennt, wurde gebildet. Ihr sind auch diejenigen beigetreten, die Euch preisgegeben haben,

die Verräter am Proletariat und an der Revolution.

Welche Reformen hat Euch diese Regierung gegeben? Eure wahren Führer müssen immer noch in Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten.

Wo bleibt die Amnestie?

Wo der achtstündige Arbeitstag? Die Versammlungsfreiheit, die Pressefreiheit? Habt Ihr etwa jetzt die Möglichkeit, Eure Forderungen und Wünsche offen zu verkünden? Könnt Ihr offen schreiben, daß Ihr dieser Regierung ebenso wenig Vertrauen schenkt wie der vorigen? Habt Ihr die Möglichkeit, Euer Schicksal selbst zu bestimmen?

Alles ist Lüge! Alles ist Betrug!

Nicht in Eurem Interesse ist diese Regierung geschaffen worden, sondern im Interesse Eurer Bourgeoisie und um Euch zum Schweigen zu bringen. Leidet weiter, wartet, bis die Herren Imperialisten untereinander einig werden – auf Eure Kosten, auf Kosten der englischen, französischen, amerikanischen Arbeiter.

Schweigt von Euren Nöten! Hungert und friert in Euren ungeheizten Stuben, aber wagt nicht zu protestieren, denn das würde die neue Regierung diskreditieren und den englischen und amerikanischen Räubern die Möglichkeit geben, mit ihr über Frieden nicht verhandeln zu wollen. So lehren Eure falschen Lehrer, die Herren «proletarischen Minister» in der bürgerlichen Regierung, die für den Titel Excellenz bereit sind, Proletariat, Revolution und Sozialismus zu verkaufen.

Alles ist Lüge! Alles ist Betrug!

Glaubt diesen Treulosen nicht! Nieder mit den Verrätern! Denkt an Eure wahren Lehrer, an Marx und Engels, die immer gesagt haben, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur Sache der Arbeiter selbst sein könne. Erwartet Eure Freiheit nicht von diesen Helfershelfern der Bourgeoisie, nicht den Frieden von den imperialistischen Spitzbuben und kein Brot von den Geiern, die an Eurem Leib nagen wollen.

Seht Euch Eure russischen Brüder an! Sie haben die Reste vom Tisch der Bourgeoisie nicht gesammelt, sie haben von ihren Feinden keine Almosen angenommen: sie haben «Brot, Frieden und Freiheit» verlangt, und um diese Forderung zu erfüllen, haben sie die Regierungsgewalt in die eigenen Hände genommen. Von allen Seiten bedrängt, verblutend im ungleichen Kampf, haben sie sich trotzdem nicht ergeben. Das rote Banner ist kein einziges Mal ihren Händen entglitten, und nie haben sie ihre Feinde um Gnade gebeten. Und sie haben recht getan. Aus Blut und Tränen ist im Osten die Sonne der Freiheit und des Sozialismus aufgegangen, und sie fängt an mit ihren belebenden Strahlen auch Eure blut- und tränendurchtränkte Erde zu erwärmen. Jetzt kann die russische Revolution Euch schon ihre Hilfe und Unterstützung versprechen. Sie verspricht sie und wird ihr Versprechen halten.

Aber, um in Ehren zu kämpfen und ruhmvoll zu siegen, müßt Ihr, wie jene, nur auf Euch selbst und auf Eure eigene Kraft bauen! Nieder mit den Betrügern und Verrätern! Auf in den Kampf!

Um Freiheit!
Um die Revolution!
Um den Sozialismus!
Bildet sofort Arbeiter- und Soldatenräte!
Fordert die sofortige Befreiung aller politischen Gefangenen!
Fordert die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes!
Fordert die Freiheit Eurer Presse und Eurer Versammlungen!
Arbeiter! Genossen! Auf in den Kampf!

MA, Sa 12613, Bl. 130. Ohne Unterschrift. Druck.

Dokument 34

Flugblatt «Arbeiter aufgewacht» mit der Aufforderung, für die Revolution zu kämpfen. (Oktober 1918)

Arbeiter, aufgewacht!

Der Traum von der Weltherrschaft des deutschen Imperialismus ist ausgeträumt. Auf Bergen von Leichen, auf einem Meer von Blut sollte sie begründet werden. Umsonst! Das Mordeisen kann auf die Dauer die Welt nicht regieren. Über Nacht ist die ganze Herrlichkeit zusammengebrochen. Der infame Völkerschacher im Osten auf dem Leibe der niedergetretenen Revolution hat seine Früchte gezeitigt: er hat die Völker des Westens zur verzweifelten Abwehr aufgepeitscht.

Nun schwimmen alle Felle weg. Im Felde gibt es Niederlage auf Niederlage: in Flandern, in Frankreich, auf dem Balkan, in Palästina. Das Bündnis der Mittelmächte als Fundament für die Weltherrschaft Deutschlands ist aus dem

Leim gegangen. Noch haben sich die Räuber um die Verteilung der Beute nicht fertig gezankt: Deutschland und Österreich um Polen, Österreich, Bulgarien und die Türkei um Rumänien, Deutschland, Österreich und Bulgarien um die Dobrudscha, und nun ist die ganze Räuberbande zerfallen!

Bulgarien ist abgefallen und schließt allein den Frieden mit England und Frankreich. Das bulgarische Volk will nichts mehr von der Vormundschaft Deutschlands und vom Kriege mehr wissen, es will Frieden haben! Jetzt werden deutsche Soldaten vom Westen nach Bulgarien gejagt, um die Bulgaren mit Gewalt zu zwingen, weiter den Krieg zu führen. Der deutsche Prolet, der selbst nichts zu essen hat, dessen Weib und Kind daheim hungern und nach Frieden schmachten, er soll jetzt den bulgarischen Proletarier an der Gurgel fassen und ihn zu weiteren Morden zwingen!

So sucht die regierende Bande in Deutschland krampfhaft ihre Herrschaft zu retten. Sie fühlt, daß der Boden unter ihr wackelt. Sie ist bankrott im Felde, bankrott in der auswärtigen Politik, bankrott im Lande mit der Ernährung des Volkes. Es fängt ihr an zu grauen vor den Folgen des verbrecherischen Abenteuers des Weltkrieges. Ihr graut vor dem Erwachen des geschundenen und genasführten deutschen Proletariats, vor dem nahenden Volksgericht.

Und in diesem Moment erbieten sich die Regierungssozialisten, die Scheidemänner, die wackelnde Herrschaft der deutschen Bourgeoisie zu stützen. Sie wollen in dieser Stunde einer möglichen Weltwende ein niederträchtiges Schachergeschäft machen. Sie wollen endlich ein paar Ministersessel ergattern und verpflichten sich, für diesen Judaslohn die Klassenherrschaft der imperialistischen Bourgeoisie zu retten, das Volk zum weiteren «Ausharren» im Kriege, zur Verlängerung des Völkermordes aufzuputschen. Sie wollen die Klassenherrschaft der Kapitalisten, die preußisch-deutsche Reaktion nur ein klein bißchen ausflicken und überlackieren, um sie dem Volke mundgerechter zu machen.

Was sind ihre Bedingungen für diese Lakaiendienste! Die feierliche Absage der deutschen Regierung an Annexionen und Entschädigungen im Sinne der famosen Juli-Resolutionen des Reichstags. Jawohl: *jetzt*, wo die englisch-französischen Kanonen schon dafür sorgen, daß Deutschland keine Annexionen oder Entschädigungen kriegt! weiter: Preußische Wahlreform. Jawohl *jetzt*, nachdem das allgemeine Wahlrecht durch die infame jämmerliche Rolle, die der Reichstag im Kriege gespielt hat, zu einer tauben Nuß für das Volk geworden ist! Und nicht einmal die sofortige gänzliche Aufhebung des Belagerungszustands, nicht einmal die ständige Tagung des Reichstags fordern diese Schildknappen der Bourgeoisie! In Wirklichkeit erbieten sie sich also nur für den schönen Lohn einiger Ministerposten, die Komödie eines «reformierten» Deutschlands vorzuspielen und die herrschende Kapitalistenklasse vor einem Ausbruch des Volkszornes zu decken und zu retten! Das ist der ganze Sinn des Geredes von «Reformen»! Diesen Schacher um die Haut des Proletariats

und die Zukunft des Sozialismus gilt es zu durchkreuzen. Jetzt geht es ums Ganze! Fort mit dem ganzen Plunder der preußisch-deutschen Reaktion und Kapitalistenherrschaft! Es gilt einen *sofortigen* und *dauerhaften* Frieden! Zum dauerhaften Frieden gehört aber die Beseitigung des Militarismus, die Volksherrschaft, die Republik. Das Heft also in die Hände des deutschen Proletariats! Die sozialistische Fahne voran als Zeichen zur internationalen Erhebung des Proletariats!

Nicht auf den Sieg des englisch-französischen-amerikanischen Imperialismus gilt es zu warten. Wenn die Kanonen den Frieden diktieren werden, dann ist die Sache der Freiheit und des Sozialismus verloren! Welche Kanonen auch siegen mögen – ob die deutschen oder die englischen –, die Kosten des so zustande gekommenen Friedens wird stets und überall das arbeitende Volk zu tragen haben. Die internationale Reaktion und der Militarismus werden, wenn sie triumphieren, das arbeitende Volk in zehnfach schwere Ketten schlagen.

Die Proletarier aller Länder sollen eben durch ihre Erhebung dem Morden ein Ende machen. Sie sind berufen, den Frieden zu diktieren, so wie ihn das Interesse der Freiheit und des Sozialismus braucht.

Jetzt schlägt die Stunde der Tat! Jetzt könnten auch die französischen und die englischen Arbeiter dem Zeichen der deutschen folgen. Es gilt dieses Zeichen zu geben.

Auf ihr deutschen Arbeiter und Soldaten, Männer und Frauen! Auf zum Kampf um Freiheit, sofortigen Frieden und Sozialismus. Auf zur Verbrüderung aller Völker im Zeichen der befreiten Arbeit.

Nieder mit der bürgerlichen Klassenherrschaft! Das Heft in die Hände des Proletariats!

Es lebe die deutsche Republik!
Es lebe die internationale Revolution des Proletariats!

MA, Sa 12613, Bl. 175. Ohne Unterschrift. Druck.

Personenregister

Geographisches Register

Abkürzungen

Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
Anl.	Anlage
A.K., AK	Armeekorps
AOK, A.O.K.	Armeeoberkommando
Arko, Artl.Kdr.	Artilleriekommandeur
Art.	Artikel
A.V.Bl.	Armeeverordnungsblatt
Batl., Batle.	Bataillon(e)
bayr.	bayrisch
betr.	betreffend
B.K.O.	Brigadekriegsorder
Brig.	Brigade
dergl.	dergleichen
Div.	Division
d.J.	des Jahres
D.K.O.	Divisionskommando-order
d.u.	dienstuntauglich
Et., Etapp.	Etappe
Ia	erster Generalstabsoffizier (Führung, Ausbildung)
Ic	dritter Generalstabsoffizier (Feindbild, Feindlage)
einschl.	einschließlich
evtl.	eventuell
fahnenfl.	fahnenflüchtig
F.A.R., Feld.Art.Regt.	Feldartillerieregiment
fdl., feindl.	feindlich
F.O.	Feldordnung

g.Anw., geh.Anw.	geheime Anweisung
geh.	geheim
gem.	gemäß
Gen.Kdo.	Generalkommando
Gen.Qu.	Generalquartiermeister
G.K.O.	Generalkommandoorder
gez.	gezeichnet
Hgr., H.Gr.	Heeresgruppe
i.a.	im allgemeinen
i.A.	im Auftrage
IB, I.B., Inf.Brig.	Infanteriebrigade
ID, I.D., Inf.Div.	Infanteriedivision
IR, I.R., Inf.Reg., Inf.Rgt.	Infanterieregiment
i.V.	im Vogtland (Plauen)
i.V.	in Vertretung
Kdo	Kommando
kgl.pr.	königlich-preußisch
km	Kilometer
KM, K.M., Krm	Kriegsministerium
Komp.–	Kompanie–
M	Mark
MA	Militärarchiv der DDR
m.E.	meines Erachtens
M.St.G.B.	Militärstrafgesetzbuch
M.St.O.	Militärstrafordnung
M.Str.G.O.	Militärstrafgerichtsordnung
N.O.	Nachrichtenoffizier
N.O.d.O.H.L.	Nachrichtenoffizier der Obersten Heeresleitung
nördl.	nördlich
nordöstl.	nordöstlich

Nr.	Nummer
Oberost, Obost, Ob.Ost	Oberbefehlshaber Ost
O.H.L., OHL	Oberste Heeresleitung
o.p., op.	operativ
österr.-ungar.	österreichisch-ungarisch
p.p.	perge perge (fahre fort) d.h. und so weiter
Prop.Offz.	Propagandaoffizier
Pkt.	Punkt
R.G.Bl.	Reichsgesetzblatt
Regt., Rgt., Regtr.	Regiment(er)
Res.	Reserve
Resk., R.K.	Reservekorps
R.K.O.	Regimentskommando-order
R.K.O.	Regimentskriegsorder
rum.	rumänisch
russ.	russisch
sächs.	sächsisch
stellv., stv.	stellvertretend
s.Zt.	seiner Zeit
U.S.P.	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
U.	Unterkunft
u.U.	unter Umständen
U.O.	Unterrichtsoffizier
u., ur.	urschriftlich
v.	vom
vaterl.	vaterländisch
Verfg.	Verfügung
verst.	verstärktes
verst. R.K.	verstärktes Reservekorps
vgl.	vergleiche
v.J.	vorigen Jahres
Vorm.	vormittags
WTB	Wolffs Telegraphisches Büro
z.B.	zum Beispiel
Ziff.	Ziffer
Zu., Zuf.	Zufügung
z.Zt.	zur Zeit